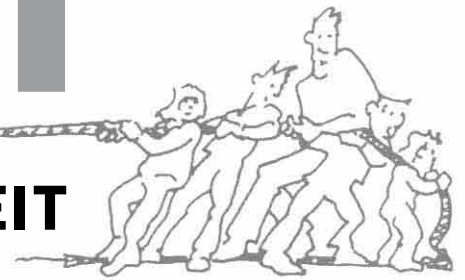


# FORUM

35. Jahrgang  
4. Quartal · Dezember 2019  
ISSN 1434-4696  
C 12948 · 5,50 Euro

FÜR KINDER- UND JUGENDARBEIT



# Offene Arbeit in Bewegung



ISSN 1434-4696  
C 12948  
35. Jahrgang  
4. Quartal, Dezember 2019

**Herausgeber und Verlag**  
Verband Kinder- und Jugendarbeit  
Hamburg e.V.  
Budapester Straße 42  
20359 Hamburg  
fon 040 / 43 42 72  
fax 040 / 43 42 84  
E-Mail: info@vkjhh.de  
www.vkjhh.de

**Redaktion (V.i.S.d.P.)**  
Svenja Fischbach, Karen Polzin

**Ständige Mitarbeiter\*innen**  
Joachim Gerbing, Andrea Richter  
Beirat FORUM

**Layout**  
Renate Möller

**Druck**  
Drucktechnik Altona  
Große Rainstraße 87, 22765 Hamburg

**Jahresabo**  
4 Ausgaben inkl. Versand: 25,00 Euro

Einzelheft 5,50 Euro zzgl. Versand

**Auflage dieser Ausgabe**  
900

**Nachdruck**  
Nach Rücksprache, Angabe der Quelle  
und bei Zusendung eines Belegexemplars  
erwünscht

**Hinweis**  
Die Beiträge stellen keine vereinsoffiziellen  
Mitteilungen dar; namentlich gezeichnete  
Beiträge müssen nicht die Meinung der  
Redaktion widerspiegeln. Die Redaktion  
behält sich vor, Leser\*innenbriefe zu kürzen.

**Titelbildnachweis**  
Karen Polzin

## FACHTAG OKJA IN HAMBURG

*Staatsrätin Petra Lotzkat*  
Grußworte zum Fachtag am 13.9.2019  
„Offene Kinder- und Jugendarbeit  
in Hamburg“ . . . . . 4

*Prof. Dr. Gunda Voigts*  
„Hart am Wind“  
Potentiale und Perspektiven der Offenen  
Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg 6

*Dr. Liane Pluto*  
Gelegenheitsstruktur Offene Kinder-  
und Jugendarbeit  
Empirische Befunde einer bundesweiten  
Befragung von Jugendzentren. . . . . 10

*Thomas Thomsen*  
Die Geschichte der Offenen Kinder-  
und Jugendarbeit in Deutschland . 14

*Mitarbeiter\*innen der Offenen Arbeit  
in Hamburg*  
„Mir hat gefallen, dass die OKJA  
wahrgenommen wird.“  
Der Fachtag am 13.9.2019 aus  
der Sicht der Teilnehmenden . . . . . 18

*Ein Gespräch mit Prof. Dr. Gunda Voigts*  
„Von einem Fachtag zum nächsten ...“  
Rückblick, Ausblick, Zwischentöne. . 20

## FACHTAG WACHSENDE STADT UND OFFENE ARBEIT

*Prof. Dr. Gunda Voigts*  
Freiräume für ein gelingendes  
Aufwachsen von Jugendlichen  
Auszüge des Vortrages  
am 5.11.2019. . . . . 21

*Prof. Dr. Marcus Menzl*  
Soziale Quartiersentwicklung –  
aber wie kommt das Soziale  
ins Quartier? . . . . . 25

*Karen Polzin*  
Hamburg – Wachsende Stadt.  
Wächst die Offene Arbeit mit? . . . 28

*Anna Gallina (DIE GRÜNEN)*  
Eine wachsende Stadt braucht  
eine wachsende Offene Kinder-  
und Jugendarbeit! . . . . . 35

*Philipp Heißner (CDU)*  
Offene Kinder- und Jugendarbeit in  
Hamburg zukunftsfähig aufstellen. 36

*Daniel Oetzel (FDP)*  
Gute offene Kinder- und Jugendarbeit  
ist nicht umsonst. . . . . 38

*Mehmet Yildiz (DIE LINKE)*  
Freiwilligkeit vor – OKJA fördern,  
Zukunft planen. . . . . 39

## JUGENDARBEIT

*Jana Thun*  
Das Jugendförder- und  
Beteiligungsgesetz  
Ein Meilenstein für die Berliner  
Jugendarbeit . . . . . 41

*Maya Schuster (für den Jugendvorstand)*  
Politischer Stammtisch Boberg  
„Jugend und Politik –  
da geht doch was!“ . . . . . 44

## KINDERSCHUTZ UND KINDERRECHTE

*Prof. em. Dr. Manfred Neuffer (im Auftrag  
des Sprecherrates der LAG ASD Hamburg)*  
Umsetzungsvorschläge der LAG ASD  
Hamburg zu den Empfehlungen der  
Enquete-Kommission „Kinderschutz  
und Kinderrechte weiter stärken“ . 46

*Dr. Wolfgang Hammer*  
Wider die Allianz der Kleinmütigen  
Mit Kindern und Jugendlichen die  
Zukunft gestalten! . . . . . 51

## PARTIZIPATIVE HOCHSCHULE

*Matthias Weser*  
Kooperation und Aneignung  
Hochschule aus dem Blickwinkel  
mensenrechtsbasierter  
Partizipation . . . . . 59

## OMBUDSSTELLEN

*Raphael Heinetsberger*  
Eine Ombudsstelle Kinder-  
und Jugendhilfe für Hamburg  
Mehr als das Versprechen  
auf Partizipation . . . . . 64



# E d i t o r i a l

## *Liebe Leser\*innen!*

Es passiert einiges in der Offenen Arbeit in Hamburg. Fachlich-inhaltlich ist die Offene Arbeit aufgefordert, mit verschiedenen Entwicklungen umzugehen: Ganztage, Sozialräumliche Entwicklung, Rechtspopulistische und autoritäre Wende, Inklusion, Digitalisierung sind hierbei markante Punkte. Folgerichtig fanden im letzten halben Jahr zwei Fachtage statt, die unterschiedlichste Themen zum Inhalt hatten, unterschiedliche Formate bedienten und auf denen die verschiedenen Akteur\*innen rege miteinander diskutierten. Das haben wir zum Anlass genommen in diesem Heft unseren Schwerpunkt auf die Dokumentation dieser beiden Fachtage zu setzen und freuen uns über die vielfältige Beteiligung sowohl von den Referierenden als auch den Besucher\*innen.

Der September startete mit dem Fachtag „Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg“, welcher von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) und dem Department Soziale Arbeit der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) gemeinsam organisiert wurde. Ergebnisse dieses Fachtages sollen in die Weiterentwicklung der OKJA und die Neufassung der Globalrichtlinie einfließen.

Den Anfang machte dort vor Ort genauso wie hier im Heft Staatsrätin *Petra Lotzkat*, deren Begrüßungsworte auf dem Fachtag am 13.9. auf den ersten Seiten abgedruckt sind. *Gunda Voigts* hat ihren mutigen und klaren Vortrag zu Potentialen und Perspektiven der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg für uns als Beitrag formuliert und auch mit *Liane Pluto* und *Thomas Thomsen* haben wir zwei Referierende gewinnen können, an die sich die eine oder der anderen sicher noch erinnern kann. Persönliche Rückblicke von *Mitarbeiter\*innen der Offenen Arbeit* und ein Interview mit *Gunda Voigts* zu beiden Fachtagen runden die Dokumentation dieser ersten Veranstaltung ab.

Der November begann mit dem Fachtag „Hamburg – Wachsende Stadt. Wo bleibt die Offene Arbeit?“ organisiert von der Interessenvertretung der Offenen Arbeit (IVOVA) in Hamburg. Dieser Zusammenschluss von Praktiker\*innen besteht mittlerweile seit mehr als anderthalb Jahren, orga-

nisiert sich immer stärker und etabliert sich langsam aber sicher in der Fachöffentlichkeit; wenn wir z.B. an die Postkarten-Aktion im Mai diesen Jahres auf dem Rathausmarkt (FORUM 4/2018) oder eben an den zweiten Fachtag diesen Jahres mit mehr als 150 Besucher\*innen denken.

Die drei Vortragenden dieser zweiten Veranstaltung zum Thema Wachsende Stadt *Gunda Voigts*, *Marcus Menzl* und *Karen Polzin* näherten sich den Themen Stadtplanung sowie Freiräume für Kinder- und Jugendliche aus unterschiedlicher Perspektive. Ihre Beiträge sind hier ebenfalls als Texte abgedruckt. Mit einem besonderes Highlight schließt der Themenschwerpunkt ab: Es sind die Beiträge der Parteien CDU, FDP, DIE GRÜNEN und DIE LINKE, welche zum Ende des zweiten Fachtags auf einem Podium diskutierten und uns hier auf jeweils einer Seite darstellen, was sie für die Offene Arbeit tun wollen. Beim Lesen wird einem ganz leicht ums Herz und man könnte glauben, man müsse sich um die Offene Arbeit in Hamburg keine Sorgen mehr machen. Wir werden nach den Bürgerschaftswahlen und mit dem neuen Haushalt sehen, was von den Versprechungen übrig bleibt.

Außerdem legt *Jana Thun* dar, wie durch das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz, welches am 01.01.2020 in Kraft tritt, die Jugendarbeit in Berlin neu strukturiert und Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche maßgeblich gestärkt werden. *Raphael Heinetsberger* schreibt über die Zukunft der Hamburger Ombudsstelle. Sein Beitrag liefert zugleich einen Ausblick auf unser Heft 1/2020, in dem wir uns dem Thema Ombudsstellen als Schwerpunkt widmen.

Wir wünschen einen erholsamen Jahresausklang und freuen uns auf Ihre Zuschriften!

*Svenja Fischbach, Karen Polzin  
und Joachim Gerbing*

\* Durch das Sternchen möchten wir Menschen ansprechen, die sich dem zweigeteilten Geschlechtersystem nicht zuordnen können und an den gesellschaftlich konstruierten Charakter von Geschlecht erinnern.

Staatsrätin Petra Lotzkat eröffnete den ganztägigen Fachtag „Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg“ am 13.9.2019, zu dem die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) und das Department Soziale Arbeit der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) gemeinsam eingeladen hatten. Die Grußworte von Frau Lotzkat dürfen wir in überarbeiteter Form dankenswerterweise abdrucken.

Grußworte zum Fachtag am 13.9.2019

# „Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg“

von Staatsrätin Petra Lotzkat

**Sehr geehrte Frau Professor Voigts,  
sehr geehrte Frau Dr. Pluto,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

ich begrüße Sie herzlich zum gemeinsamen Fachtag der Hochschule für Angewandte Wissenschaften/Department Soziale Arbeit und der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Über das große Interesse an dieser Veranstaltung freue ich mich. Dies zeigt uns, dass wir mit der Themenwahl der Vorträge richtig lagen und viele Anregungen für Ihr Arbeitsfeld erhalten werden.

Stellenwert und Bedeutung der Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind in den letzten Jahren durchaus kontrovers diskutiert worden.

Ich möchte deshalb als Erstes aus der Einladung zu dieser Fachtagung zitieren, die aus meiner Sicht keinen Interpretationsraum zulässt, welche Haltung wir als zuständige Behörde zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit haben.

„Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein über viele Jahrzehnte bewährtes, wesentliches Infrastrukturangebot innerhalb der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe. Als Sozialisations- und Bildungsbereich neben Familie, Schule und Berufsbildung bieten die vielfältigen Angebote der OKJA jungen Menschen geschützte Frei- und Ermöglichungsräume, in denen ihre Interessen, Wünsche und Bedürfnisse bestimmend sind. Hier werden junge Menschen bei der Herausbildung ihrer Persönlichkeit, ihrer Verselbständigung und bei ihrer Positionierung in der Gesellschaft durch pädagogisch qualifizierte Fachkräfte begleitet und unterstützt.“

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Ihnen für Ihre Arbeit, Ihr professionelles, aber vielleicht auch Ihr persönliches Engagement für die Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt, die Ihr Angebot annehmen, ganz herzlich bedanken. Die Bedeutung, die Ihre Angebote für die jungen Menschen haben, ist vielfältig:



Die offenen Angebote sind zweites Wohnzimmer, Freizeitstätten, Treffpunkte, Spiel- und Bildungsorte, Orte der Kommunikation und Beratung. Mädchen und Jungen brauchen diese Orte, an denen sie selbstbestimmt ihren Interessen nachgehen oder auch Abstand zu ihrer individuellen Lebenssituation gewinnen können. Junge Menschen können hier erfahren, dass ihre Meinung gefragt ist und sie Einfluss nehmen können.

Die Erfahrung, selbst etwas bewirken zu können, Selbstwirksamkeit zu erfahren, ist grundlegend für demokratische Bildung und demokratisches Engagement. Deshalb müssen wir der Teilhabe junger Menschen an Entscheidungen, die sie betreffen, noch mehr Raum geben.

Wenn wir die Offene Kinder- und Jugendarbeit fachlich als wesentliches infrastrukturelles Angebot so positiv bewerten, warum ist die Debatte um die Offene Kinder- und Jugendarbeit in dieser Stadt manchmal so schwer?

Weil wir die Frage nach dem Bedarf stellen? Dieses Angebot, an diesem Ort? Für diese Zielgruppe? Weil wir diese Frage stellen, auch wenn es offene Angebote sind, die so viel Freiraum wie möglich eröffnen sollen? Weil wir wie in anderen Unterstützungssystemen auch hier die Frage nach der Qualität und Wirkung stellen? Ich wünsche mir sehr, dass wir den fach-



lichen Diskurs über den Stellenwert der OKJA offen und konstruktiv miteinander führen. Hierzu möchte ich meinen Teil beitragen. Und glauben Sie mir, über die „einfache“ Einschätzung, die Ganztagsbetreuung an den Schulen mache die OKJA zunehmend entbehrlich, sind wir sicherlich lange hinweg.

Die Angebote der OKJA setzen wir in Beziehung zu anderen sozialen Strukturen und Hilfesystemen in dieser Stadt. und denken zunehmend sozialräumlich und in Kooperationsstrukturen. Kooperationen von Träger zu Träger? Kooperationen oder Kooperationen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Stellen gewinnen an Bedeutung.

So mag sich ergeben, dass aus der staatlichen, der bezirklichen Perspektive in einem Stadtteil ein zuverlässiges Sportangebot für Jugendliche, eine Demokratiepartnerschaft, ein Eltern-Kind-Zentrum oder ein anderes Angebot sinnvoller sein könnte, weil sich die Sozialstruktur oder die Bevölkerungsstruktur verändert hat. Es ist zugleich jedoch dieser Blick auf die Bedarfe und Entwicklungschancen eines Sozialraums, der aus meiner Sicht eine der spannendsten Debatten eröffnet, die wir in dieser Stadt führen können: Wie können wir gemeinsam wirksam sein, um Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen in dieser Stadt zu ermöglichen, um Familien, insbesondere dort, wo die Lebensbedingungen besonders schwierig sind, zu unterstützen?

Und dieser gemeinsame Blick gelingt nur, wenn wir Ihre Expertise als Träger, als Fachkraft in die Diskussion einbinden. Wenn wir dies tun, dann passiert das, was in den Bezirken zunehmend erprobt und schon zum Teil Realität ist: Dann schließen sich beispielsweise ein Sportverein und ein Träger der OKJA konzeptionell und an einem gemeinsamen neuen Ort zusammen und lösen auch noch die Frage, wie sie jungen alleinerziehenden Frauen den Zugang zum Sport ermöglichen und die Kinderbetreuung in dieser Zeit organisieren.

Von dieser sozialräumlichen und Zusammenbeitskultur profitieren Mädchen und Jungen, queere Jugendliche, Mütter und Väter, aber sicher auch Sie in Ihrem täglichen Handeln. Der Schlüssel zur chancengerechten Entwicklung liegt in einer sozialen Infrastruktur, die jungen Menschen hilft, ihre Potenziale unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Geschlechts und ihrer Sexualität, unabhängig von einer möglichen Behinderung auszuschöpfen.

Wir – sowohl die Bezirke als auch die Fachbehörden – sind in den letzten 18 Monaten in unserem Verständnis der sozial-

räumlichen Planung weitergegangen. Wir widmen uns diesem Thema in gemeinsamen Beratungen über die Anforderungen an integrierte und sozialräumlich ausgerichtete, ressortübergreifende Fach- und Quartiersplanungen.

Wir wollen den Hamburgerinnen und Hamburgern eine ihren Bedarfen gerecht werdende, aber für die Gesellschaft auch bezahlbare soziale Infrastruktur anbieten. Wir wollen dabei die Anwohnerinnen und Anwohner und die Erfahrungen der in diesen Stadtteilen agierenden Träger miteinbeziehen und „Maßanzüge“ für die Quartiere entwickeln. Zunächst richten wir den Blick auf sieben Pilotstadtteile – einen in jedem Bezirk, darunter sind neu entstehende Stadtteile, wie Oberbillwerder, aber auch bereits bestehende wie beispielsweise Tonn-

dorf.

Wir werden dann aber darüber hinausgehen und Lösungen für die ganze Stadt suchen und entwickeln. Ich kann Ihnen versichern, dass die Kinder- und Jugendarbeit dabei eine wichtige Rolle spielen wird.

Den aktuellen Fragen, die sich aus dem gesellschaftlichen Wandel für Ihre Tätigkeit in der offenen Kinder- und Jugendarbeit ergeben, widmet sich dieser Fachtag in den Vorträgen und vor allem in den Foren und Arbeitsgruppen. Dazu hat uns übrigens nicht zuletzt die Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“ veranlasst.

Ich lade Sie ein, sich heute intensiv fachlich auszutauschen. Entwickeln Sie Ideen und Anregungen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit der nächsten Jahre. Die Ergebnisse des heutigen Tages werden wir uns genau ansehen. Ihre und unsere Erkenntnisse werden unter anderem in die anstehende Überarbeitung der Globalrichtlinie einfließen und in die Planung der Fort- und Weiterbildung für Fachkräfte.

Ich wünsche Ihnen nun einen interessanten Fachtag!

Vielen Dank!



Petra Lotzkat

ist seit Oktober 2018 Staatsrätin der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Foto: Bina Engel



Foto: C. Polzin

# „Hart am Wind“

## Potentiale und Perspektiven der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg

von Gunda Voigts (Vortrag auf dem Fachtag am 13.9.2019)

„Hart am Wind“ meint in der Sprache der Wassersportler\*innen einen Winkel des Segels zum Wind, der gerade noch segelbar ist. Nur ein Grad mehr und das Boot kippt. Im übertragenen Sinne meint das Wortspiel auch, dass ein hohes Risiko eingegangen wird, sich einer Gefahr ausgesetzt wird, die Grenze zum Ruin nahe ist. Dieses Bild passt für mich zur Situation der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg, so habe ich diesen Titel für meinen Vortrag gewählt.

### I. Nötige Gedanken zur Begriffsklärung: Was ist offene Kinder- und Jugendarbeit?

Speziell in Hamburg herrscht in Politik, Verwaltung und Praxis in der Verwendung der Begrifflichkeit „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ häufig ein großes Durcheinander. Es wird mitunter Offene Kinder- und Jugendarbeit gesagt, aber etwas anderes gemeint. Der genutzte Sammelbegriff „Offene Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien“ ist die Spitze dieses Wirrwarrs. Wengleich der Kampf um die nötige Anerkennung und Finanzierung alle eint, führt dies zu Gleichsetzungen von Handlungsbereichen, die fachlich fragwürdig sind und von mir auch nicht immer für „geschickt“ gehalten werden. Insbesondere die zu findende Gleichsetzung von Jugendsozialarbeit und Offener Kinder- und Jugendarbeit ist Ausdruck dessen. Mir ist es daher zu Beginn dieses Vortrages wichtig, einen Blick in das SGB VIII – die gesetzliche Grundlage! – zu werfen und von da aus zu definieren, worüber ich heute rede.

Offene Kinder- und Jugendarbeit gibt es in bunter Vielfalt: sie wird z.B. angeboten in Jugendhäusern, auf Bauspielplätzen, aber auch in der jugendverbandlichen Arbeit, in Kirchengemeinden oder in Sportvereinen. Offene Kinder- und Jugendarbeit ist dabei nicht gleichzusetzen mit offenen Angeboten für Kinder und Jugendliche. Offene Kinder- und Jugendarbeit hat besondere Prinzipien, wie Freiwilligkeit, Mitbestimmung, Subjektorientierung, Peer-Education, Interessenorientierung.

Heute rede ich im Schwerpunkt über einen spezifischen Teil der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, nämlich die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Das Besondere an ihnen ist, dass sie Orte für Kinder und Jugendliche sind – oder richtiger formuliert: Orte DER Kinder und Jugendlichen. Ihre „Daseinsberechtigung“, ihr Auftrag oder gar der Grund ihrer Förderung ist es laut SGB VIII nicht, „Arbeit an Sozialen Problemen“ (oder an dem, was wir gesellschaftlich als solche gerade im Jugendalter kategorisieren) zu leisten. Ihr Selbstzweck ist einzig und allein: Ort für und der Kinder

und Jugendlichen zu sein! Genau in dieser Feststellung wird der entscheidende Unterschied von (offener) Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit deutlich. Sie sind nicht gleichzusetzen. Sie haben gesetzlich gewollt unterschiedliche Ansätze und vor allem Zugänge zu den jungen Menschen – das gilt es aus fachlicher Sicht wie aus Sicht der Kinder- und Jugendlichen zu erhalten – und speziell in Hamburg wieder zu stärken.

Lassen wir dazu das SGB VIII sprechen (Abb. 1):

Das SGB VIII spricht:	
Kinder- und Jugendarbeit	Jugendsozialarbeit
§11 (1)	§ 13 (1)
Junge Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.	Junge Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maß auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihr schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihr soziale Integration fördern.
Ein prinzipielles Angebot!	Ein spezifisches Angebot!

Abb. 1 Unterscheidung von Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit im SGB VIII

In der Gegenüberstellung des §11 und §13 des SGB VIII wird der zentrale Unterschied nachvollziehbar: Kinder- und Jugendarbeit ist eine Leistung, die sich an alle Kinder und Jugendlichen richtet und zentral an den Interessen der jungen Menschen ausgerichtet ist. Es gibt kein spezifisches Ziel, sondern ein prinzipielles Angebot, das zur Selbstbestimmung, zur Mitverantwortung und zum sozialen Engagement anregen und hinführen soll. Dem vorangestellt ist die Orientierung an den Interessen der jungen Menschen und der Mitbestimmung. Jugendsozialarbeit wird ein deutlich anderer Auftrag zugewiesen: Spezifischen Jugendlichen, nämlich denen, die sozial benachteiligt sind oder durch individuelle Beeinträchtigungen Barrieren erfahren, soll Unterstützung gegeben werden – und zwar sehr konkret mit sozialpädagogischen Hilfen und dem Ziel ihre Ausbildung, ihre berufliche Eingliederung und soziale Integration zu fördern. Diese Unterscheidung zu betonen ist mir wichtig, da die vorgestellte gesetzliche Rahmung die unterschiedlichen Aufträge innerhalb der

Gesellschaft verdeutlicht. Zu gerne richten wir in Hamburg den Blick auf die Ausbildung, Arbeitsmarktintegration und Integration. Mit den Worten des 15. Kinder- und Jugendberichts könnte ich sagen: auf die Qualifizierung und Verselbstständigung. Die Bewältigung dieser beiden Kernherausforderungen des Jugendalters ist enorm wichtig und muss daher auskömmlich finanziert werden.

Kinder- und Jugendarbeit hat aber dezidiert einen anderen Auftrag – und darf nicht für diese Zwecke politisch instrumentalisiert werden. Sie ist keine „Reparaturwerkstatt“ (Voigts 2009) der Gesellschaft, sondern ein Ort für alle Kinder und Jugendlichen, der sie in ihrer Selbstpositionierung stärkt (Deutscher Bundestag 2017; Voigts 2017). Und ich möchte betonen: Wenn in Selbstdarstellungen von Trägern der Kinder- und Jugendhilfe zu lesen ist „Die gesetzliche Grundlage der Kinder- und Jugendarbeit ist das SGB VIII, §11-14.“, dann ist das fachlich und sachlich falsch und sollte dringend redigiert werden. Wie aus meiner Sicht auch die Hamburger Globalrichtlinie, in der die beiden Handlungsfelder nur durch einen Schrägstrich getrennt werden und entsprechend für mich fachlich unzulässig die Austauschbarkeit suggeriert wird.

Vor diesem Hintergrund blicke ich folgend auf die Situation der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg – und zwar unter vier Aspekten (Abb. 2):



## 2. Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg: „Hart am Wind“

### „Hart am Wind“: Fachkräfte

Nicht nur in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wird es zunehmend schwieriger, Fachkräfte zu gewinnen und zu binden. Ein offensiver Umgang mit dieser Problematik ist in Hamburg bisher nicht beobachtbar. Im Gegenteil: Statt die Studienplätze Sozialer Arbeit an öffentlichen Hochschulen aufzustocken und damit den vielen Studierwilligen die Möglichkeit zu geben, ihren späteren Berufswunsch zu verwirklichen, werden sie der Privatisierung des (Hochschul-)Marktes

Selbstzweck der Einrichtungen der OKJA ist einzig und allein: Ort für und der Kinder und Jugendlichen zu sein!

überlassen und Studienmöglichkeiten einseitig nur auf Fachkräfte im ASD bezogen über dienstherreneigene duale Studiengänge verhandelt.

Die Rahmenbedingungen des Arbeitens gerade in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit leisten einen weiteren Beitrag: Wochenend- und Feiertagszuschläge? Fehlanzeige. Prekäre Beschäftigungen mit wenig Stunden oder gar auf Honorarbasis sowie befristet? Keine Ausnahme. Eingruppierungen? So niedrig wie möglich, am liebsten auf Erzieher\*innen-Niveau.

Aber auch die Weise, wie Hauptberufliche im Feld über ihre Arbeit sprechen, leistet einen Beitrag zur scheinbar geringer werdenden Attraktivität. Verständlich bei den beschriebenen Arbeitsbedingungen – aber auch herausfordernd, wenn doch klar ist, dass die Gespräche mit jungen Menschen über die eigene Tätigkeit Berufsentscheidungen mit prägen. Wichtig erscheint es auch, dass das professionelle Handeln als Theorie-Praxis-Verbindung durchgängiger Anspruch ist – und nicht das disziplinäre Verständnis vernachlässigt wird.

Perspektiven einer Veränderung sehe ich in folgenden vier Ansätzen (Abb. 3):



### „Hart am Wind“: Ausstattung


In ihrer finanziellen wie personellen Ausstattung segeln Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg häufig „hart am Wind“. Das Minimum einer auskömmlichen Finanzierung wäre es, dass die Budgets mit den Tariferhöhungen und der Inflationsrate mitwachsen. Wird der neue Haushalt das erstmals hergeben? Einrichtungen, die nach den Sommerferien einige Zeit schließen, warum? Weil die Arbeitszeit der wenigen Mitarbeitenden durch die für die jungen Menschen in



einer verdichteten Stadt dringend erforderlichen Ferienprogramme und Freizeiten in nicht mehr ausgleichbaren Überstunden endet und auch diese Beschäftigten ein Anrecht auf ihren tariflichen Urlaub haben. Darf das traurige Realität in einer reichen Stadt sein? Die Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte stärken“ (Bürgerschaft der FHH 2018) hat auf diese Missstände deutlich hingewiesen und dringende Veränderung empfohlen. Bisher ist dies nicht erkennbar. Zur Frage der Ausstattung gehört auch, dass eine Stadt- und Jugendhilfeplanung dringend benötigt wird, die Orte offener Jugendeinrichtungen in den Quartiersplanungen mit im Blick hat. Das gilt insbesondere für die Planung der vielen neuen Quartiere. Es erschreckt, dass die Hamburger Planungen fast ausschließlich auf Kindertageseinrichtungen und Schule fokussiert sind. Eine Stadt, die so plant, muss sich nicht wundern, wenn in der Folge andere Ausgaben steigen. In diesem Zusammenhang sind die empirischen Ergebnisse des DJI-Surveys von Interesse und zeigen die Richtung: „Bei einer höheren Anzahl von Fachkräften werden Jugendzentren in höherem Umfang durch Jugendliche und junge Erwachsene aus Haushalten mit niedrigerer Bildung genutzt [...]“ (Seckinger u.a. 2016: 150f.)

Auch die Stellungnahme des Bundesrates zum 15. Kinder- und Jugendbericht weist den Weg (Abb. 4):

**STELLUNGNAHME DES BUNDESRAATES ZUM 15. KINDER- UND JUGENDBERICHT**



„(4) Da die Angebote der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Jugendschutzes **eine herausragende Bedeutung** haben, damit Jugendliche und junge Erwachsene die aufgeführten Kernherausforderungen verwirklichen können, betrachtet der Bundesrat diese Bereiche **als soziale Infrastrukturangebote, die im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge grundsätzlich vorzuzulassen und damit auch finanziell abzusichern sind**. Eine SGB VIII-Reform muss das mit einbeziehen. Hier ist insbesondere die Bundesregierung gefordert, **die in den §§11 bis 14 SGB VIII beschriebenen Leistungen so auszugestalten, dass diese im Kanon aller Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nicht hinter der Bedeutung und Regelungsqualität zum Beispiel der Bereiche frühkindliche Bildung und Erziehung sowie erzieherische Hilfen zurückbleiben**. Auch würde damit die eigenständige Jugendpolitik, die der 15. Kinder- und Jugendbericht ausdrücklich fordert, finanziell untermauert.“ <sup>13</sup>

Fakultät Wirtschaft & Soziales, Department Soziale Arbeit  
Prof. Dr. Gundis Voigt

**HAW HAMBURG**

Abb. 4 Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit: Stellungnahme des Bundesrates zum 15. Kinder- und Jugendbericht (Bundesrat 2017)

## „Hart am Wind“: Anerkennung

Offene Kinder- und Jugendarbeit „gehört zum Grundbestand einer modernen Kinder- und Jugendhilfe“ (Deutscher Bundestag 2017: 44), darauf weist nicht nur der 15. Kinder- und Jugendbericht, sondern auch die schon genannte Hamburger Enquete-Kommission hin. Und trotzdem befindet sich Kinder- und Jugendarbeit insgesamt „gegenwärtig zwischen Kindertageseinrichtungen und den Hilfen zur Erziehung nicht gerade in einer komfortablen Lage“ (ebd.). Anders gesprochen: Ihr und ihren Akteuren wird zu häufig die Anerkennung verwehrt. Sie wird in politischen Reden kaum erwähnt, als nötiges Übel abgetan oder (zu Unrecht) als freiwillige Leistung deklariert (vgl. Wiesner/Bernzen & Kößler 2013).



An dieser Stelle hilft es nur, die Nicht-Anerkennung in Hamburg weiterhin zu skandalisieren und sich dafür einzusetzen, dass politische Wortbekenntnisse Folgen haben. Nehmen wir z.B. die Bundesregierung beim Wort, wenn in ihrer Stellungnahme zum 15. Kinder- und Jugendbericht geschrieben ist: „Die Bundesregierung sieht in der Kinder- und Jugendarbeit einen maßgeblichen Akteur für eine jugendgerechte Gesellschaft [...]“. Erinnern wir Staatsrätin Petra Lotzkat zukünftig an ihre Worte, die wir heute in der Begrüßung gehört haben: „Ich kann Ihnen versichern, die Kinder- und Jugendarbeit wird dabei eine wichtige Rolle spielen.“ oder „Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein über viele Jahrzehnte bewährtes, wesentliches Infrastrukturangebot innerhalb der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe.“ (siehe Abdruck in diesem Heft)

## „Hart am Wind“: Erreichte junge Menschen

Auch in Hamburg hören wird noch immer die Aussage „Wir haben so viel in die Ganztagschulen investiert. Da haben junge Menschen tolle Angebote, da verbringen sie doch ihre ganze Zeit.“ Dass dies nicht richtig ist, wissen wir! Es schreibt die Enquete-Kommission und hat auch die Staatsrätin in ihrer Begrüßung heute so benannt. Aus Zeit- und Jugendstudien wissen wir, dass die zeitliche Konkurrenz der Kinder- und Jugendarbeit „nicht die Ganztagschule als Institution, sondern die Verdichtung der Lernzeiten und die Steigerung der Bildungsansprüche an junge Menschen in Schule und Hochschulausbildung“ (Deutscher Bundestag 2017: 409) ist. Die Empirie zeigt uns, dass die Nutzung von Einrichtungen Offener Kinder- und Jugendarbeit nicht grundsätzlich zurück geht, die Hinterfragung von Angebotsorten aber erlaubt sein muss. Auch Jugendliche und ihre Orte „wandeln“ sich. Unsere Aufgabe ist es an dieser Stelle, junge Menschen in ihrer Suche nach und ihrem Kampf um Freiräume zu unterstützen. Wir wissen nicht erst seit dem 15. Kinder- und Jugendbericht, dass Jugendliche den Ganztag abwählen, wenn sie die Mög-

In der OKJA Tätige kämpfen gemeinsam  
mit den jungen Menschen für das  
„Jugend ermöglichen“.



lichkeit dazu haben, die Altersfrage in der Debatte um die Ganztagschule bisher fehlt, junge Menschen dort fast ausschließlich als Schüler\*innen adressiert werden und die Erwartungen an Kooperationen sich nicht einmal ansatzweise erfüllt haben. Und wir wissen aus empirischen Befunden zur Nutzung von Jugendzentren (z.B. der amtlichen Jugendhilfestatistik, AID:A, DJI-Survey), dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit weiterhin für einen erheblichen Anteil der Jugendlichen ein wichtiger Ort im Aufwachen ist (Seckinger u.a. 2016). Dr. Liane Pluto wird im folgenden Vortrag differenzierter darauf eingehen.

### 3. Potenziale der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Neben dem im SGB VIII formulierten grundsätzlichen Rechtsanspruch für Jugendliche auf Kinder- und Jugendarbeit sind es vor allem die in ihr liegenden Potenziale, welche dafür sorgen sollten, dass sie in Hamburg nicht mehr länger „Hart am Wind“ segeln muss. In der bundesweit sehr beachteten „Expertise zur Lage der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg“ (Rauschenbach et al 2010) wurden explizit vier Potenziale herausgearbeitet: Bildungs- und Verantwortungs-, Gemeinschafts- und Integrationspotenziale.

Ihre Bildungspotenziale entfaltet Kinder- und Jugendarbeit durch „Beteiligung, Mitwirkung und selbst gestaltete Bildungsprozesse“, sie leistet eine Wiederverschränkung von „Lern- und Lebenswelten“ sowie eine besondere Förderung der „personalen und sozialen Kompetenzen“ (ebd.: 237ff.). All das vollzieht sich in Prozessen der „Aneignung, Anerkennung und Selbstentfaltung, der Selbstbestimmung, der anderen, alternativen Erfahrungen vergleichsweise frei von Zwängen“ (ebd.). Daran schließen die Möglichkeiten der Übernahme von Verantwortung an, die für die individuelle Entwicklung der Jugendlichen wie der Gesellschaft eine wichtige Bedeutung haben. Diese „Kompetenz zur Lebensführung“, die in der Kinder- und Jugendarbeit erlangt werden kann, wird als Verantwortungspotenzial betitelt (ebd.: 251).

Gemeinschaftspotenziale werden durch das Erleben von Gemeinschaft in der Kinder- und Jugendarbeit gesehen; junge Menschen werden persönlich gestärkt und erlangen eine Gemeinschaftsfähigkeit (ebd.: 257f.). Zugleich werden soziale Kontakte und Beziehungen aufgebaut, die für das weitere Leben ein bedeutendes „soziales Kapital“ (ebd.) sind. Durch ihre Arbeitsformen bietet Kinder- und Jugendarbeit weiterhin Integrationspotenziale: genannt werden die „Integration in soziale Netzwerke“, die „Integration ins gesellschaftliche Leben“ und die „Integration in Sozialräume“ (ebd.: 261f.).

Andere Studien zeigen auf, dass (Offene) Kinder- und Jugendarbeit darüber hinaus eine Interessenvertretungs-, Anwalts- und Unterstützungsfunktion für junge Menschen einnimmt (Voigts 2015). Ihre Hauptberuflichen, ihre Träger wie die vielen Ehrenamtlichen und Honorarkräfte kämpfen gemeinsam mit den jungen Menschen für das „Jugend ermögli-

chen“, was der 15. Kinder- und Jugendbericht fordert. Dieses meint eine neue gesellschaftliche Orientierung an den Interessen und Herausforderungen junger Menschen – oder anders gesprochen: eine Jugendpolitik, die diesen Namen auch verdient. Kinder- und Jugendarbeit wird in diesem Kontext als sehr wichtiger Ermöglichungsraum gesehen. Ich würde mich freuen – und halte es für dringend erforderlich – dass dies in Hamburg endlich gesehen, ernst genommen und in der Ausstattung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zum Ausdruck kommt. Leider sind wir davon bisher weit entfernt! Ich danke Ihnen und Euch für die Aufmerksamkeit.

#### Literatur:

- Bürgerschaft der FHH (2018): Bericht der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken: Überprüfung, Weiterentwicklung, Umsetzung und Einhaltung gesetzlicher Grundlagen, fachlicher Standards und Regeln in der Kinder und Jugendhilfe – Verbesserung der Interaktion der verschiedenen Systeme und Akteurinnen und Akteure“. Drucksache 21/16000. Hamburg.
- Bundesrat (2017): Beschluss des Bundesrates. Drucksache 115/17. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.
- Seckinger, M./Pluto, L./Peucker, C./von Santen, E. (2016): Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine empirische Bestandsaufnahme. Weinheim und Basel.
- Rauschenbach, T./Borrmann, S./Düx, W./Liebig, R./Pothmann, J./Züchner, I (2010): Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Dortmund.
- Voigts, G. (2009): Kinder und Jugendliche aus prekären Lebenslagen – Jugendverbände sind keine Reparaturwerkstatt. In: Jugendnachrichten. Zeitschrift des Bayrischen Jugendring, H. 2/2009, S. 11-12.
- Voigts, G. (2015): Kinder in Jugendverbänden. Eine empirische Untersuchung zu Strukturen, Konzepten und Motiven im Kontext der gesellschaftlichen Debatte um Inklusion, Opladen u.a.
- Voigts, Gunda (2017): „Jugend ermöglichen“ – Kinder- und Jugendarbeit im 15. Kinder- und Jugendbericht. In: FORUM für Kinder- und Jugendarbeit, 33. Jg., H. 2, S. 36-39.
- Wiesner, R./Bernzen, C./Kößler, M. (2013): Jugendverbände sind zu fördern! Rechtsgutachten. Berlin.

#### Prof. Dr. Dipl.-Päd. Gunda Voigts



vertritt den Arbeitsbereich Kinder- und Jugendarbeit an der HAW Hamburg und engagiert sich seit vielen Jahren ehrenamtlich wie hauptberuflich für das Handlungsfeld. Gemeinsam mit der BASFI hat sie den Fachtag „Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg“ am 13.09.2019 initiiert und durchgeführt.

# Gelegenheitsstruktur Offene Kinder- und Jugendarbeit

Empirische Befunde einer bundesweiten Befragung von Jugendzentren

von Liane Pluto

Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) umfasst ein breites Spektrum an Angeboten und Aktivitäten der Freizeitgestaltung für junge Menschen. Sie ist ein zentrales Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe und hat über die Jahrzehnte hinweg eine beträchtliche Größenordnung erreicht (laut Kinder- und Jugendhilfestatistik rund 15.000 Einrichtungen). Der Zusatz „offen“ weist darauf hin, dass sie sich an alle Kinder und Jugendlichen richtet, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Bildungsstand, ihrem Geschlecht und insbesondere unabhängig von Problemen, die sie haben oder die ihnen zugeschrieben werden (Sturzenhecker/Deinet 2018). In verschiedenen Studien wurde herausgearbeitet, dass aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen die Offenheit des Angebots den Kern der Attraktivität der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ausmacht (vgl. z.B. Schulz 2013). Der Offene Treff mit seinen Vorhalteleistungen (z.B. Kicker, Couchcke, Spiele, Theke ist dabei sowohl Ausgangspunkt für vielerlei weitere Aktivitäten, wie Spiele, Sport, Freizeiten und Bildungsangebote als auch für Beratung, Unterstützung und Krisenbewältigung (vgl. Cloos et al. 2007). Das Besondere der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist, dass sie Orte und Gelegenheiten für Interessen, Aktivitäten, Selbstorganisation und Selbstbildungsprozesse von Jugendlichen in zwar pädagogisch gerahmten, aber nicht vorrangig von Erwachsenen vorstrukturierten Kontexten bietet. Nicht das pädagogisch Geplante macht die Besonderheit aus, sondern das Aufgreifen dessen, was sich Fachkräften und Jugendlichen bietet.

Wie in einem Positionspapier der AGJ betont wird, ist die Jugendarbeit „der einzige institutionell gesicherte Ort, an dem

Das Besondere der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist, dass sie Orte und Gelegenheiten ...



Foto: ASP Am Brunnenhof

Kinder und Jugendliche eigenständig gestaltbare und auslotbare Erfahrungsräume nutzen können, in denen nicht Erwachsene mit ihren Erwartungen Orientierungspunkte bilden und in denen eine Lernkultur vorherrscht, die auf Erfahrungen des alltäglichen Lebens setzt und so nachhaltige Wirkung auf Bildungsprozesse entfaltet“ (AGJ-Positionspapier 2011). Zugleich zeichnet sich die offene Kinder- und Jugendarbeit schon immer dadurch aus, dass sie dazu beitragen soll, Kinder und Jugendliche bei der Integration in die Gesellschaft zu unterstützen.

„Diese Integrationsfunktion findet auch ihren Niederschlag in § 11 SGB VIII, wenn es um das Hinführen zu „gesellschaftlicher Mitverantwortung“ oder das Fördern des „sozialen Engagements“ geht. Mancherorts wird von der Jugendarbeit auch ein stärkeres Engagement bei der Bearbeitung sozialer Problemlagen erwartet. Je stärker diese Funktion angemahnt und erwartet wird, desto mehr gerät die offene Kinder- und Jugendarbeit in ein Spannungsfeld zu dem Auftrag, ein an den Interessen Jugendlicher ausgerichtetes und diesen Freiräume schaffendes Angebot vorzuhalten.

So wird in dem Positionspapier auch konstatiert: „Der Ansatz, alle Kinder und Jugendlichen in ihre Angebote einzubeziehen und durch soziale Vielfalt gegenseitige Förderung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Selbstorganisation zu ermöglichen, wird dadurch unterlaufen, dass die politische Akzeptanz von Kinder- und Jugendarbeit zunehmend an die Bearbeitung sozialer Benachteiligungen und aktueller gesellschaftlicher Problemlagen gebunden wird“ (AGJ-Positionspapier 2011). Insofern erstaunt es nicht, dass es immer wieder Debatten gibt, was den Kern der offenen Kinder- und Jugendarbeit ausmachen soll. Hintergrund für die selbstvergewissernden Fragen ist der manchmal entstehende Eindruck, dass offene Kinder- und Jugendarbeit zunehmend verschwindet und immer mehr und auch andere Aufgaben bekommt (z.B. Ganztagsbetreuung, Prävention).

Im Folgenden wird an drei Beispielen auf der Basis empirischer Befunde der DJI-Jugendzentrumsbefragung herausgearbeitet, welche Gelegenheitsstrukturen die OKJA bietet. Die Befunde der bundesweiten Erhebung bei Einrichtungen der OKJA zeigen, wie vielgestaltig die Einrichtungen sind. DIE Einrichtung gibt es nicht. Bei aller Unterschiedlichkeit lassen sich jedoch auch Gemeinsamkeiten ausmachen.

## Datenbasis – die DJI-Jugendzentrumserhebung

Die Datenbasis für den Beitrag bildet die DJI-Jugendzentrumserhebung 2018. Die Erhebung wurde im Rahmen des Projektes „Jugendhilfe und sozialer Wandel – Leistungen und Strukturen“ am Deutschen Jugendinstitut e.V. durchgeführt. Die Befragung ist Teil eines umfangreichen Forschungsprojekts, das die Aufgabe hat, Leistungen, Strukturen und Entwicklungen der Kinder- und Jugendhilfe zu beschreiben und zu analysieren. Ziel ist es zu beschreiben, in welchem Umfang, unter welchen Bedingungen und wie sozialstaatliche Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe erbracht werden. Dazu werden in regelmäßigen Abständen empirische Erhebungen bei öffentlichen und nicht-öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe über alle Arbeitsfelder hinweg durchgeführt (u.a. Jugendämter, Jugendverbände, Jugendringe, Einrichtungen der erzieherischen Hilfen, Einrichtungen der Kindertagesbetreuung).

Die Erhebung bei Jugendzentren wurde mit einem schriftlichen Fragebogen postalisch bei Einrichtungen durchgeführt. Die Themen, die in den aufgelisteten Erhebungen abgefragt werden, umfassen ein breites Spektrum, angefangen von Organisationsmerkmalen über Personal und Finanzen bis zu Angeboten und konzeptionellen Aspekten. Dies ist eine Wiederholungsbefragung; im Jahr 2011 wurden die Jugendzentren schon einmal befragt (vgl. Seckinger u.a. 2016). Ein Teil der Fragen wurde in beiden Erhebungen gestellt und somit sind auch Längsschnittvergleiche möglich. Insgesamt wurden 3.003 Fragebögen verschickt, wobei der Rücklauf 45 Prozent beträgt. 1.351 Fragebögen sind die Grundlage für die Auswertung.

## Räume und wer darf sie nutzen

Die Räumlichkeiten sind eine wichtige Aneignungsstruktur der Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendar-

... in zwar pädagogisch gerahmten, aber nicht vorrangig von Erwachsenen vorstrukturierten Kontexten bietet.

beit. Wie die Daten zeigen, verfügen die Einrichtungen im Median über fünf Räume. Einrichtungen in Großstädten sind im Durchschnitt deutlich größer als im ländlichen Raum. Es erstaunt nicht, dass je mehr Räume eine Einrichtung hat, desto mehr Aktivitäten und Angebote in dieser Einrichtung stattfinden. Allerdings werden die Räumlichkeiten nicht ausschließlich von der offenen Kinder- und Jugendarbeit genutzt.

Zum Beispiel kann es angesichts knapper Mittel eine Strategie von Gemeinden, Städten und Trägern im sozialen Bereich sein, bestehende Häuser mehrfach zu nutzen. Neben finanziellen Erwägungen können auch inhaltlich-fachliche Gründe dafür sprechen. So kann die örtliche Nähe zu anderen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe Vorteile bieten, z.B. einen niedrigschwelligen Zugang zu Beratungsangeboten zu ermöglichen. Die weitere Nutzung ihrer Räume kann auch von den Einrichtungen der OKJA konzeptionell gewollt oder ein Mittel sein, etwa über die Vermietung ihrer Räumlichkeiten zusätzliche Ressourcen zu erhalten.

Die Befunde zeigen, dass die meisten Einrichtungen (etwa vier von fünf) auch von anderen Gruppen oder Organisationen bzw. für andere Zwecke genutzt werden. Die Nutzung durch andere kann während oder nach der Öffnungszeit der Einrichtung stattfinden und mehrere oder wenige Räume betreffen. Auf die Frage, von wem die Räume mitgenutzt werden, nennen die Einrichtungen am häufigsten Schulen. Aber auch Jugendverbände und andere soziale Organisationen nutzen die Einrichtungsräume mit. Immerhin fast jede zehnte Einrichtung beherbergt zeitweise auch Seniorinnen und Senioren.

Viele Einrichtungen stellen ihre Räumlichkeiten auch für Erwachsene zur privaten Nutzung, etwa für Geburtstagsfeiern, zur Verfügung. Ob die Räume auch von Dritten genutzt werden, hängt stark von der Raumsituation der Einrichtungen ab. So werden 44 Prozent der Treffs, die nur aus einem Raum bestehen, ausschließlich von der offenen Jugendarbeit selbst oder von Jugendlichen privat genutzt, während es unter den großen Einrichtungen mit mehr als zehn Räumen mehr als 90 Prozent sind, die eine weitere Nutzung angeben. Eine weitere





Nicht das pädagogisch Geplante macht die Besonderheit aus, sondern das Aufgreifen dessen, was sich Fachkräften und Jugendlichen bietet.

Nutzung durch Dritte ist in Großstädten etwas häufiger anzutreffen als in kleineren Gemeinden, z.B. für eine private Nutzung von Erwachsenen oder auch von Schulen.

Im städtischen Bereich bietet es sich geradezu an, bereits vorhandenen Raum zu allen Tageszeiten zu nutzen, da meistens öffentlich nutzbarer Raum knapp ist. Solch eine Nutzung durch Andere kann auch Werbung für die Einrichtung bedeuten und eine Öffnung in den Stadtteil mit sich bringen. Zu reflektieren ist jedoch auch immer, inwiefern durch die Nutzung Einschränkungen der Aneignung und Gestaltbarkeit der Räume durch die Jugendlichen und somit eine Veränderung der Gelegenheitsstruktur einhergehen. So kann es sein, dass irgendwann die am Vormittag das Jugendzentrum nutzenden Seniorinnen und Senioren beginnen, sich an der nur mäßigen Sauberkeit oder der düsteren Wandgestaltung zu stören. Solange der Zustand des Jugendzentrums Ausdruck der Aneignungsprozesse der Jugendlichen ist, weil sich so ausdrückt, dass es ihr Ort ist, würde jede von außen angeregte Veränderung das Risiko bergen, dass der Ort für Jugendliche an Attraktivität verliert.

Ein anderes Beispiel ist die Raumnutzung für die verlässliche Nachmittagsbetreuung von Schüler\*innen im Kontext von Ganztagschule.

Von den 30 Prozent der Einrichtungen mit Angeboten der Nachmittagsbetreuung, gehört bei der Hälfte auch Hausaufgabenbetreuung mit zum Angebot. Dafür braucht es geeignete Räume, die entsprechend eingerichtet sind, womit eine Vordefinition des Raumes verbunden ist und die Gestaltungsmöglichkeiten der Jugendlichen ggf. eingeschränkt sind. Solche Auswirkungen zu reflektieren, ist eine wichtige Anforderung.

## Der offene Treff als Kernangebot

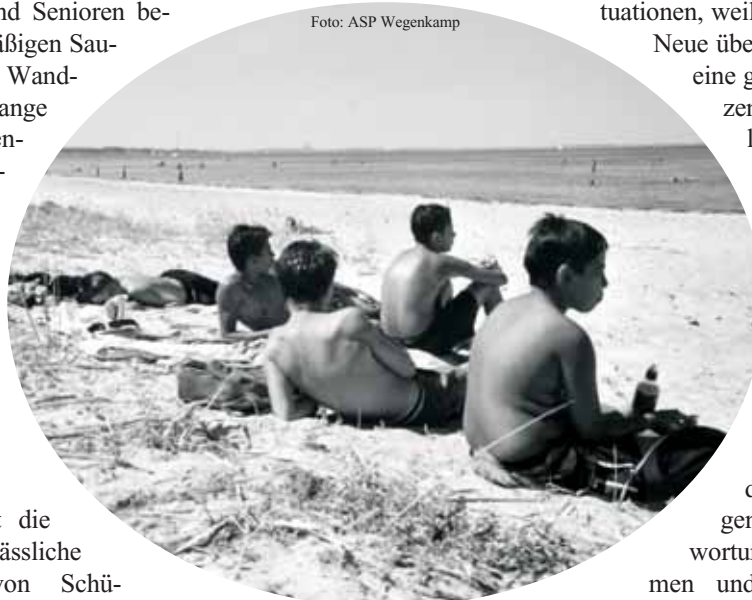
Ein anderes Beispiel für die Gelegenheitsstruktur der offenen Jugendarbeit ist der offene Treff bzw. offene Betrieb. Dieser gehört in den meisten (94%) – aber eben nicht in allen Einrichtungen – zu den Angeboten der Einrichtung und die meisten Einrichtungen (93%) halten den offenen Treff auch für ihr zen-

trales Angebot. Der offene Treff ist zentraler Kern und Ausgangspunkt für Freizeitaktivitäten, Selbstorganisation, Beratung und Unterstützung. Der offene Treff bietet für Jugendlichen die Möglichkeit, selbst zu steuern, ob und wie sie mit anderen Kontakt aufnehmen, zu sondieren mit wem und wie sie ihre Freizeit verbringen möchten oder auch ob sie Unterstützung bei einem Problem brauchen. Der offene Treff bietet die Möglichkeit, dabei zu sein und doch auch für sich; nichts zu tun oder mit anderen gemeinsam die freie Zeit zu gestalten.

Wie die DJI-Jugendzentrumserhebung zeigt, stimmen 80 Prozent der Einrichtungen der Aussage zu, dass viele Jugendliche über den offenen Treff zu den anderen Angeboten der Einrichtung finden und nur sieben Prozent der Einrichtungen sind der Auffassung, dass die Jugendlichen den offenen Treff nicht wichtig finden. Ein Drittel der Einrichtungen – so zeigt die Erhebung auch – sieht sich allerdings auch immer wieder der Situation gegenüber, das Angebot des offenen Treffs nach außen legitimieren zu müssen. Die Offenheit, die mitunter als wenig herausfordernd für Fachkräfte wahrgenommen wird,

erfordert jedoch einen Umgang mit komplexen Situationen, weil sie sich immer wieder aufs Neue überraschen lassen müssen und eine große Vielfalt an Kompetenzen (inkl. Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Lobbyarbeit, Beratung, Finanzierung, rechtliche Themen) verlangt wird.

Empirisch zeigt sich zudem, dass dann, wenn ein offener Treff vorhanden ist, Mitarbeiter\*innen dieser Einrichtungen signifikant häufiger der Ansicht sind, dass Jugendliche bereit sind, Verantwortung für das Haus zu übernehmen und Beteiligung Jugendliche stolz macht. Das heißt, sie betrachten die Jugendlichen als Handelnde, nicht als Konsumenten von Angeboten. In der Gesamtschau dieser Befunde deutet dies darauf hin, dass es das Offene der offenen Jugendarbeit ist, das die Gelegenheiten für das Kennenlernen und Erleben demokratischer Strukturen bietet. Offene Treffs sind am ehesten mit dem Selbstverständnis der Jugendarbeit verbunden. Das heißt, der offene Treff bietet Aneignungsmöglichkeiten auf der personalen und sozialen Ebene und trägt als Ort wohl dazu bei, dass sich weitere Aneignungsmöglichkeiten (Beratung, demokratisches Handeln) entwickeln.



Ein Drittel der Einrichtungen sieht sich immer wieder der Situation gegenüber, den offenen Treff nach außen legitimieren zu müssen.

## Beratung als unterschätzte Leistung

Jugendliche suchen ein Jugendzentrum in der Regel nicht auf, um sich beraten zu lassen. Dennoch ist Beratung eine der zentralen Aufgaben in der OKJA, die gemessen an Konzepten, Außerdarstellungen und der öffentlichen Wahrnehmung, was Jugendzentren tun, bislang eher unterschätzt wird. Das Besondere dabei ist die alltagsnahe Beratung. So sind die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und das Treffen von Freunden für die meisten Kinder und Jugendlichen zentrale Dimensionen für den Besuch eines Jugendzentrums. „Angebote nutzen können“, „selbst was machen/organisieren können“ und „Freizeit ohne Geld aus(zu)geben“ sind darüber hinaus für jeweils mindestens 80 Prozent der Jugendlichen wichtig. Aber auch der Wunsch nach Reflektion, Rückversicherung und konkreter Unterstützung stellt einen wichtigen Hintergrund dar, denn „Tipps und Rat bekommen“ spielt für immerhin zwei Drittel der Besucher\*innen eine Rolle (Deutscher Bundestag 2017, S. 394). Es sind also ganz unterschiedliche Dimensionen, die für den Besuch eines Jugendzentrums für Kinder und Jugendliche wichtig sind.



Alltagsnahe Beratung meint, dass Jugendliche selbst bestimmen, wann sie Beratung und in welchem Setting sie diese in der Einrichtung in Anspruch nehmen wollen. Das kann nebenbei an der Theke sein oder ein vertrauliches Gespräch in

### Literatur:

- Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe [AGJ] (2011): „Kinder- und Jugendarbeit unter Gestaltungsdruck. Zur Notwendigkeit, Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zu erhalten und weiterzuentwickeln“. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Berlin
- Cloos, P., Köngeter, S., Müller, B., & Thole, W. (2007): Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: Springer VS
- Deutscher Bundestag (2017): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 15. Kinder- und Jugendbericht. BT-Drucksache 18/11050. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Schulz, M. (2013): Was machen Jugendliche in und mit der Jugendarbeit? Jugendliche Akteurinnen und Akteure und ihre Performances. In: Deinet, U. & Sturzenhecker, B. (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 4. Aufl. Wiesbaden: Springer VS. S. 51-60

„Tipps und Rat bekommen“ spielt für immerhin zwei Drittel der Besucher\*innen eine Rolle.

einer Ecke, wenn es in der Einrichtung noch ruhig ist. Das besondere Potenzial für Beratung und Unterstützung entsteht in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch ihre alltagsnahe und jugendorientierte Ausrichtung. Kinder und Jugendliche kommen mit ihren Erwartungen, Wünschen, Fragen, Sorgen und Problemen in die Einrichtung. Das kann der Streit mit dem\*der besten Freund\*in ebenso sein, wie die Frage, ob das eigene Äußere den angenommenen Erwartungen genügt. Es werden Erfahrungen von Ungerechtigkeit unter Peers, im Elternhaus oder der Schule thematisiert, gesundheitliche Fragen angesprochen oder über Gewalterfahrungen berichtet. Existenzielle Ängste werden Gegenstand von Gesprächen ebenso wie ‚banale‘ Dinge des Alltags. Empirisch zeigt sich, dass die meisten Einrichtungen Beratung leisten und als Beratungsthemen und -anlässe Konflikte, Beziehungen bzw. Freundschaften, der Übergang von der Schule in den Beruf, Schule, Familie, Gewalt, Sexualität, Sucht und Mobbing ganz oben stehen. Allerdings könnte die OKJA alltagsnahe Beratung und ihre Qualität systematisch mehr herausstellen.

- Seckinger, M., Pluto, L., Peucker, C., & Santen, Eric van (2016): Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine empirische Bestandsaufnahme. Weinheim & München: Beltz Juventa
- Sturzenhecker, B. & Deinet, U. (2018): Kinder- und Jugendarbeit. In: Karin Böllert (Hg.): Kompendium Kinder- und Jugendhilfe. 2 Bände. Wiesbaden: Springer VS. S. 693-712



Dr. Liane Pluto

ist wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut München und dort Mitarbeiterin im Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel – Leistungen und Strukturen“.

Während des zweiten Teils des Fachtags „Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg“ am 13.9.2019 wurden drei parallele Foren angeboten. Das Forum „Inhaltliche Weiterentwicklung der Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ wurde durch einen Input eingeleitet, der hier leicht gekürzt, aber im Wortlaut abgedruckt ist.

# Die Geschichte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland

von Thomas Thomsen

In vielen Gesprächen, v.a. mit PolitikerInnen, aber auch mit MitarbeiterInnen aus den Einrichtungen der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ (OKJA) ist mir aufgefallen, dass es wenig Kenntnis darüber gibt, welchen spannenden geschichtlichen Hintergrund dieses Arbeitsfeld in der Bundesrepublik hat.

Dementsprechend ist es nicht selten schwierig, politischen EntscheiderInnen dieses besondere Arbeitsfeld zu erklären. Deshalb habe ich mich entschieden, an dieser Stelle mit einem kurzen skizzenhaften Blick auf die Geschichte der OKJA in Deutschland zu beginnen, weil ich davon überzeugt bin, dass Geschichte generell eine gute Lehrerin ist und Hinweise für die Zukunft geben kann.

Die Arbeitsprinzipien der OKJA sind für Außenstehende eben nur im Zusammenhang mit der dynamischen Geschichte der OKJA zu verstehen und sie macht auch deutlich, warum die OKJA nur bedingt messbar und kennzahlentauglich ist. Das heißt natürlich nicht, dass die OKJA keiner inhaltlichen Weiterentwicklung bedarf. Ganz im Gegenteil!

Dennoch muss festgestellt werden, dass die OKJA immer die fundamentalen gesellschaftlichen Herausforderungen oben auf ihrer Agenda hatte ... es ging ihr nämlich seit Ende der 1940er Jahren im Grundsatz immer um Demokratie, Beteiligung, Teilhabe, gesellschaftliche Veränderung, Verselbständigung und Emanzipation! Themen, die heute brandaktuell sind, und in unterschiedlichen Verpackungen in der OKJA mutig angegangen werden müssen. Hier ist aus meiner Sicht der Ansatzpunkt für eine inhaltliche Weiterentwicklung.

Häuser der Jugend, Jugendclubs, Jugendtreffs oder Jugendcafés sind der Kern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die in der Vergangenheit ein wichtiger Baustein des neuen demo-

Das heißt natürlich nicht, dass die OKJA keiner inhaltlichen Weiterentwicklung bedarf. Ganz im Gegenteil!

kratischen Deutschlands war. Aber auch in der Gegenwart zeigt die Offene Kinder- und Jugendarbeit ihre große inklusive und demokratisierende Kraft, welche vor allem auch bei

der sozialen Versorgung der großen Anzahl von geflüchteten jungen Menschen sichtbar wurde, die zu uns, in das sichere und wohlhabende Deutschland, gekommen sind.

Trotzdem wird meines Erachtens die Offene Kinder- und Jugendarbeit in ihrer pädagogischen Wirksamkeit und sozialpolitischen Wirkung in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen oder zumindest unterschätzt. Das liegt vermutlich auch



daran, dass sie nicht mehr die öffentliche Wahrnehmung erreicht, die sie in den 1970er, 1980er und auch noch in den 1990er Jahren hatte.

Die Geschichte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit begann in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus, Ende der 1940er Jahre. Es war die Zeit, in der etwa 2,5 Millionen Flüchtlinge in Deutschland und ca. 2 Millionen Kinder und Jugendliche unsicher in Massenunterkünften und in unvollständigen Familien lebten.

Die Jugendarbeit hatte in dieser Zeit zwei zentrale Ziele:

1. die soziale und materielle Not zu lindern
2. die Gefahren einer politischen Radikalisierung zu vermindern.

Ich finde diese Ziele recht aktuell !!!

In der amerikanischen Besatzungszone gründeten sich flächendeckend sogenannte German- Youth Activities-Heime, die als offene Treffpunkte mit freiwilligen Freizeit- und Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche organisiert worden. Diese Heime waren das Kernstück der amerikanischen Reeducation-Politik, der amerikanischen Demokratieoffensi-



ve für die Zielgruppe der 10-18jährigen deutschen Jugendlichen ... und der Beginn der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland.

Dieser erste Versuch, eine moderne, demokratische und offene Jugendarbeit im neuen Deutschland zu etablieren, war zwar gestartet, konnte sich aber zunächst nicht durchsetzen. Die Jugendarbeit in Deutschland war nach wie vor traditionell stark gebunden an die großen Jugendverbände, die diesen neomodischen reformpädagogischen Versuchen äußerst misstrauisch gegenüberstanden. Nachdem die Jugendarbeit der nun souveränen Bundesrepublik überlassen wurde, reduzierte sich die Jugendarbeit dann auch wieder, wie vor 1933, auf diese alte Jugendhilfstradition und entwickelte sich erst Anfang der 1960er Jahre erkennbar weiter.

Die Jugendlichen erkannten aber sehr früh die staatlichen Freiräume einer Demokratie und nutzen den rasanten technischen Fortschritt. Sie entwickelten eine eigene konsumorientierte Kultur und wurden nicht zuletzt deswegen von der Pädagogik als Subjekt, als eigenständiger Mensch, entdeckt.

Es wurde die Jugendclub-Idee geboren. Es gründeten sich sogenannte „Teenager-Clubs“, die von staatlichen JugendpflegerInnen, es waren meist Frauen, verwaltet wurden. Hier fanden jetzt Musik- und Tanzveranstaltungen statt, die bei Jugendlichen sehr beliebt waren.

Und schließlich gab es erste ernsthafte erziehungswissenschaftliche Konzeptversuche, die Elemente der German Youth Activities und der heutigen Offenen Kinder- und Jugendarbeit enthielten. So schrieb Lutz Rössner 1962 ein Buch

Die Jugend stellte für viele unangenehme Fragen zur Nazi-Vergangenheit, forderte in Zukunft mehr Mitbestimmung.

mit dem bemerkenswerten Titel „Jugend in der offenen Tür. Zwischen Chaos und Verartigung“. Tatsächlich meinten SoziologInnen Anfang der 1960er Jahre, dass die Jugend in einem besonders artigen Einklang mit der Gesamtgesellschaft stehen würde ... eine rebellische Jugend schien in der ersten Hälfte der 60er Jahre nicht in Sicht ...

Ein erstes Anzeichen für unruhige Zeiten waren die als Halbstarke bezeichneten Jugendlichen, die im Gegensatz zum überwiegenden Teil der jugendlichen Bevölkerung lauter waren, sich anders gekleidet haben, längere Haare trugen, mehr Alkohol tranken, sich prügelten und mit Mopeds im Quartier für Lärm sorgten ...

... und dann ging es los: Die Schüler- und Studentenunruhen störten die Ruhe und Ordnung in diesem Land. Die Jugend stellte für viele unangenehme Fragen zur Nazi-Vergangenheit, forderte in Zukunft mehr Mitbestimmung. Die Parole „Was wir wollen – Freizeit ohne Kontrollen“ wurde zur Über-

schrift der entstehenden Jugendzentrumsbewegung in Deutschland. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit profilierte sich immer mehr als Gegenpol der konservativ-bürgerlichen



Gruppenpädagogik der Jugendverbände. Sie war Ausdruck eines antipädagogischen Emanzipationsanspruches und Selbstbestimmungswillens der modernen Jugend.

Die Jugendzentrumsbewegung erfasste die gesamte Bundesrepublik ...

- es wurden eine selbstbestimmte Freizeit, Bildung und eigene Räume gefordert,
- es wurden Häuser und alte Fabriken besetzt,
- es wurden Konzepte geschrieben mit unterschiedlichen Arbeitsorientierungen, bei denen aber überall der sozial-emanzipatorische Gedanke und die politische Bildung im Vordergrund standen.

In dieser Zeit entwickelte sich die theoretische und gleichzeitig lebensreale Grundlegung der OKJA, die dann in Prinzipien mündete, die wir heute alle kennen und die Basis aller Konzepte in den Einrichtungen sind: Offenheit, Freiwilligkeit, Niedrigschwelligkeit, Partizipation, Vertraulichkeit, Entpädagogisierung der Freizeit u.a.

Der Staat, allen voran die sozial-liberale Koalition in Bonn, der sozialdemokratische Senat und die Bezirksversammlungen in Hamburg reagierten auf diese emanzipatorische Bewegung und baute die Jugendarbeit insgesamt aus. Was nicht durchweg positiv gesehen wurde, vor allem dass nun „bezahlte PädagogInnen“ eingesetzt wurden, kam bei vielen Jugendlichen nicht gut an (vielleicht ist das auch mit der Grund, warum wir uns manchmal als PädagogInnen so klein machen und entsprechend schlecht bezahlt werden).

Die OKJA profilierte sich immer mehr als Gegenpol der konservativ-bürgerlichen Gruppenpädagogik der Jugendverbände.

Die 1980er und die 1990er Jahre waren schließlich einerseits geprägt vom staatlich geförderten Ausbau und von der Pro-



fessionalisierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – andererseits aber auch von Legitimationsarbeit und vom Bestandskampf.

Heute bewegt sich Offene Kinder- und Jugendarbeit weiterhin zwischen dem Anspruch der Selbstorganisation: eben „Was wir wollen – Freizeit ohne Kontrollen“ und der politischen Forderung nach Ordnung und Effektivität ... zusammengefasst in dem Buchtitel von Götz Aly „Wofür wirst Du eigentlich bezahlt?“.

Rückblickend sind der sozialpolitische Verdienst und die pädagogische Wirksamkeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit unbestritten! Dieses pädagogische Arbeitsfeld hat wie kein anderes aktiv und im besten Sinne politisch motiviert dazu beigetragen, dieses Deutschland zu dem demokratischsten und besten zu machen, das es jemals gab.

Vor diesem Hintergrund, so meine Überzeugung, ist eine wirksame inhaltliche Weiterentwicklung der OKJA nur sinnvoll möglich, wenn die Geschichte der OKJA, die dabei entwickelten bewährten Arbeitsprinzipien, die Vielfalt der sich ständig modifizierenden Jugendkulturen/-bewegungen und die gesellschaftlichen Herausforderungen clever zusammengebracht werden. Eine permanente Herkulesaufgabe, die in den Einrichtungen seit der Jugendzentrumsbewegung zum konzeptionellen Alltag gehört oder zumindest gehören sollte.

Ich beobachte bei uns im Bezirk Harburg, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit, die Häuser der Jugend, Jugendclubs und Jugendzentren es oft sehr gut schaffen, durch die besondere Kombination ihrer Arbeitsprinzipien eine organisatorische und inhaltliche Offenheit herzustellen, die das Arbeitsfeld insgesamt zu einem der flexibelsten, partizipativsten und empathischsten Instrumente der Jugendhilfe macht. Die-

Wir müssen uns um unsere Demokratie kümmern.  
Ich mache mir ernsthafte Sorgen!

ses Potenzial und die geschichtlich entwickelte Kraft sollte in Anbetracht unserer politischen und sozialen Problemlagen dringend noch mehr pädagogisch genutzt und politisch gefördert werden.

Die Herausforderungen einer inhaltlichen Weiterentwicklung der OKJA liegen quasi auf der Hand und gleichen denen, mit der es die OKJA seit Ende der 1940 Jahre – ich habe es eingangs erwähnt – zu tun hatte. Ich fasse diese Herausforderungen aus meiner Perspektive zusammen:

Wir müssen uns um unsere Demokratie kümmern. Ich mache mir ernsthafte Sorgen! Ich möchte, dass die OKJA noch mehr und deutlicher ein Erfahrungsraum für Demokratie wird. Hier gilt es, Konzepte und Projekte zu entwickeln, die sozialraumorientiert und mit anderen AkteurInnen im Sozialraum (Schule, Sportvereine etc.) abgestimmt und gelebt werden. Demokratie ist anstrengend, immer ein längerer Prozess und letztlich ein Kompromiss. Das ist für viele Jugendliche, die es gewohnt sind, über die sogenannten neuen Medien in Klickgeschwindigkeit aktiv zu werden, nur schwer auszuhalten. In diesem Zusammenhang muss die OKJA an der digitalen Lebenswelt der jungen Menschen teilnehmen und die Chancen nutzen, aber andererseits die Gefahren im Blick haben und permanent in der Auseinandersetzung bleiben.

Ich finde es unerträglich und sehe mit großer Sorge wie Rassismus, Extremismus und Ausgrenzung sich immer schneller in die Mitte der Gesellschaft fressen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Rassismus, Extremismus und Ausgrenzung offen oder latent in der OKJA Raum finden können. Hier muss es in enger Koppelung mit den Themen Demo-



kratie und Sozialraumorientierung zu einer Grundsatzklärung kommen, wie relevante Zugänge zu den betroffenen jungen Menschen mutig gefunden werden können. Dazu sind ggf. auch alternative Wege sinnvoll, die bislang nicht überall zum Selbstverständnis der OKJA gehören (Stichworte: ASD, Polizei, LKA, aufsuchende Elternarbeit etc.). Ich habe den Eindruck, dass wir zunehmend Zugänge zu Menschen verlieren, die sich in parallelgesellschaftlichen Strukturen bewegen, die uns verschlossen sind. Die OKJA als ein eigenständiger Sozialisationsort ist hier fundamental und konzeptionell gefragt.

Die OKJA muss ein Ort für alle jungen Menschen sein! In diesem Zusammenhang steht auch die Idee der Inklusion. In-

Ich sehe mit großer Sorge wie Rassismus, Extremismus und Ausgrenzung sich immer schneller in die Mitte der Gesellschaft fressen.

klusion muss konzeptionell für die OKJA entwickelt und abgesichert werden. Hier stellt sich der OKJA die Frage: Wie können wir junge Menschen mit besonderen Bedarfen gezielt unterstützen und vor Ausgrenzung in ihrem Lebensalltag schützen?

Es scheint so, als dass junge Menschen zunehmend hilflos vor der Organisation ihres Lebens stehen, spätestens wenn sich die Schulzeit dem Ende zuneigt. Die Eltern fallen oftmals als orientierungs- und sinnstiftende Instanz aus und die „Straße“ hilft bei der eigenen Vergesellschaftung nicht wirklich weiter. Es ist aus meiner Sicht notwendig, das Thema Verselbständigung im Zusammenhang mit dem klassischen OKJA-Thema „Selbstorganisation“ neu zu denken und sozialraumorientiert weiterzuentwickeln. Hier könnten die Aktivitäten der OKJA, ASD und Schule/JBA konzeptionell enger zusammengebracht werden.

Das sind riesige Aufgabenfelder, die Sie irgendwie auch schon alle bearbeiten. Aber ich bin mir sicher, dass da noch deutlich mehr geht als bisher und wir in diesem Rahmen auch den einen oder anderen Aspekt neu und radikaler denken müssen. Selbstverständlich immer unter der Berücksichtigung der alten Parole, die – da bin ich sicher – nach wie vor den Bedürfnissen vieler Jugendlichen entspricht „Was wir wollen – Freizeit ohne Kontrollen“!

Keine einfache Aufgabe, aber wenn es einem Bereich der Jugendhilfe gelingen kann, zu diesen von mir genannten The-

menkomplexen neue Impulse zu setzen, ohne die Prinzipien seiner Arbeit aufzugeben, dann eben vor allem der OKJA. Selbstverständlich benötigen Sie, als MitarbeiterInnen, dazu politische Anerkennung und bezogen auf die Rahmenbedingungen Unterstützung. Das ist wichtig!

Abschließend erlauben Sie mir noch folgende Anmerkung: OKJA kann nicht jeder und nicht jede! Für dieses Arbeitsfeld benötigen wir gut ausgebildete Fachkräfte, die unterschiedliche Kompetenzen und Erfahrungen mitbringen und die bereit sind, fachlich höchst flexibel zu arbeiten. Hier sind die Hochschulen gefordert, das Thema OKJA stärker in der pädagogischen Ausbildung zu gewichten. Die Qualifikation der MitarbeiterInnen ist nämlich ebenfalls ein wichtiger Ansatz, um die OKJA fachlich gut weiterentwickeln zu können.


Denn: Was PädagogInnen können, können eben nur PädagogInnen!

Thomas Thomsen




ist seit über 20 Jahren in der öffentlichen Jugendhilfe tätig, davon leitete er viele Jahre das Haus der Jugend Krieterstraße in Wilhelmsburg. Seit 2018 arbeitet er als Leitung des Fachamts Jugend- und Familienhilfe in Harburg.

## Anzeige



**DBSH** Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V.  
Tariffähige Gewerkschaft  
Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)




**Landesverband Hamburg**

Landesvertretung des DBSH  
Monatliche Vorstandssitzung in Barmbek

Frank Hail: 0157 - 39 61 92 95  
info@dbsh-hamburg.de  
www.dbsh-hamburg.de  
facebook: DBSH Landesverband Hamburg

**Junger DBSH Hamburg**  
Gruppe von Studierenden und Berufsanfänger\_innen in Hamburg  
Monatliche Aktiven-Treffen

junger@dbsh-hamburg.de  
facebook: Junger DBSH Hamburg



**Landesverband Hamburg**

**Damit nicht die durchs Soziale Netz fallen, die es knüpfen.**



# „Mir hat gefallen, dass die OKJA wahrgenommen wird.“

Der Fachtag am 13.9.2019 aus der Sicht der Teilnehmenden

*von Mitarbeiter\*innen der Offenen Arbeit in Hamburg*

„Mir ist aufgefallen, dass in den Arbeitsgruppen der Fokus sehr darauf gelegt wurde, wie wir sozialräumlich „verwurstet“ werden können. Ohne dabei die Prinzipien der OKJA ernsthaft zu berücksichtigen. Prinzipien, wie z.B. Freiwilligkeit, wurden meist nur mit dem Nebensatz „das soll doch auf alle Fälle so bleiben“ am Rande bemerkt. Ich glaube, es wäre gut gewesen eine Arbeitsgruppe zu bilden mit dem Thema, was die OKJA für die sozialräumliche Arbeit konkret bieten kann. Ich hatte den Eindruck, dass die Fachbehörde die OKJA nun als Mittel benutzt, um die Arbeit des ASD in den Sozialräumen besser aufzustellen. Ich könnte mir vorstellen dass das bei einigen auch klappt, aber grundsätzlich muss dazu eine Organisationsform gefunden werden. Und eine Anerkennung der BASFI muss sichtbar sein, dass wir unsere jungen Menschen und deren Freiräume und die Prinzipien der OKJA nicht vergessen. Mitgenommen hab ich im Schlußwort von Herrn Stuhlmann, dass der SHA (oder wie es jetzt heißt SAJF) Topf nach oben hin offen ist. Als **zusätzliche** Ressourcen für die OKJA. Das finde ich sehr erfreulich.“

„Mir hat gefallen, dass die OKJA wahrgenommen wird und dass alle an einem offenen Austausch interessiert waren. Außerdem steht die Wissenschaft hinter uns, das ist sehr gut! Ich habe das Gefühl bekommen, dass die OKJA mitgedacht wird, auch wenn der Rahmen nicht immer meinen Vorstellungen entspricht. Aufgeregt hat mich die Art und Weise, wie der Rahmen der Sozialraumorientierung am Beispiel Eimsbüttel vorgegeben wurde. Ich verstehe unter Sozialraumorientierung etwas anderes, als dass es Einzelfallberatungen gibt. Des Weiteren finde ich die Tendenz zu zentralen, größeren OKJA-Einrichtungen in der Art von Quartierszentren bedenklich. Sollte Soziale Arbeit/Pädagogik nicht dezentral agieren? Quartierszentren gerne, aber **on top**; die kleinen, wohnortnahen OKJA-Einrichtungen müssen bestehen bleiben und bei der Neuplanung von Stadtgebieten mitgedacht werden.“

„Mir hat der Vortrag von Gunda Voigts sehr gefallen, ich fand ihn sehr treffend und wertschätzend, was unsere Arbeit angeht. Auch über das Herausarbeiten der Zustände und Auswirkungen des Ganztagschul-Konzeptes war ich erfreut; toll, dies so öffentlich mal gehört zu haben, ich habe laut applaudiert. Auch der Vortrag von Herrn Thomsen aus Harburg in unserem Forum über die Geschichte und Entwicklung der OKJA seit Kriegsende war sehr interessant für mich, da ich das so noch nicht wusste bisher.“

„Der Austausch in den Unterforen hat angesichts des Aufwands eines solchen Treffens nicht so viel gebracht, das hätte ich mit meinen Kollegen hier vor Ort genauso verfassen können. Wir Betreuer vor Ort sind doch alle ziemlich ähnlich gepolt, denke ich, wenn es um die Einschätzung von Bedürfnissen und den Umgang mit unseren Jugendlichen geht. Die Zeit hätte man vielleicht anders nutzen können in so einem großen Rahmen, war aber sicher auch nicht ohne Grund so gewollt.“

„Gefallen haben uns die einleitenden Worte der BASFI und der tolle und emotionsreiche Vortrag von Frau Voigts und ihr Appell stärker mit den Studierenden und der HAW zusammenzuarbeiten. Auch den Workshop Inklusion mit der Workshop-Leiterin aus Bielefeld fanden wir toll, außerdem gefiel uns die Atmosphäre des Tages und die Betonung des Miteinanders und unsere Postkarten und das die gezeigt wurden!!! Die Podiumsdiskussion und die Workshops hätten mehr Raum bekommen können. Ein regelmäßiges Stattfinden einer solchen Veranstaltung wäre wünschenswert.“

„Mitgenommen haben wir, dass wir mit Frau Voigts eine tolle Verfechterin der Offenen Arbeit in Hamburg haben und wir als Einrichtungen gar nicht „Feuerwehr“ für alle Problemlagen sein müssen, sondern eigentlich den Kindern einen tollen geschützten Ort geben, um Erfahrungen machen zu können und sich selbst zu entfalten. Diese Rückendeckung tat gut! Und spannend fanden wir die Idee von einer Kampagne zur Gewinnung von Fachkräften und attraktiven Arbeitsplatzbedingungen. Ist dies im Sinne der BASFI und könnte sie Initiatorin für eine solche Kampagne sein?“



Foto: C. Bethmann

„Mir hat gefallen, dass die OKJA wahrgenommen wird.“

„Mir hat der motivierte Power-Vortrag von Gunda Voigts gut gefallen. Ein Gefühl von ernst genommen werden, Wertschätzung und Verständnis für die OKJA überkam mich. Toll, dass so viele Menschen da waren, die alle die OKJA unterstützen und auch, dass die BASFI das gehört und aufgenommen hat und hoffentlich ernst nimmt. Die Finanzierung von Projekten ist ja das Eine, aber es braucht – vor allem in den Kleingruppen ist das wieder einmal sehr deutlich geworden – verstärkt Geld und Fachpersonal. Außerdem ist deutlich geworden, dass die Ganztagschule nicht für alle Kinder passt und vor allem auch nicht immer mit professionell pädagogischem Fachpersonal ausgestattet ist, sondern mit irgendwelchen Wegbegleitern mit Aufwandsentschädigung. Kinder mit „besonderen Bedarfen“ wie es so schön hieß, die in der Schule untergehen, gehen ebenso im Ganztage unter und dafür braucht es verstärkt die Offene Arbeit! In der Erzieherausbildung wird OKJA nicht behandelt und scheint nicht der Rede wert zu sein! Das sollte überdacht und entsprechend überarbeitet werden und sehr wohl ein großes Thema in der Ausbildung sein. Aufgeregt hat mich, dass in den Kleingruppen immer wieder Selbstmitleid aufkam, wie schlecht besetzt viele (die meisten) Einrichtungen sind und wieviel mehr Verwaltung und Dokumentation dazu gekommen ist. Das resultiert natürlich aus der wenigen Beachtung, der geringen Wertschätzung der Arbeit an sich und den schlecht ausgestatteten Einrichtungen.  
Das muss ein Ende haben!“

„Gunda Voigt hat ganz mutig und offen deutlich gemacht, dass ein gegenseitiges Misstrauen zwischen der Offenen Arbeit und der Behörde besteht. Aber **warum** gibt es diese Misstrauen? Das hat ja eine Geschichte, aber lässt sich das vielleicht auch ändern? Darüber hätte man doch gut auch mal sprechen können! Vielleicht nächstes Mal?“

„Die Phase der Foren am Nachmittag waren viel zu kurz, und dann noch immer eingeleitet durch einen Input. Es bleibt keine Zeit, um irgendetwas weiterzuentwickeln, sondern war eher ein Austausch, viel Neues kam da nicht bei rum. Die Räumlichkeiten waren ungeeignet, zu klein oder zu laut, weil mehrere Gruppen in einem Raum gearbeitet haben. Die Ergebnisse des Austauschs blieben eigentlich nur im Forum, eine Rückbindung an die Großgruppe ist nicht erfolgt. Es wäre schlauer gewesen, wenigstens 2-3 zentrale Kernpunkte an die Großgruppe zurückzugeben, anstatt dass 70 oder 80 Leute vor tausenden von Metaplankarten stehen und diese durchlesen.“

„Ich war überrascht von der wenig einheitlichen Meinung zu Kooperation in dem Forum, das ich besucht habe. Wenn man über Probleme in Kooperationen redet, dann sagt die BASFI –wie so oft – „das nehmen wir mal mit“, aber was passiert eigentlich wirklich? Wohin nehmen die das eigentlich mit? Und verlieren sie es auf dem Weg dorthin vielleicht auch schon wieder?“

„Mir ist nicht ganz klar, was die BASFI mit diesem Fachtag wollte... War die Teilnahme an den Foren bereits der Part, mit dem wir uns an der Entwicklung der Globalrichtlinie beteiligt haben? Abgehakt? Oder war das erst der Startpunkt, von dem aus wir uns (z.B. als Interessenvertretung der Offenen Arbeit) in der Zukunft nun an der Ausarbeitung der GRL beteiligen? Wie sehr dürfen und sollen wir daran partizipieren?“



„Ich fand den Fachtag richtig gut! Einmal weil so viele Kolleg\*innen vor Ort waren und weil die Ausrichtung durch die BASFI darauf hindeutet, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit zumindest wahrgenommen wird. Besonders gelungen fand ich den Vortrag von Prof. Dr. Gunda Voigts von der HAW. Sie hat in aller Deutlichkeit gesagt, wie die Situation der OKJA in Hamburg ist, nämlich – sie benutze einen Begriff aus dem Segelsport – „Hart am Wind“. Sie sprach von den Schwierigkeiten Fachkräfte für die Offene Arbeit zu gewinnen, von der schlechten finanziellen Ausstattung und dem Mangel an Anerkennung für die tägliche Arbeit. Auch die Ausführungen zur klaren inhaltlichen Unterscheidung von OKJA/Kinder- und Jugendarbeit (§ 11 SGB VIII) auf der einen Seite und Jugendsozialarbeit (§ 13 SGB VIII) auf der anderen war richtig und wichtig. Sie ist besonders für die Praxis wichtig, weil eine theoretisch-konzeptionelle Vermischung beider Bereiche den Grundsatz der OKJA aushöhlt und letztlich zerstört. Diese Klarheit ist – so mein Einruck – in der OKJA-Praxis nicht immer anzutreffen. Dies hat jedoch weniger damit zu tun, dass Kolleg\*innen dem nicht theoretisch zustimmen, sondern ist eher dem geschuldet, dass versucht wird, die dauerhaft nicht-auskömmliche Finanzierung (oder gar Kürzungen) in der OKJA auszugleichen und mit dem politischen Druck bzgl. Kooperationen mit Schule, SHA usw. umzugehen. Außerdem hat mich sehr gefreut, dass auf dem Abschlussplenum der Fachtagung der Kollege Volker Vödich (Bau Brunnenhof) als Vertreter für die Interessenvertretung der Offenen Arbeit für Kinder, Jugendliche und Familie (IVOA) Hamburg mitdiskutiert hat. Dies zeigt: Wenn wir uns als OKJA-Kolleg\*innen hamburgweit organisieren, lädt man uns ein und muss uns anhören!“

# „Von einem Fachtag zum nächsten ...“

## Rückblick, Ausblick, Zwischentöne

*Ein Gespräch mit Gunda Voigts*

### Zwei Fachtage zur Lage der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg in 2019. Sie waren an beiden beteiligt. Welche Eindrücke bleiben bei Ihnen?

Das klingt jetzt vielleicht etwas pathetisch, aber ich finde, was das angeht, ist 2019 ein besonderes Jahr für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg. Zwei Fachtage mit jeweils mehr als 150 Teilnehmenden, die interessiert zuhören und zugleich engagiert diskutieren. Das ist schon grandios! Die Zugänge waren unterschiedlich: Einmal die BASFI als zentral wichtige Behörde im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam mit der HAW Hamburg als bedeutender Studien- und Forschungsort in Sachen Kinder- und Jugendarbeit. Das andere Mal die Interessenvertretung Offene Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien (kurz IVOA) als selbstorganisierter, wenig hierarchisch arbeitender Zusammenschluss von Praktiker\*innen. Gemeinsam haben wir etwas Wichtiges geschafft: Den dringend notwendigen Debatten über die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg einen Platz zu geben.

### Und welche dringend notwendigen Debatten sind das aus Ihrer Sicht?

Offene Kinder- und Jugendarbeit mit ihren für junge Menschen sehr wichtigen, nicht ersetzbaren Potentialen in unserer Stadt muss endlich die Anerkennung bekommen, die ihr gebührt. Das habe ich auf dem ersten Fachtag gefordert – und dabei bleibe ich. Wenn zum Beispiel Kinder und Jugendliche gemeinsam mit den Hauptberuflichen aus den Offenen Einrichtungen die Senatorin einladen, um ihre Ideen und Kritik zu äußern und dann „nur“ ein Pressesprecher kommt, ist das schon traurig. Oder wenn Kinder- und Jugendarbeit in den Planungen für neue Quartiere keine Rolle spielt, ist das in meinen Augen unverantwortlich. Auch die massiven Ausstattungsprobleme und der Fachkräftemangel sind angesprochen worden. „Hart am Wind“ ist die von mir genutzte Zustandsbeschreibung. Wir haben aber auch Themen wie Inklusion als Auftrag, die Sozialraumorientierung und die häufig unreflektierte Vermischung von Kinder- und Jugendarbeit und Jugendso-

zialarbeit. Junge Menschen sind nicht per se hilfebedürftige Wesen, sie müssen als Akteur\*innen ernst genommen werden.

Auf dem Fachtag im November war es die „Wachsende Stadt“ – oder anders formuliert die Frage, wie es gelingen kann, Freiräume für das Aufwachsen im Jugendalter zu schaffen und zu bewahren. Die IVOA hat damit ein wichtiges Thema gesetzt. Die Debatte über Anforderungen an eine soziale Quartiersplanung, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen als eine entscheidende Zukunftsperspektive aufnimmt, ist in dieser Stadt lange überfällig.

### Was an den Fachtagen hat Sie bereichert?

An erste Stelle die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteur\*innen und die vielen Gespräche vor, während und auch nach den Fachtagen. Wenn wir Kinder- und Jugendarbeit in unserer Stadt in den Köpfen der politisch Verantwortlichen stark machen wollen, wird das nur klappen, wenn wir alle Zusammenstehen, wenn wir aus unseren mitunter verschiedenen Perspektiven kommend für eines vehement eintreten: Junge Menschen haben in unserer Stadt ein Recht auf Räume ohne Zwang und Fremdbestimmung!

### Und wie schaffen wir das?

Indem die Hauptberuflichen in den offenen Einrichtungen begreifen, dass in der BASFI und den Bezirksverwaltungen nicht ihre „Gegner\*innen“ sitzen – und die Angestellten und politisch Verantwortlichen in der BASFI und den Bezirksverwaltungen begreifen, dass die Praktiker\*innen nicht ihre „Gegner\*innen“ sind. Da ist in den letzten Jahren in Hamburg Vieles nicht gut gelaufen, so zumindest meine Außenbeobachtung. Wenn die Fachtage dazu beitragen, dass offene, konstruktive Gespräche möglich werden, in denen gemeinsam der Blick auf die gerichtet wird, um die es geht – die Kinder und Jugendlichen – dann würde ich sagen: Ja, die Fachtage haben mich und andere bereichert – und wir schaffen das dann vielleicht gemeinsam in dieser Stadt!

### Und als wie realistisch schätzen Sie das ein?

Nun, das ist schwierig vorauszusagen. Der neue Haushalt kommt. Ich befürchte leider, dass dieser wieder den Potentialen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht gerecht wird. Ich halte es für skandalös, wie ein Teil der politisch Verantwortlichen mit dem Aufwachsen von jungen Menschen in Hamburg umgeht. Vielleicht gelingt es gemeinsam die richtigen Appelle an die zu richten, die entscheiden, nämlich die politisch gewählten Vertreter\*innen in der Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen.

### Das sind deutliche Worte ...

Ja! Wissen Sie: In meiner Rolle kann ich sie leicht sagen, dazu braucht es nicht viel Mut, nur einen differenzierten Blick auf die Lage der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Ich muss keine Angst haben, dass das laute Äußern meiner Auffassung Folgen für die Finanzierung meiner Einrichtung hat, wie es manche Hauptberufliche aus Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit haben. Ob zu Recht oder zu Unrecht sei dahin gestellt. Ich bin auch nicht Teil einer Behörde wie der BASFI, wo die öffentliche Äußerung dazu führen kann, von „oben“ einen Rüffel zu bekommen. Ich habe das Privileg als Hochschullehrerin einen besonderen Status in diesem Feld zu haben. Den möchte ich einsetzen, um für „die Sache“ einzutreten. Das meint für mich: Immer wieder die Kinder und Jugendlichen in den Blick zu nehmen. Anwaltschaftlich dafür einzutreten, dass ihnen nicht die letzten Frei-Räume in unserer Stadt auch noch genommen und verbaut werden. Ich freue mich, wenn ich verschiedene Player im Feld mit meinem Horizont dabei unterstützen kann. Und ich bin sehr dankbar für alle, die jeden Tag (leise oder laut) für die Interessen der jungen Menschen in unserer Stadt eintreten, sich an ihre Seite stellen. Viele müssen dazu mehr Mut haben als ich. Darin liegt die Chance, die wir haben, um die Zukunft besser zu gestalten als das Heute.

**Liebe Frau Voigts, ich danke Ihnen herzlich für Ihre offenen Worte und Ihr engagiertes fachliches Wirken für Kinder und Jugendliche in dieser Stadt und dieses besondere Arbeitsfeld.**

Das Interview führte Karen Polzin



# Freiräume für ein gelingendes Aufwachsen von Jugendlichen

Auszüge des Vortrages am 5.11.2019

von Gunda Voigts

Zu ihrem ersten Fachtag hat sich die Interessenvertretung Offene Arbeit Hamburg (IVOA) von mir einen Beitrag gewünscht, „der sich mit der Bedeutung von Freiräumen (gerade in einer Stadt wie Hamburg mit ihrer zunehmenden Verdichtung) für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen befasst und die Rolle der Offenen Arbeit in diesem Zusammenhang thematisiert“ (Mail IVOA). In der Tagungseinladung steht der mir vorgegebene Titel „Warum sind Freiräume in verschiedener Form für ein gelingendes Aufwachsen wichtig?“. In meinem Vortrag habe ich versucht, Antworten auf diese Frage zu geben, welche ich hier verkürzt zusammenfasse. Leitend sind für mich drei Thesen:

- ◆ Jugendliche brauchen Freiräume
- ◆ Kinder- und Jugendarbeit kann Freiräume ermöglichen
- ◆ Freiräume brauchen (Jugendhilfe-)Planung

Dieses ist eine Auseinandersetzung mit dem Begriff „Freiräume“ vorangestellt.



## Freiräume für junge Menschen – eine begriffliche Annäherung

Der von mir verwendete Freiraum-Begriff ist geprägt von den Debatten im 15. Kinder- und Jugendbericht. Freiräume sind demnach „keine objektiv bestimmbaren Räume [...], die jenseits von Zwängen, Verpflichtungen und Ordnungen existieren, sondern Räume [...], die subjektiv wahrgenommene, wenn man so will: relative Freiheit und Autonomie ermöglichen und die durch die zeitweise mögliche Dis-

tanzierung von Zwängen, die sich aus den vielfältigen Prozessen der Verdichtung und Beschleunigung des Alltags ergeben, gekennzeichnet sind [...]“ (Deutscher Bundestag 2017: 422). „Freiraum“ wird in dieser Lesart als ein Differenzbegriff gesehen, „er bezeichnet, je nach Ausgangspunkt und Perspektive, Ab- und Anwesenheiten von Zwang und Freiheit, von gesetztem Zweck und Unbestimmtheit, von Pflichten und Autonomien.“ (ebd.) So ist es kein Zufall, dass ihm häufig der Begriff „Verzweckung“ gegenübergestellt wird (z.B. DBJR 2010).

Die Kommission des 15. Kinder- und Jugendberichts definiert Freiräume im Jugendalter als dringend erforderliche Auszeiten, Rückzugsorte und Erprobungsräume. Diese Orte ohne Leistungszwang, Leistungsdruck und Fremdbestimmung gehen Kindern und Jugendlichen im Aufwachsen heute verloren. Dieser Entwicklung entgegenzuwirken ist herausfordernd, insbesondere da der so zugeschnittene Freiraum-Begriff eine sehr subjektive Ausdeutung mit sich bringt, denn „dort wo Aktivitäten, Räume oder Zeit nicht unter dem Gesichtspunkt (externer) Verwertbarkeit und einer Zweckrationalität gesehen, strukturiert, ausgerichtet und bewertet [werden], sondern ihr Sinn aus Perspektive des/der Handelnden selbst bestimmt, verändert und entwickelt werden kann, ‚ist‘ (subjektiv empfundener) Freiraum.“ (Deutscher Bundestag 2017: 422) Darüber, was Jugendliche selbst als Freiraum empfinden, wissen wir aber (zumindest empirisch) nur wenig. Es ist dringend geboten, Jugendliche auch in diesen Diskursen als Akteur\*innen ernst zu nehmen.

## Jugendliche brauchen Frei-Räume (gerade in der „Wachsenden Stadt“)

Warum Jugendliche Freiräume für ein gelingendes Aufwachsen benötigen, lässt sich über die ihnen gesellschaftlich gestellten drei Kernherausforderungen beantworten: Eine soziale und berufliche Handlungsfähigkeit (Qualifizierung) lässt sich ebenso wenig ausschließlich in einem durchgetakteten institutionellen Gefüge erlangen, wie die Übernahme einer individuellen Verantwortung (Verselbstständigung). Die „Selbstpositionierung“ als Prozess der Ausbildung einer eigenen Integritätsbalance zwischen subjektiver Freiheit und sozialer Zugehörigkeit macht schon im Wort deutlich, dass ihr Entstehen Freiräume benötigt (Deutscher Bundestag 2017).



Gerade in der wachsenden, sich verdichtenden Stadt brauchen Jugendliche Frei-Räume, um diese Kernherausforderung zu bewältigen. Der 15. Kinder- und Jugendbericht unterscheidet in Anlehnung an Nissen (1998) drei Formen (teil-)öffentlicher Räume, welche für ein gelingendes Aufwachsen wichtig sind:

- ◆ öffentliche Räume (z.B. öffentliche Plätze, Grünflächen, Parks, Spielplätze, Bushaltestellen)
- ◆ öffentlich zugängliche verhäuslichte Räume (z.B. Bahnhöfe, Einkaufszentren)
- ◆ institutionalisierte öffentliche Räume (z.B. Sportanlagen, Vereinsräume, Musikschulen, Schulräume, Kirchenräume, Jugendzentren, etc.)

Eine leitende Unterscheidungslinie ist der Grad der Kontrolle und der Regeln, denen das Handeln von Jugendlichen unterliegt. Zur Schlüsselfrage wird, wie selbstbestimmt und selbstständig sie handeln können. Von Bedeutung ist ebenfalls, dass junge Menschen nicht-institutionalisierte Räume als „Orte der unkontrollierten Peervergemeinschaftung“ (ebd.: 251) benötigen. Selbst Jugendzentren können diesem Bedürfnis nur begrenzt nachkommen. Um in Stadt- und Quartiersplanungen den Bedürfnissen von Jugendlichen nach Aktionsräumen gerecht zu werden, ist ein Wissen über ihre Raumaneinigungspraktiken notwendig. Aus den bisher wenigen Forschungen zu jugendlichen Aneignungspraktiken öffentlicher Räume werden im 15. Kinder- und Jugendbericht fünf Muster herausgearbeitet (ebd.: 252ff.):

- ◆ **Mobile Raumpraktiken**, wie das Durchqueren des öffentlichen Raumes in U-Bahnen und Bussen, es entstehen „Zwischenräume“, welche als peerkulturell bedeutungsvolle (Frei-)räume hervorgehoben werden.
- ◆ **Flexible, gruppenspezifisch mit Bedeutungen versehene Rauman eignung**, z.B. durch Skater\*innen, Parkour/Traceur\*innen, Graffitikünstler\*innen/Sprayer\*innen.
- ◆ **Öffentlicher Raum als „hang out“-Zone**, also eher statische Orte, dies können kontrollierte Räume oder unkontrollierte Nischenräume z.B. an Bushaltestellen, Marktplätzen, Parks, Brachen, aber auch ungenutzte „Resträume“ wie z.B. Jugendkeller in Gemeindehäusern oder Jugendzentren sein.

- ◆ **Orientierung an vorgegebenen Funktionszuschreibungen** wie das Treffen in Eisdieleen, Biergärten, Cafés, Kneipen oder Friseurläden.
- ◆ **Nutzung virtueller Räume als Teil des öffentlichen Raumes**

Besonders die flexiblen, gruppenspezifischen Rauman eignungen bergen Konfliktpotentiale – mit Erwachsenen wie unter den Jugendlichen selbst. Trotzdem und gerade deshalb sind sie ein wichtiger Ort für jugendliches Aufwachsen und das Erlernen von Aushandlungsprozessen. Es wird betont, dass Jugendliche in sozial benachteiligten Wohnquartieren u.a. aufgrund geringerer Mobilitätsressourcen eher in Hangout-Zonen ihre Freiräume suchen (ebd.: 253).

### Kinder- und Jugendarbeit kann Freiräume ermöglichen

Für das Aufwachsen ab der mittleren Kindheit bis zur Volljährigkeit gibt es in Deutschland zwei maßgebliche institutionelle Orte außerhalb der Familie: Schule und Kinder- und Jugendarbeit. Kinder- und Jugendarbeit ist dabei der Definition obfolgend nicht automatisch „Freiraum“ für junge Menschen, auch wenn sie dies für sich immer wieder (mitunter zurecht) in Anspruch nimmt: „Zwar sind die Orte der Kinder- und Jugendarbeit möglicherweise der ‚freieste Bereich‘ (Sturzenhecker/Richter 2013, S. 699) der gesamten Institutionen des Aufwachsens, das allein macht die Kinder- und Jugendarbeit aber nicht per se zu einem Freiraum“ (Deutscher Bundestag 2017: 422). Sie eröffnet erst dann Freiräume, wenn es ihr gelingt, „dass Jugendliche selbst als aktive Subjekte die Gestaltungsverantwortung solcher Räume wahrnehmen können“ (ebd.: 423). Dazu ist es notwendig, ihnen „Handlungs-, Erfah-

Freiräume im Jugendalter sind dringend erforderliche Auszeiten, Rückzugsorte und Erprobungsräume.

rungs- und Entscheidungsräume zur Verfügung zu stellen, die möglichst weitgehend eigene Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen“ (ebd.: 390). Dieses Ziel zu erreichen, erfordert eine stetige Auseinandersetzung mit und Praxisreflexion der Prinzipien, die Kinder- und Jugendarbeit leiten und ihr gesetzlich im SGB VIII, §11 und §12 zugeschrieben sind: Subjekt- und Interessenorientierung, Freiwilligkeit, Peer-Education und Selbstorganisation, Mit- und Selbstbestimmung. Stehen diese im Vordergrund und leiten das Wirken der Hauptberuflichen wie Träger, ermöglicht Kinder- und Jugendarbeit auch durch ihre Stärke der großen Vielfalt in Angebot und Ausrichtung Jugendlichen tatsächlich Freiräume (Voigts 2017). Gerade in der städtischen Enge wird sie dann zu einem „guten“ Ort der „Freiraumermöglichung“.

## Freiräume brauchen Planung

Diese Freiräume entstehen und bleiben nicht von allein. Sie benötigen beispielsweise geeignete Orte, flexible Ausstattung, fachlich gut ausgebildetes Personal, niedrighschwellige Zugänge. Zur Planung genau dessen sieht das SGB VIII ein eindeutiges Instrument vor: die Jugendhilfeplanung. In Hamburg werden die gesetzlich gewollten Ausprägungen aus meiner Sicht weitestgehend ignoriert. Mit dieser Meinung stehe ich nicht allein, vielmehr hat die viel beachtete Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“ dazu folgendes in ihrem Abschlussbericht festgehalten: „Neben der Kindertagesbetreuung stellt die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) ein weiteres grundlegendes öffentliches Infrastrukturangebot für alle Hamburgischen Kinder und

Darüber, was Jugendliche selbst als Freiraum empfinden, wissen wir aber (zumindest empirisch) nur wenig.

Jugendlichen dar. [...] Festgestellt werden muss dennoch, dass sich die anfängliche Annahme des Senats, es käme durch die Einführung dieser Angebote [Anmerkung: Ganztagschule] zu einer reduzierten Nachfrage der Angebote der OKJA so nicht bestätigt hat. Die OKJA stellt weiterhin ein eigenständiges Infrastrukturangebot innerhalb der Hamburgischen Kinder- und Jugendhilfe dar. Als solches muss sie daher in politischen und administrativen Entscheidungen auch eine entsprechende Aufmerksamkeit finden. Zentrales Instrument für die Ermittlung der bestehenden Bedarfe ist der Prozess der Jugendhilfeplanung als Grundlage für die Erfüllung der Gewährleistungspflicht für ein bedarfsgerechtes Angebot (§79 SGB VIII)“ (Drucksache 21/16000: 13).

Im Bericht der Enquete-Kommission wird auch aufgezeigt, dass „Fachkräfte „gut“ arbeiten können müssen, was meint, „auskömmlich ausgestattet und ausgerüstet, mit qualifizierten Fachkräften, den erforderlichen Arbeitsmitteln und dem nötigen Respekt für diese immer sehr belastende und verantwortungsvolle Arbeit“ (Drucksache 21/16000: 1) zu sein. So rahmt die Kommission den erforderlichen Einsatz, um Freiräume in der „Wachsenden Stadt“ Hamburg zu schaffen und zu bewahren. Die Anforderungen lassen sich kaum besser formulieren als der Bericht dies vornimmt: „Voraussetzung dafür ist zuerst eine gute Infrastruktur [...], mit qualifizierenden Konzepten arbeitend, in tragfähigen Strukturen aufgestellt und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet“ (Drucksache 21/16000: 62).

In meinem letzten Vortrag am 13.09.2019 habe ich unter dem Titel „Hart am Wind“ nachgezeichnet, wie gerade Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg unter einem Ausstattungs-, Anerkennungs- und Fachkräftemangel leidet. Dies zu überwinden, muss Ziel der politisch Verantwortlichen sein und damit auch Ziel der Administrative auf allen Ebenen werden – zumindest wenn es ernsthaftes Ziel ist, Jugendliche und

ihre ihnen zustehenden Freiräume im Blick zu haben. Das wird nicht von allein geschehen, sondern erfordert den gemeinschaftlichen Einsatz für junge Menschen – auch gemeinsam mit Ihnen.

## Wege zum Ziel – Gedanken zum Schluss

Es ist deutlich geworden, dass es viel zu tun gibt, um Freiräume für junge Menschen in Hamburg zu schaffen und zu erhalten. Dabei wurden in diesem Vortrag nur Teilaspekte angerissen. Weder ist über die Anforderungen unserer Leistungsgesellschaft, das „Zeitgefängnis“ Ganztagschule oder das Miteinander der Generationen gesprochen worden. Mit Blick auf die von mir ausgewählten Aspekte sehe ich folgende wichtige (erste) Schritte zum Ziel, die ich auf zwei Gruppen fokussiere:

*Erstens: Ihr\_Wir in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und verwandten Angeboten:*

... hört nicht auf Jugendhilfeplanung auf Landes- wie Bezirksebene einzufordern und ernst zu nehmen. Jugendliche haben ein Recht darauf, dass ihre Interessen gehört werden und sich in der Jugendhilfeplanung wiederfinden.

... prägt selbst die Arbeit in den Jugendhilfeausschüssen der Bezirke stärker, nutzt bestehende Vernetzungen zur Einflussnahme und baut neue Netzwerke, auch bezirksübergreifend auf.

... tritt gemeinsam mit allen Feldern der Kinder- und Jugendarbeit für die Interessen der Jugendlichen und eure als Ort für Jugendliche ein. Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbände, kulturelle Jugendarbeit, Mädchenarbeit, sportliche Jugendarbeit, mobile Kinder- und Jugendarbeit, und ihr Vielen anderen, findet euch mit Blick auf die Jugendlichen zusammen.

... nimmt den Landesjugendhilfeausschuss in den Blick. Verfolgt, was dort gesagt und getan wird. Unterstützt eure Vertreter\*innen dort, informiert euch gegenseitig und nehmt diesen wichtigen Ort ernst.





Diese Freiräume zu sichern und neu zu schaffen, ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

... seid offen für Statistik und Forschung. Nutzt sie zur Reflexion und Weiterentwicklung – und um deutlich zu machen, wo die Stärken der Arbeit liegen und wie Freiräume in euren Einrichtungen für Jugendliche ermöglicht werden.

*Zweitens: Ihr\_Wir die politisch Verantwortlichen in der Bürgerschaft und den Bezirken:*

... nimmt Jugendhilfeplanung als gesetzliche Verpflichtung des SGB VIII ernst und führt diese fachlich fundiert mit genügend Personalressourcen durch. Verfolgt dabei Partizipation als wichtigen Anspruch.

... nimmt das Zusammenspiel von politischer Steuerung (Parlamente) und Verwaltung in den Blick. Sorgt dafür, dass die Rollen nicht vermischt werden.

... denkt Kinder- und Jugendarbeit gleichberechtigt mit Schule und Kindertageseinrichtungen als institutionalisierte Räume von jungen Menschen mit und plant entsprechend zukunftsgerichtet.

... vergesst in den Quartiersplanungen nicht die Jugendhilfeplanung (und die Kinder- und Jugendarbeit als Teil dieser), tretet für Freiräume für Jugendliche in der wachsenden Stadt ein und bezieht diese entsprechend in allen städtebaulichen Planungen gleichberechtigt mit ein.

... erinnert euch an die Empfehlungen der Enquete-Kommission, nehmt deren Fachexpertise ernst. Lasst euch nicht mit Berichten zur Umsetzung beruhigen, die ohne Konkretionen bleiben, folgt den Empfehlungen.

*Und Drittens: Ihr\_Wir alle gemeinsam:*

... vergessen wir nicht die Perspektive der Jugendlichen auf quartiersbezogene Lebensbedingungen und ihre eigenen Handlungsstrategien einzubeziehen. Sie müssen Ausgangspunkt aller Planungen, aller Debatten und Kämpfe um Freiräume sein.

Und zum guten Schluss ein Appell aus dem 15. Kinder- und Jugendbericht: „Dieses an vielen Stellen beobachtbare Engagement um innerinstitutionelle Freiräume findet seine Entsprechung in einem ausdrücklich sich jugendpolitisch verstehenden Engagement, das die Ermöglichung von Freiräumen als eine zentrale Aufgabe von Jugendpolitik einklagt. [...] So argumentiert z.B. der Deutsche Bundesjugendring: „Junge Menschen benötigen neben der notwendigen Anregung und Erziehung Freiräume als Räume ohne staatliche oder gesellschaftliche Vordefinitionen, in denen das Aufwachsen so we-

nig wie möglich von außen gesteuert oder normiert wird. Diese Räume zu sichern und neu zu schaffen, ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. In diesem Sinne werden Freiräume sowohl in zeitlicher, lokaler und -gestalterischer Dimension, aber auch im übertragenen Sinne benötigt [...]. Es ist zentrale Aufgabe von Jugendpolitik, freie Räume, die dieses Hinterfragen [von gesellschaftlichen Normierungen; Einfügung Kommission] ermöglichen und dazu ermuntern, im wörtlichen wie v.a. im übertragenen Sinne zu erhalten und um solche freie Räume zu kämpfen, und so für eine Ausgewogenheit zwischen Erziehung und Entwicklung zu sorgen. Eine Vordefinition von Räumen durch die Gesellschaft, den Staat oder Dritte darf es weder im Bereich von zeitlichen, lokalen, gestalterischen oder anderen Räumen geben“ (DBJR 2010, S. 2)“ (Deutscher Bundestag 2017: 112).

Fotos: Christoffer Bethmann



*Literatur:*

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (Drucksache 21/16000) (2018): Bericht der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken: Überprüfung, Weiterentwicklung, Umsetzung und Einhaltung gesetzlicher Grundlagen, fachlicher Standards und Regeln in der Kinder- und Jugendhilfe – Verbesserung der Interaktion der verschiedenen Systeme und Akteurinnen und Akteure“. Hamburg.

Deutscher Bundesjugendring (DBJR) (2010): Selbstbestimmt und nicht verzweckt. Ehrenamtliches Engagement junger Menschen. Berlin.

Deutscher Bundestag (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.

Nissen, U. (1998): Kindheit, Geschlecht und Raum. Sozialisations-theoretische Zusammenhänge geschlechtsspezifischer Rauman-eignung. Weinheim & München.

Sturzenhecker, B./Richter, E. (2013): Offene Kinder- und Jugendarbeit und staatliche Aktivierungsstrategien. In: Deinet, U./Sturzenhecker, B. (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden, S. 695-703.

Voigts, G. (2017): „Wohin geht's mit der Kinder- und Jugendarbeit?“ Zusammenfassung empirischer Trends, Spannungsfelder, Entgrenzungen und Perspektiven von Kinder- und Jugendarbeit im 15. Kinder- und Jugendbericht. In: deutsche jugend, 65. Jg., H. 7-8, S. 303-315.

# Soziale Quartiersentwicklung – aber wie kommt das Soziale ins Quartier?

von Marcus Menzl

Ein Blick zurück auf die Entwicklungen der vergangenen 20-25 Jahre veranschaulicht eindrücklich, dass soziale Themen in der Stadtentwicklung stark an Bedeutung gewonnen haben. Wohnungspolitische Konzepte und Instrumente, wie die Konzeptvergabe, der Drittmix, das Erbbaurecht oder auch der Mietendeckel waren Ende der 1990er Jahre nicht ernsthaft vorstellbar, sind heute jedoch an verschiedenen Orten gängige Praxis und erfahren eine sehr breite Akzeptanz in Gesellschaft und Stadtpolitik. Ungeachtet dieser im Kern positiven Entwicklungen und einer Grundstimmung, die sozialen Aspekten gegenüber tendenziell aufgeschlossen ist, liegen viele Themen im Argen. Gerade die zentralen, aber in der Tagespolitik weniger sichtbaren Eckpfeiler einer sozialen Quartiersentwicklung, die diesen Namen verdient, sind in vielen Quartieren keinesfalls garantiert: Es fehlt an Flächen und Freiräumen, an personellen und finanziellen Ressourcen und nicht zuletzt an einer angemessenen Wertschätzung des Beitrags, den eine explizit sozial gedachte Quartiersentwicklung für die Stadt haben kann. Diese Defizite bestehen in allen Teilbereichen der Stadt: In neu entstehenden Quartierserweiterungen, in denen der Aufbau sozialer Einrichtungen jenseits von Schule und Kita (bzw. eine Aufstockung bestehender Einrichtungen) in der Regel nicht selbstverständlich mitgedacht wird, sondern nur im Falle von Konfliktbildungen in Betracht gezogen wird; in bestehenden Quartieren, in denen die ohnehin kaum auskömmliche Ausstattung sozialer Einrichtungen Jahr für Jahr aufs Neue von Kürzungen bedroht ist; aber auch in gänzlich neuen Stadtteilen wie der HafenCity oder Mitte Altona, in denen es hochintensive Konkurrenzen um die wertvollen Flächen gibt, bei denen die Vertreter\*innen des Sozialen sich in aller Regel nicht durchsetzen können.

Was ist also zu tun? Welche Ansätze und Strategien gibt es angesichts dieser höchst ambivalenten Ausgangslage, das So-

ziale prominent in den Quartieren zu verankern? Drei Punkte möchte ich an dieser Stelle besonders betonen.

## 1. Planerisches Handeln hat soziale Implikationen – und erfordert deshalb die Einmischung der Expert\*innen für das Soziale!

Das Soziale wird auch heute noch vielfach als eigenständiger Sektor wahrgenommen und nicht als Querschnittsthema, das ganz selbstverständlicher Bestandteil aller planerischen Entscheidungen sein sollte. Üblicherweise ist es bei Themen der Stadtentwicklung so, dass Expert\*innen der Stadtplanung, der Immobilienwirtschaft, der Verkehrsplanung oder der Freiraum- und Landschaftsarchitektur die Weichenstellungen für die Struktur eines Quartiers stellen. Die Expert\*innen des Sozialen werden auch eingebunden, aber nur zu den explizit dem Sozialen zugeordneten Themen, d.h. insbesondere dann, wenn soziale Konflikte sichtbar werden, manchmal auch bei Fragen der sozialen Infrastruktur oder der Bürger\*innen-Beteiligung bzw. der Si-

Die Expert\*innen des Sozialen werden nur zu den explizit dem Sozialen zugeordneten Themen eingebunden.

cherung von Akzeptanz des neu Entstehenden. Diese Aufteilung in harte und weiche Themen und das Heraushalten der Expert\*innen für das Soziale aus den harten Themen unterschlägt vollständig die Tatsache, dass planerische Entscheidungen immer mehr oder weniger weitreichende soziale Implikationen haben: Die Vergabe der Grundstücke und damit die Zusammensetzung der Bewohner\*innenschaft, die Gestaltung der Freiräume und damit die Möglichkeiten sozialer Begegnung im öffentlichen Raum, die Anlage des Straßenraums und damit die Ausgestaltung der kommunikativ so wichtigen Schnittstelle zwischen der Sphäre des Privaten und des Öffentlichen, die Belegung von Erdgeschosszonen und damit das Angebot an Einzelhandel und Gastronomie, die öffentlichen Sport- und Bewegungsräume und damit die Chancen, attraktiv nutzbare Räume für alle zu schaffen – die Liste ließe sich noch lange weiterführen. All diese Weichenstellungen werden in der Regel ohne Hinzuziehung von Expert\*innen für das Soziale getroffen, was entweder so interpretiert werden kann, dass die sozialen Aspekte nicht so wichtig genommen werden; in der Annahme das Soziale werde sich dann schon ir-



gendwie „zurechtrückeln“. Oder es wird davon ausgegangen, dass das Soziale ja nun mal ein Thema sei, über das im Zweifel ohnehin jede\*r aus seiner\*ihrer Alltagserfahrung heraus Auskunft geben kann. Gesonderte Expert\*innen scheinen dann entbehrlich.

Tatsächlich bilden sich soziale Nachbarschaften natürlich nicht von alleine, sondern sie bedürfen u.a. komplexer Planungsprozesse unter frühzeitiger Beteiligung aller für das Quartier relevanten Akteur\*innen. Es braucht sozial sensible Entscheidungen im Bereich der harten Strukturen und auch nach Bezug der neuen Wohnungen aktivierende und vernetzende Angebote. Ein solches Verständnis von sozialer Quartiersentwicklung, die sich eben nicht auf die reine Unterstützung sozial Benachteiligter oder auf soziale Feuerwehraktivitäten beschränkt, sondern die sich frühzeitig und mit weitreichendem Mitgestaltungsanspruch in Planungen einmisch, muss noch viel stärker eingefordert werden. Hier sind die sozialen Träger gefordert, ihr Selbstverständnis weiterzuentwickeln, selbstbewusster aufzutreten (gerade bei scheinbar fachfremden Themen) und sich auch untereinander noch besser zu vernetzen und zu stützen.

## 2. Die Quartiere bilden die räumliche Schlüsselebene für das Soziale und müssen daher gestärkt werden!

Den Quartieren werden heute im stadtpolitischen Diskurs zahlreiche Aufgaben zugeschrieben: Es wird erwartet, dass hier ein Großteil der Alltagsabläufe abgewickelt werden kann („Stadt der kurzen Wege“), Quartiere sollen aber auch Orte sozialer Begegnung und der Einbettung in nachbarschaftliche Netzwerke sein, ihnen wird eine wichtige Funktion bei der Integration von Menschen mit Behinderung, von Geflüchteten oder von sonst benachteiligten Personengruppen zugesprochen („inklusive Quartiersentwicklung“) und im Idealfall eröffnen sie den Bewohner\*innen die Möglichkeit, sich den Nahraum um ihre Wohnung aktiv anzueignen und sich mit ihm zu identifizieren. Quartiere nehmen damit eine wichtige vermittelnde Rolle zwischen der Sphäre der anonymen Großstadt und dem familiär-privaten Kontext der eigenen Wohnung ein.

Damit Quartiere diese weitreichenden Erwartungen tatsächlich erfüllen können, sind jedoch einige wichtige Voraussetzungen zu schaffen. Von zentraler Bedeutung ist ein Verständnis von Quartier, das dieses als Ergebnis kollektiven Handelns und damit als Resultat einer Gemeinschaftsleistung oder einer neuartigen Form von Allmende, eines kollektiv genutzten und regulierten Gutes, ansieht. Das erfordert vertrauensvolle und kontinuierliche Kommunikationsprozesse, die (auch von Seiten der Behörden, der formal zuständigen Pla-

nungsinstanzen oder anderer, „mächtigerer“ Akteur\*innen) auf Augenhöhe erfolgen müssen. Es geht darum, sich im Dialog und am Beispiel konkreter Projekte eigene Regeln zu geben und damit letztlich zu bestimmen, wie man mit den verfügbaren nicht-privaten Flächen und allgemein gesprochen dem gemeinsamen Wohnumfeld umgehen möchte. Für soziale Träger\*innen wie auch für alle anderen Institutionen und Betriebe bedeutet dies, das Denken in Institutionenlogik zu lockern und sich zunehmend auf die Quartiersebene einzulassen – dann können Ressourcen gebündelt sowie Identifikation und Verantwortungsübernahme für das Gemeinsame gesteigert werden; das Quartier bekommt eine vernehmbare Stimme und es steigt die Wahrscheinlichkeit, eigendynamische und selbstregulative Entwicklungsprozesse initiieren zu können.

## 3. Quartiere brauchen Anwalt\*innen!

Das Denken in Quartierszusammenhängen ist elementar; es ersetzt aber nicht die Notwendigkeit von Akteur\*innen, die koordinierend als Anwalt\*innen für das Quartier fungieren. Es geht um Institutionen, die „hauptamtlich“ das Quartier denken, die Interessengegensätze vermitteln, die Ressourcen akquirieren und die als Sprachrohr des Quartiers nach außen



aufzutreten. Unterscheiden lassen sich hier klassische Anwalt\*innen (Stadtpolitik und -verwaltung), erzwungene Anwalt\*innen („Soziale Stadt“-Träger) und natürliche Anwalt\*innen, d.h. solche Akteur\*innen, die über ein dominantes Eigeninteresse verfügen, wie z.B. Wohnungsunternehmen, die Eigentümer\*innen eines großen Teils des Bestands eines Quartiers sind. In jüngerer Vergangenheit bilden sich aber auch vermehrt „konstruierte Anwalt\*innen“ heraus: Soziale Träger\*innen, Bauherr\*innen oder einzelne Bewohner\*innen-Gruppen, wie z.B. Wohnprojekte, die eine besondere Verantwortung für das Quartier übernehmen.

Dabei kommen auch interessante neue Rechtskonstruktionen zum Tragen, wie z.B. eine monatliche Umlage, die alle Eigentümer\*innen eines Quartiers verpflichtend zur Finanzierung eines Quartiersvereins beisteuern müssen (Beispiel: Quartier 21 in Hamburg). Oder die Gründung einer Quartiersgenos-

Soziale Quartiersentwicklung,  
die sich frühzeitig und mit weitreichendem  
Mitgestaltungsanspruch ...



## Soziale Quartiersentwicklung – aber wie kommt das Soziale ins Quartier?

senschaft durch Bauherren, die Stadt und die Quartiersnutzer\*innen, die es ermöglicht, die Federführung für Vernetzungs-, Verwaltungs- und Vertretungsangelegenheiten im Quartier bei einem\*einer Akteur\*in zu bündeln (Beispiel: Prinz-Eugen-Quartier in München). In anderen Fällen sind es soziale Träger\*innen, die die Verantwortung für den Aufbau



inklusive Quartiersstrukturen übernehmen (Beispiel: Evangelische Stiftung Alsterdorf im Projekt Q8, u.a. in Mitte Altona) oder auch die Evangelische Hochschule, die finanziell unterstützt von der Stadt den Aufbau sozialer Strukturen im Quartier vorantreibt (Beispiel: Freiburg-Rieselfeld).

Allen diesen Modellen gemeinsam ist die Überzeugung, dass die Realisierung des Sozialen im Quartier ganz sicher kein Selbstläufer ist, sondern etwas, für dessen angemessene Berücksichtigung man sich intensiv und immer wieder aufs Neue einsetzen muss, das einer Gestaltung bedarf und das frühzeitig, d.h. vor Bezug der ersten Wohnung mitgedacht und betrieben werden muss. Zugleich handelt es sich gerade bei den zuletzt genannten Modellen um Ansätze, die mit viel Kreativität nach Lösungen suchen, die gute Balancen aus haupt- und ehrenamtlichem Engagement vorsehen und es zugleich vermeiden, ausschließlich die staatlichen Akteure für die Finanzierung, konzeptionelle Ausgestaltung und Träger\*innenschaft des Kollektiven, in diesem Fall des Quartiersgedankens, in die Pflicht zu nehmen. Diese neuen Mischformen aus staatlichen, marktbezogenen und zivilgesellschaftlichen

... in Planungen einmisch, muss noch viel stärker eingefordert werden.

schaftlichen Elementen zur Organisation des Sozialen im Quartier stellen damit ohne Frage eine vielversprechende Perspektive dar, da sie die Chance bieten, zusätzliche Ressourcen zu erschließen und eine breitere Verantwortungsübernahme für das Soziale in der Stadt zu etablieren.

Fotos: Christoffer Bethmann

### Literatur:

- Hinte, Wolfgang; Lüttringhaus, Maria; Oelschlägel, Dieter (2011): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit, Weinheim/München (Juventa).
- Menzl, Marcus (2020): Nachbarschaft und Quartier in der Stadtentwicklung. In: Breckner, Ingrid; Göschel, Albrecht; Matthiesen, Ulf (Hrsg.) (2020): Stadtsoziologie und Stadtentwicklung. Baden-Baden (Nomos) (im Erscheinen).
- Reutlinger, Christian; Stiehler, Steve; Lingg, Eva (2015): Soziale Nachbarschaften. Geschichte, Grundlagen, Perspektiven, Wiesbaden (Springer VS).
- Terfloth, Karin; Niehoff, Ulrich; Klauß, Theo; Buckenmaier, Sabrina (Hrsg.) (2016): Inklusion – Wohnen – Sozialraum, Marburg (Lebenshilfe).

### Prof. Dr. Marcus Menzl



lehrt Soziologie der gebauten Umwelt an der Technischen Hochschule Lübeck. Er arbeitet bevorzugt an der Schnittstelle von planerischen und sozialen/soziologischen Fragestellungen. Aktuell beschäftigt er sich vor allem mit Fragen des Quartiers- und Nachbarschaftsaufbaus, des Wohnens und Modellen sozialer Stadtentwicklung.

## Leser\*innenbriefe

Liebe Leser\*innen, wir möchten die Anregung unserer Leser\*innenschaft aufnehmen und einen Raum zur Diskussion über erschienene Artikel schaffen. Daher haben wir die Rubrik Leser\*innenbriefe im FORUM etabliert.

Hat Sie ein Beitrag zum Nachdenken angeregt, besonders berührt oder geärgert? Lassen Sie uns und unsere Leser\*innen an ihren Gedanken teilhaben und schreiben Sie uns gerne eine eMail an [info@vkjhh.de](mailto:info@vkjhh.de).

Beiträge bis zum 4. Februar 2020 können in der nachfolgenden Ausgabe abgedruckt werden. Die Auswahl der eingegangenen Briefe und Kürzungen behält sich die Redaktion vor.

Wir freuen uns über Ihre Kommentare, Ihr Feedback und spannende Diskussionen!

# Hamburg – Wachsende Stadt. Wächst die Offene Arbeit mit?

von Karen Polzin

Ergebnisse einer Schriftlichen Kleinen Anfrage der Fraktionsvorsitzenden der Linken, Sabine Boeddinghaus, und dem Fachsprecher für Kinder und Sport der Linken, Mehmet Yildiz, vorstellen und abgleichen, so lautete mein Arbeitsauftrag. (1) Alle sieben Bezirke lieferten dazu Angaben in sehr unterschiedlicher Form und unterschiedlichem Umfang. Das an sich ist nichts Ungewöhnliches, macht die Sache aber nicht einfacher. Für den Abgleich mit den Antworten des Senats sprach ich unter anderem mit Kolleg\*innen aus Behörden und aus Einrichtungen der offenen Arbeit verschiedener Hamburger Bezirke. An dieser Stelle nochmal meinen herzlichen Dank an sie, da der Beitrag ohne sie in dieser Form nicht möglich gewesen wäre. Zugleich ist mir noch einmal mehr bewusst geworden, wie vielfältig Frei-Räume und zugleich Orte verlässlicher Begegnung für Kinder, Jugendliche und ihre Familien ausgestaltet sind. Kinder und Jugendliche wiederum verdeutlichen uns Fachkräften aus der Praxis, der Behörde oder Wissenschaft und Politik immer wieder, wie wichtig Ihnen „ihr“ Kinder- und Jugendhaus, Mädchentreff, Spielhaus, „Bau“ oder Aktivspielplatz ist. (2) Viele bezeichnen all diese Einrichtungen der Jugendhilfe als ihr zweites zu Hause, welches sie – praktisch wie ein zweites Elternhaus – einfach brauchen.

Doch nun zur Auswertung der Schriftlichen Kleinen Anfrage (SKA) und den Antworten des Hamburger Senats – als Drucksache 21/16112 in der Parlamentsdatenbank zu finden. (3) Sie stammt aus dem Februar 2019 und thematisiert die Soziale Infrastruktur in der Wachsenden Stadt Hamburg und insbesondere die Frage, ob die Offene Kinder- und Jugendarbeit mitwächst. Hamburgs Bevölkerung jedenfalls wächst und auch der anteilige Prozentsatz an Kindern und Jugendlichen nimmt zu, das ist kein Geheimnis. Damit einhergehende Themen wie Wohnungsnot und Schulausbau sorgen regelmä-

Hamburgs Bevölkerung jedenfalls wächst und auch der anteilige Prozentsatz an Kindern und Jugendlichen nimmt zu.

ßig für Schlagzeilen in der Hamburger Presse. Ebenso virulent ist die Frage nach dem Ankommen der zahlreichen Neuhamburger\*innen, also von geflüchteten Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Bis vor gut 20 Jahren gab es fachliche Weisungen, dass Neubaugebiete, die mindestens 500 Wohneinheiten, kurz WE, umfassen, mit Einrichtungen und/oder Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit auszustatten sind. 1997 wurde diese Regelung von den damals regierenden Parteien – SPD und Grünen – abgeschafft. Vor diesem Hintergrund erfolgte die Anfrage.

Gefragt, ob mit der Neuauflage einer solchen Maßgabe zu rechnen sei, erfolgte eine kurze Antwort des Senats: Er habe sich hiermit noch nicht befasst.

Ganz anders sieht es bei Regleinrichtungen aus. Kitas und Schulen müssen mitgeplant werden – siehe dazu der aktuell vorgelegte Schulentwicklungsplan. Und damit befinde ich mich bereits mitten im Realitätscheck.



Foto: MädchenOase

## 47 neue Quartiere

In der SKA wurde folgendes gefragt: „Wie viele Quartiere mit mehr als 500 Wohneinheiten (WE) wurden in den Jahren 2015 bis 2018 neu geschaffen? Wie viele dieser Quartiere befinden sich aktuell im Bau oder in der Planung?“ (Drucksache 21/16112, S. 2) Die Antwort des Senats: 47, wovon sich 43 zu Beginn dieses Jahres noch im Bau oder in der Planung befanden. Wobei mehr als 500 Wohneinheiten auch reichlich mehr bedeuten kann. Zum Beispiel sollen im Pergolenviertel in Winterhude schlussendlich ca. 1400 Wohnungen entstehen. (4)

Weiter wurde danach gefragt, ob in diesen 47 neuen Quartieren Einrichtungen der OKJA, der Jugendsozialarbeit und Familienförderung mitgeplant wurden. Falls ja, solle angegeben werden, in welchen Neubaugebieten respektive Quartieren dies der Fall war und in welchem Umfang dort entsprechende Einrichtungen geschaffen wurden. Mit Umfang sind gemeint: Höhe der finanziellen Mittel, Art der Einrichtung, welches konkrete Projekt und welcher Umfang an Personalstellen. (Drucksache 21/16112, S. 2)

Im Folgenden werde ich alle Bezirke benennen und exemplarische Beispiele schildern. Außerdem werde ich noch einen weiteren Aspekt der Anfrage, die Gesamtzahl von Einrichtungen der Offenen Arbeit vorstellen und insbesondere die Familienförderung in den Blick nehmen. Danach gehe ich noch auf weitere Punkte, ein, die für den Diskurs um Offene Arbeit in der Wachsenden Stadt Hamburg wichtig sind: Quartierszentren, innerstädtische Nachverdichtung und Beteiligung.

## Bezirk Hamburg-Mitte

Der Bezirk Hamburg Mitte listet 15 Quartiere auf, mit Baubeginn zwischen 2015 und 2027. Nur auf fünf der der neuen Quartiere wurde etwas genauer eingegangen. Hier befände sich die Realisierung von Einrichtungen der OKJA, der Jugendsozialarbeit und Familienförderung noch im Klärungsprozess oder es stünden noch konkrete Planungen aus. (Drucksache 21/16112, S. 2)

Für das Gebiet um den Rückerskanal in Hamm hieß es immerhin: Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und weitere soziale Angebote würden mitgedacht. (ebd.)

Meine weiteren Recherchen zu diesem Gebiet ergaben, dass hier das Quartier „Osterbrookhöfe“ mit mehr als 800 Wohnungen entsteht. Dazu kommen ein großer Sportcampus sowie ein neues Quartiersbad. Außerdem soll der bereits vorhandene Jugendclub Hamm neue Räume erhalten. (5) Die Kolleg\*innen aus dem betreffenden Jugendclub wünschen sich darüber hinaus ein eigenes Außengelände und die Beteiligung an Planung und Ausgestaltung der neuen Räumlichkeiten. Letzteres, also Beteiligung der Fachkräfte, soll noch erfolgen.

Für das Gebiet „Marckmannstraße“ mit noch offenem Baubeginn verweist der Senat auf den Neubau des bereits existierenden Haus der Jugend (HdJ) Rothenburgsort. Dieses HdJ wurde allerdings 2012 geschlossen, da es baufällig war. Damit stellt es keine neue Einrichtung im Sinne der Anfrage dar, sondern ist lediglich ein Neubau in bereits existierenden Strukturen. Des Weiteren soll es „nicht nur Anlaufstelle für Jugendliche sein“, sondern zusätzlich „auch das Veranstaltungszentrum ‚Die Rothenburg‘ ersetzen, das im Frühjahr 2017 geschlossen wurde“. (6)

Schwierig für die Kolleg\*innen vor Ort ist, dass sie nach wie vor keine geeigneten Räume zur Verfügung haben.

Künftig werden mehr als 10.000 Einwohner\*innen dazukommen, zu denen auch geflüchtete Menschen mit Bleibeperspektive gehören.

„Haferblöcken“ im Raum Billstedt – wo auch noch Klärungsprozess benannt wurde – befindet sich seit 2017 im Bau. Hier soll, so ergaben meine Nachforschungen, ein „Haus der Begegnung“ entstehen. In diese Art Quartierszentrum scheinen ein Jugendkeller von 40 m<sup>2</sup> und ein Mädchenraum mit 30 m<sup>2</sup> aufgenommen zu werden, so der Stand in der 5. Sitzung des Begleitgremiums Haferblöcken im November 2018. (7)



Dass in den übrigen 10 Quartieren zumindest aktuell keine weiteren Einrichtungen geplant bzw. umgesetzt wurden, wird damit begründet, dass es sich „um Wohnungen handelt, die temporär (von Studierenden und Auszubildenden) genutzt werden sollen und für die die vorhandene soziale Infrastruktur nach jetzigem Stand ausreicht.“ (Drucksache 21/16112, S. 2)

Nähme ich das für bare Münze, werden bzw. wurden somit zahlreiche Wohneinheiten für junge Menschen ab 16 aufwärts geschaffen – das umfasst übrigens auch die beiden HafenCity-Quartiere. Diese jungen Menschen brauchen noch dazu keinerlei zusätzliche Angebote der Offenen Arbeit. Allerdings heißt es weiter: „Die Quartiere werden fortlaufend auf ihre Bedarfe hin überprüft, gegebenenfalls wird nachgesteuert.“ (ebd.)

Die Straßensozialarbeit in Horn wurde – dies noch als kleiner Hinweis auf eine weitere Passage in der Kleinen Anfrage – bereits 2016 eingestellt. (Drucksache 21/16112, S. 4) Bislang hat sich daran nichts geändert, obwohl in dem Bereich erfahrene Fachmensen ein derartiges Angebot für notwendig erachten.

## Bezirk Altona

Für Altona werden fünf Quartiere gelistet. Dazu gehört unter anderem auch die (neue) Mitte Altona mit Baubeginn vor fünf Jahren. Zu allen fünf Quartieren antwortet der Senat, dass die Planungen noch nicht abgeschlossen seien, „weil zu den geplanten Quartieren noch keine Details bekannt sind“. (Drucksache 21/16112, S. 2) Nun, mittlerweile wissen alle Interessierten und Betroffenen, dass keine neue Jugendeinrichtung



in Mitte Altona gebaut wurde, und dass viel mehr Kinder dort wohnen, als vorher angenommen. In dem Kontext wird, so ergaben meine Nachfragen, jetzt lediglich auf das bereits vorhandene Spielhaus Zeiseweg verwiesen.

Dort wurde von den Fachkräften vor Ort ein Jugendtreff eingerichtet um der gestiegenen Nachfrage im Stadtteil gerecht zu werden. Zudem werden die Räume häufig für Kindergeburtstage oder auch als Treffpunkt für informelle Gruppen nachgefragt. Insgesamt reichen die Räumlichkeiten aber für die hier skizzierten Bedarfe nicht. Mittlerweile hat das Spielhaus eine Erzieher\*innenstelle mit 27 Stunden in der Woche, vorher waren dort nur Honorarkräfte tätig.



## Bezirk Eimsbüttel

Eimsbüttel hat drei Neubauquartiere. Eines davon am Hörgensweg: Hier wird angegeben, dass ein neues Projekt ins Leben gerufen und mit zwei vollen Stellen ausgestattet wurde. (Drucksache 21/16112, S. 3) Dies ist wichtig und begrüßenswert im Sinne eines „Quartiers für alle“. Dies ist zugleich auch der richtungsweisende Name dieses Projekts, denn es zielt auch auf die soziale Integration der Bewohner\*innen aus der „alten“ Siedlung mit ihren Hochhäusern in das neue Quartier. Schwierig für die Kolleg\*innen vor Ort ist, dass sie nach wie vor keine geeigneten Räume zur Verfügung haben, um Familien dauerhaft adäquat zu beraten und Angebote für Kinder und Jugendliche auszugestalten. Generell fehlen auch hier Offene Spielangebote für Kinder in fußläufiger Umgebung, wie zum Beispiel ein Spielhaus.

## Bezirk Hamburg-Nord

Nord hat insgesamt 11 Quartiere mit mehr als 500 Wohneinheiten aufgelistet. Das eingangs erwähnte Pergolenviertel wird seit 2017 erbaut. Vier der Quartiere wurden mit Baubeginn vor 2015 angegeben. Aus den weiteren Angaben war für mich keine neue Einrichtung im Sinne der Anfrage zu erkennen.

## Bezirk Wandsbek

Wandsbek benannte drei Quartiere. Der Senat befindet die Sozialräume Jenfeld-West und -Ost mit Einrichtungen der OKJA und der Familienförderung für „gut versorgt“. Eine Erweiterung der Angebotsstruktur wird als „entbehrlich“ gesehen. (Drucksache 21/16112, S. 3)

In Farmsen wiederum wird ein „mittlerer Bedarfsdruck“ konstatiert. (ebd.) Dem soll entgegen gewirkt werden mit einem „Ausbau der weiteren sozialen Infrastruktur, wie Sport und Bewegungsangeboten“. (ebd.) Dieser sei in Planung befindlich.

Hier zum Hintergrund: In Jenfeld, so heißt es auf der Infopage zu diesem Quartier, sei „das größte Stadtentwicklungsprojekt östlich der Alster, die Jenfelder Au“ im Werden. Bis 2020 sollen auf dem 35-Hektar-Areal der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne mehrere hundert Wohnungen entstehen, für mehr als 2.000 Menschen. (8)

In fünf Bezirken verringerten sich die Einrichtungen der OKJA und der Jugendsozialarbeit leicht, in zweien blieben sie gleich.

Der Jugendclub Hörgensweg mit seinen beiden kleinen Räumen verzeichnet bereits jetzt noch mehr Zulauf insbesondere von Jugendlichen aus der neu erbauten Unterkunft mit der Perspektive Wohnen. Dabei ist erst ein Teil des neuen Quartiers bereits fertiggestellt. Perspektivisch soll der Jugendclub größere Räumlichkeiten aus bereits vorhandener, älterer Bausubstanz erhalten. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung im Quartier am Hörgensweg erscheint die Frage der Kollegin vor Ort berechtigt, warum für den bereits existierenden Jugendclub kein neues Gebäude mitgebaut wurde.

In Stellingen, genauer Stellingen 62/Sportplatzring, informiert der Senat, „wird das vorhandene Gebäude des Haus der Jugend aufgegeben und in den Neubau eines Stadtteilhauses integriert“, wobei sowohl die Mittelausstattung als auch die Personalstellen unverändert blieben. (ebd.). Meine Nachfragen ergaben, dass dieses Stadtteilhaus mitten auf dem zentralen Marktplatz entstehen soll und die jungen Menschen künftig nicht einmal ein kleines Außengelände zur Verfügung haben werden. Der Jugendbereich soll verteilt auf drei Ebenen vom Keller bis in den 1. Stock angesiedelt werden. Ebenfalls sollen im Erdgeschoss ein Senior\*innentreff, der Heimat- und Bürgerverein Stellingen sowie der Bürgerverein Stellingen Räume bekommen, während im ersten Stock Hilfsangebote für psychisch erkrankte Erwachsene und die Krisen- und Scheidungsberatung Platz finden sollen.

Flankiert wird das Stadtteilhaus durch „Wohnungsangebote für verschiedene benachteiligte Gruppen. Geplant sind Seniorenwohnungen, Wohnungen für sozialtherapeutisches Wohnen und Wohnformen für behinderte Menschen. Auch acht Jugendwohnungen sowie eine Betreuerwohnung werden in Kooperation mit dem Hamburger Kinder- und Jugendhilfe

Stadtteilzentren können Synergieeffekte erzeugen, stellen aber auch alle Beteiligten vor enorme fachliche Herausforderungen.

e.V. realisiert.“ (9) In diesem Gebiet entstehen insgesamt rund 700 neue Wohnungen (10). Dies geht einher mit einer massiven innerstädtischen Verdichtung. Expert\*innen vor Ort regten an, niedrigschwellige, offene Angebote aus dem Bereich der Familienförderung zu schaffen. Daraus resultierte, dass die Erziehungsberatung (Bezirksamt Eimsbüttel) in diesem Quartier zusätzlich tätig werden soll.

## Bezirk Harburg

Richten wir nun den Blick in den Hamburger Süden. Hier entstehen an der Landesgrenze zu Niedersachsen drei große Neubaugebiete in Neugraben-Fischbek. Künftig werden etwa 10.000 Einwohner\*innen dazukommen, zu denen auch geflüchtete Menschen mit Bleibeperspektive gehören. Andere Expert\*innen vor Ort sprechen für den Süderelberaum von 16.000 und mehr neuen Einwohner\*innen.

Hier verweist der Senat in seiner Antwort auf das bereits Anfang 2012 eröffnete Bildungs- und Gemeinschaftszentrum, abgekürzt BGZ. (Drucksache 21/16112, S. 3) Hier befinden sich eine Ganztagsgrundschule und KiTa, Sportmöglichkeiten, die Evangelische Beratungsstelle Süderelbe, das Kulturhaus Süderelbe und auch die Jugendfreizeitloungue Neugraben. Diese Neugrabener OKJA-Einrichtung macht übrigens gleich auf der Startseite ihrer Homepage darauf aufmerksam, dass sie zwar zuwendungsfinanziert seien, das Geld jedoch absolut nicht ausreiche und sie auf Spenden angewiesen seien. (11) Eine Situation, die leider den meisten Kolleg\*innen nur allzu bekannt sein dürfte.

Außerdem sollen im Neubaugebiet Fischbeker Reethen ein Eltern-Kind-Zentrum und eine Jugendeinrichtung geplant sein. (ebd.) Das war’s an Angaben aus Harburg.

## Bezirk Bergedorf

Abschließend zu Bergedorf mit insgesamt fünf Neubauquartieren mit mehr als 500 Wohneinheiten. Hier führt der Senat an, dass der Jugendclub Gleis 1 zwei volle Stellen bekommen solle und das Haus 23 mit einer Vollzeitstelle ausgestattet

werde. (ebd.). Beide Einrichtungen befinden im neuen Quartier am Mittleren Landweg. Hier wurden sowohl eine Jugendeinrichtung (12) als auch mit dem Haus 23 ein Quartierstreiffpunkt geschaffen, in welchem unter anderem vielsprachige Beratung für Familien angeboten wird. (13)

Zu Oberbillwerder – Planungsbeginn war hier Ende 2016 – erfahren wir in der Antwort des Senats nichts. Meine Recherchen ergaben allerdings, dass hier „ein Bildungs- und Begegnungszentrum, zwei Grundschulen, bis zu 14 Kitas und noch einmal so viele soziale Einrichtungen“ sowie „elf Mobility Hubs“ entstehen sollen. Diese Hubs sollen eine Kombination aus Quartiersgaragen und Quartierszentren mit Einzelhandel, Dienstleistungen oder kulturellen bzw. sozialen Angeboten bilden. (14)

Unter den 14 sozialen Einrichtungen für Hamburgs zweitgrößtes Stadtentwicklungsprojekt (ca. 7.000 Wohnungen), angepriesen als „Modellstadtteil Active City“ in dem Sport, Bewegung und Gesundheit zentral seien (15), soll eine Jugendeinrichtung sein. Der Masterplan für den neuen Stadtteil steht seit Februar und nun wird konkret geplant, wie die Flächen aufgeteilt werden sollen. Dafür wurde extra eine Sozialplaner\*innenstelle geschaffen. Hier wird auch die Frage relevant werden, wer sich mit welcher Haltung, mit welchem Blick, zum Beispiel auf junge Menschen, durchsetzen wird. Soweit zu den Antworten des Senats aus den Bezirken.



## Zur Anzahl der Einrichtungen mit Offener Arbeit

Eine weitere Frage lautet: Wie hat sich die Anzahl der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit und Familienförderung in den Jahren 2015 bis 2018 entwickelt? In fünf Bezirken verringerte sich die Zahl der Einrichtungen der OKJA und der Jugendsozialarbeit leicht, in zweien blieb sie gleich. Bei der Familienförderung blieb sie in allen Bezirken gleich. (Drucksache 21/16112, S. 4 f.) In dem gleichen Zeitraum war entweder Baubeginn oder schon Fertigstellung von 18 neuen Quartieren mit mehr als 500 Wohneinheiten.

Ist die Einrichtung der Offenen Arbeit gut sichtbar oder geht sie unter in einheitlicher Fassadengestaltung?

In der Stellungnahme des Senates zur Hamburger Enquete-Kommission zu Kinderschutz und Kinderrechten wird darauf hingewiesen, dass die BASFI Vorhaben, für den Zeitraum ab 2021 zu „prüfen“ inwieweit neue Wohngebiete – entweder Neubau- oder Nachverdichtung – mit Einrichtungen der Familienförderung ausgestattet werden. (16) Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Angesichts der derzeit bereits bestehenden Gebiete ist aus fachlicher Sicht dieser Zeitraum allerdings deutlich zu spät angesetzt. Zumal ja auch entsprechende räumliche Objekte (also Wohnungen, Gebäude) auf jeden Fall bereits vor Beginn der Baumaßnahmen Bestandteil der Planungen sein müssen, um nicht später Gefahr zu laufen, dass die notwendigen Immobilien gar nicht vorhanden sind.



Es bleibt zu hoffen, dass aus dem Prüfantrag wenigstens für die noch in Planung befindlichen Quartiere eine andere, positivere Regelung resultiert. Skepsis ist leider angebracht, wenn ich eine weitere Antwort zu OKJA-Einrichtungen hinzuziehe. Hier hält der Senat die derzeit bestehende Anzahl für ausreichend zur Abdeckung der bestehenden Bedarfe. Wenn neuer Bedarf entstehe, solle jedoch gehandelt werden.

## Quartiers- und Begegnungszentren

Auf einige Punkte, die sich aus den Antworten des Senats und der Recherche ergaben, möchte ich nun, wie angekündigt, noch gesondert kurz eingehen.

Ein Strang ist die Tendenz zu Quartiers- und Begegnungszentren, wo Offene Arbeit neben anderen Angeboten und häufig auch Regeleinrichtungen, also Schule und Kita, räumlich mitverortet ist. Diese Zentren können Synergieeffekte erzeugen, stellen aber auch alle Beteiligten vor enorme fachliche Herausforderungen und lassen auch die Frage nach Freiräumen für Kinder und Jugendliche nochmals mehr aktuell werden.

Synergieeffekte können hier durchaus eintreten, wenn zum Beispiel ein Jugendlicher noch weitere Hilfe braucht und will. Von Vorteil ist, wenn hierbei die betreffenden Kolleg\*innen mit ihrem Offenen Angebot bereits bekannt sind. Der Offene Treff muss dabei ein sanktionsfreier, offener Anlaufpunkt bleiben. Synergieeffekte können auch vielfältige Begegnungs-

möglichkeiten von Menschen aus unterschiedlichen Lebenswelten sein. Diese können Vorurteile und Berührungängste abbauen.

Auf der anderen Seite erfuhr ich von mehreren Kolleg\*innen aus der Offenen Arbeit, die bereits mit anderen Akteur\*innen in einem Haus tätig sind und Räume multifunktional nutzen, wie wichtig gute Absprachen und Regelungen sowie ein fairer und transparenter Umgang miteinander sind. Ebenso nötig ist ein Wissen um fachliche Grundprinzipien und daraus resultierender Umgang mit Räumen und vor allem: wer in diesen Hut aufhat. So wird zum Beispiel ein Chillraum für Kinder und Jugendliche auch für einen Deutschkurs, für Beratungen und für Teambesprechungen genutzt. Es wurde gemeinsam besprochen, dass der Raum von den Kindern und Jugendlichen gestaltet wird.

Je mehr Menschen den Raum nutzen und je diverser die Adressat\*innen werden, desto virulenter wird nämlich die Frage der Ausgestaltung. Hier kann auch eine neutrale Ausgestaltung als Lösung dienen. Die Gefahr dabei: die Gestaltungsinteressen von Kindern und Jugendlichen finden so weniger Gewicht und sie verlieren Frei-Räume.

Auch der Weg zu einem fachlichen Miteinander ist kein Selbstgänger. Es braucht dafür Zeit und personelle Ressourcen. Beides sind wesentliche Faktoren, an denen es uns Fachkräften aus der Offenen Arbeit leider allzu oft mangelt. Wenn Arbeit in Quartierszentren politisch gewollt ist, muss sich dies auch in den Personalressourcen und Zeit für Konzeptentwicklung solide abbilden. Bislang ist das in der Regel nicht der Fall!

Ein anderes Thema sind die Zugänge. Kommen Kinder und Jugendliche und Familien dort an, ist eine derartige zentrale Einrichtung für sie also überhaupt gut erreichbar? Ist die Einrichtung der Offenen Arbeit gut sichtbar oder geht sie unter in einheitlicher Fassadengestaltung? Gut gestaltete Zugänge und auch separate Eingänge zum Beispiel für das Angebot der Straßensozialarbeit sind ein wichtiges Thema. Deutlich wurde in den Gesprächen, dies als abschließender Hinweis, wie wichtig es ist, die Verfahren transparent zu halten sowie die beteiligten Fachkräfte und möglichst auch Adressat\*innen gleichberechtigt in die Planung einzubinden.

## Innerstädtische Nachverdichtung und Umgestaltung

Ebenso wichtig beim Thema Freiräume sind die innerstädtische Nachverdichtung und die Umgestaltung von Frei- und

Auch der Bauspielplatz Poßmoorwiese ist mittlerweile ins Visier innerstädtischer Nachverdichtung gelangt.



Grünflächen, wie zum Beispiel Flanierwege oder der insgesamt 1,8 km lange Grünzug Neu-Altona, der in den 1950er Jahren angelegt wurde.

In der breitangelegten Beteiligung zur Gestaltung des Parks in der (neuen) Mitte Altona wiederum haben die Kinder eindeutig für den Parktyp „Wildnis“ votiert, mit viel Freiraum zum wilden Spielen und Natur erleben. (17) Das ihnen dabei gezeigte Beispielbild für einen wilden Park entspricht übrigens ziemlich genau Geländeanteilen der Bauspielplätze Rübezahl und Poßmoorwiese. Der „Baui“ Poßmoorwiese zielt darauf ab, den Kindern und Jugendlichen möglichst viel Erlebens-Freiraum und Möglichkeiten zu geben, sich unbeobachtet von Erwachsenen zu bewegen, denn, wie einer der beiden Kollegen vor Ort es formulierte: „Kinder wollen nicht immer gesehen werden.“ Ein weiteres pädagogisches Ziel dieses inmitten von Winterhude gelegenen Bauspielplatzes ist es, Natur erlebbar zu machen und sie jungen Menschen nahe zu bringen. Mittlerweile ist der „Baui“ Poßmoorwiese ins Visier innerstädtischer Nachverdichtung und Umgestaltung gelangt – mit noch ungewissem Ausgang.

Der Bauspielplatz Rübezahl wiederum hat mehr Zulauf seit der Fertigstellung von Neubauten in der Nachbarschaft. Ein neues Gebäude auf dem Gelände des „Bauis“ anstelle des alten, baufälligen ist bereits länger in Planung. Doch zugleich soll die originäre Nutzungsfläche eingeschränkt beziehungsweise verändert werden durch einen 10m breiten Flanierweg und einen halböffentlichen Bolzplatz. Kurz nach dem Fachtag erreichte mich die Nachricht, dass der Flanierweg nach einer Intervention des Grünflächenamtes Hamburg-Nord nur noch 3 bis 5m breit sein wird, aus Sicht des Bauspielplatzes und seiner Nutzer\*innen eine durchaus erfreuliche Entwicklung.

Am Beispiel dieser beiden Bauspielplätze, wie auch des Bauspielplatzes Hexenberg und der MädchenOase, lässt sich Wesentliches für den Bereich innerstädtische Verdichtung nachvollziehen. Zum einen das Thema Beteiligung der Expert\*innen vor Ort, das meint die Fachkräfte und ausdrücklich auch die Nutzer\*innen, Kinder, Jugendliche und Familien: Eine frühzeitige und transparente Beteiligung kann Verunsicherung und Missverständnissen bei den Betroffenen entgegen-

Am Beispiel von Grünflächen wird deutlich, wie unterschiedlich wilderer Bewuchs und Bauspielplatzgelände gesehen wird.

wirken. Außerdem, und das ist mir wichtig, muss Stadt- und Landschaftsplanung Bedürfnissen nach Frei-Räumen von jungen Menschen adäquat gerecht werden.

Die genannten Einrichtungen bieten Kindern und Jugendlichen Erlebens- und Erfahrungsräume, die gerade nicht mit normierten Spielplätzen und Freizeitmöglichkeiten ausgestaltet sind. Das muss erhalten bleiben – Und da kann es auch keine Lösung sein, die MädchenOase, die gerade Mädchen und jungen Frauen die Möglichkeit gibt sich mit Schaufel, Kescher und vielem mehr auszuprobieren, auf das Dach eines neuen mehrstöckigen Hauses zu setzen, wie es die steg jüngst im Jugendhilfeausschuss vorstellte. Dazu kommt, dass sich sowohl der Jugendhilfeausschuss und die Bezirksversammlung Altona bereits 2017 für den Erhalt des jetzigen Standorts dieser bundesweit einzigartigen Einrichtung mit der Verknüpfung von feministischer Mädchenarbeit und Natur erleben ausgesprochen haben.



### Ausblick

Hamburg wächst und an diesem Prozess sind unterschiedliche Behörden, Ressorts und unterschiedliche Akteur\*innen, wie Stadtplaner\*innen, Architekt\*innen aber auch Expert\*innen vor Ort frühzeitig zusammenzubringen. Am Beispiel von Grünflächen und Gebüsch wird deutlich, wie unterschiedlich wilderer Bewuchs und Bauspielplatzgelände gesehen wird. Das ist erst einmal zu verstehen, um dann einen gemeinsamen Weg zu entwickeln.

Beteiligung meint auch zielgruppenadäquate Beteiligung, zum Beispiel der vielen türkischen Familien rund um den Bauspielplatz Hexenberg. Dies geschah zuerst durch eine Stadtteilversammlung, die die Kolleg\*innen vom Baui einberufen hatten. Kinderwillen ist ernst zu nehmen und dieser auch umzusetzen und zwar nicht erst, wenn es darum geht für den ohne sie beschlossenen normierten Spielplatz, Spielgeräte auszusuchen.

Wächst die Offene Arbeit mit ihren Freiräumen für die Adressat\*innen? Nein – oder mit viel gutem Willen positiver formuliert: bislang allenfalls gering. Das wird durch Abgleich mit der Anfrage eindeutig klar. Daher ist über eine Neuauflage mit der 500 Wohneinheiten-Weisung zu reden, ebenso wie

Eine frühzeitige und transparente Beteiligung kann Verunsicherung und Missverständnissen entgegenwirken.

über Folgen innerstädtischer Nachverdichtung und Umgestaltung. Die Expert\*innen vor Ort sind ernst zu nehmen. Dafür braucht es auch endlich eine Jugendhilfeplanung, die ihren Namen verdient und wie sie rechtlich vorge-schrieben ist.



Wenn Bedarfe bekannt werden, soll nachgesteuert werden. Dann lasst uns fachlich begründete Bedarfe sammeln, diese öffentlich und deutlich machen:

**Wir sind und bleiben entschlossen offen!**

*Anmerkungen und Literatur:*

- 1) Dieser Beitrag ist die leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags am 5.11.2019 auf dem Fachtag der Interessenvertretung der Offenen Arbeit Hamburg mit dem Titel: Hamburg – Wachsende Stadt: Wo bleibt die Offene Arbeit?
- 2) Siehe dazu z.B. FORUM für Kinder und Jugendarbeit 4/2018, insbesondere die Rubrik „Mein Jugendhaus/Mädchentreff“
- 3) Drucksache 21/16112. Quelle: <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokumentnummer/1> [7.11.2019]
- 4) steg Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH: Informationen zum Pergolenviertel. Quelle: <http://www.pergolenviertel.hamburg/das-quartier/> [7.11.2019]

Lasst uns fachlich begründete Bedarfe sammeln und deutlich machen:  
Wir sind und bleiben entschlossen offen!

- 5) HAMBURG TEAM: Osterbrookhöfe. Quelle: <https://www.osterbrookhoe.de/> [7.11.2019] Zum Jugendclub: <https://www.osterbrookhoe.de/sportcampus/> [7.11.2019] und <https://www.spdfraktion-hamburg-mitte.de/meldungen/196-wohnquartier-osterbrookhoe-wendenstrasse-vorgestellte-kooperative-quartiersentwicklung-fuer-guenstige-wohnungen-und-lebendiges-quartierszentrum/> [7.11.2019]
- 6) Neuroeröffnung.info: Haus der Jugend Rothenburgsort. Quelle: <https://www.neuroeröffnung.info/hamburg/haus-der-jugend-rothenburgsort> [11.11.2019]
- 7) Bezirksamt Hamburg-Mitte. Dezernat Wirtschaft, Bauen, Umwelt. Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung: 5. Sitzung des Begleitgremiums Haferblöcken am 20.11.2018. Quelle: <https://www.hamburg.de/contentblob/12064744/a1f7f7c8287828a349676085ad5d4347/data/181120-bg-ho-anlage-1.pdf> [11.11.2019]
- 8) Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen Hamburg: Die Jenfelder Au: Am Wasser zuhause. Quelle: <http://www.jenfelder-au.de/> [11.11.2019]
- 9) BUWOG Bauträger GmbH: BUWOG schafft Wohnvielfalt: Neues Zentrum von Stellingen mit Stadtteilhaus, Einzelhandel und sozialem Wohnen. Quelle: <https://www.presseportal.de/download/document/569806-2019-05-06-buwog-projekt-hamburg-stellingen.pdf> [11.11.2019]

10) Bezirksamt Eimsbüttel. Pressestelle: Neues Stelling Zentrum: Siegerentwurf ausgestellt. Quelle: <https://www.hamburg.de/eimsbuettel/pressemitteilungen/12585824/2019-05-07-eimsbuettel-siegerentwurf-stelling-zentrum/>

[11.11.2019]

- 11) Pestalozzi-Stiftung: Internetseite der Jugendfreizeitlounge Neugraben. Quelle: <https://www.jugendfreizeitlounge-neugraben.de/> [11.11.2019]
- 12) TSG Bergedorf von 1860 e. V.: Jugendclub „Gleis 1“. Quelle: <https://www.tsg-bergedorf.de/sportarten/kinder-jugendliche/gleis-1/> [12.11.2019]
- 13) Sprungbrett e.V.: Haus 23. Treffpunkt & Beratung. <https://www.sprungbrett-bergedorf.de/9-1-haus-23> [12.11.2019]
- 14) IBA Hamburg GmbH: Der Masterplan – Die Grundlage für Hamburgs 105. Stadtteil. Quelle: <https://www.oberbillwerder-hamburg.de/masterplan-2/> [12.11.2019]
- 15) IBA Hamburg GmbH: Entwicklung eines neuen Stadtteils. Quelle: <https://www.oberbillwerder-hamburg.de/> [12.11.2019]
- 16) Drucksache 21/18560, S. 22. Quelle: [https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/68226/stellungnahme\\_des\\_senats\\_zum\\_ersuchen\\_der\\_buergerschaft\\_vom\\_30\\_januar\\_2019\\_enquete\\_kommission\\_kinderschutz\\_und\\_kinderrechte\\_weiter\\_staerken\\_pruefungen.pdf](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/68226/stellungnahme_des_senats_zum_ersuchen_der_buergerschaft_vom_30_januar_2019_enquete_kommission_kinderschutz_und_kinderrechte_weiter_staerken_pruefungen.pdf) [12.11.2019]
- 17) steg Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH: Anlagen zum Bericht zur vorlaufenden Bürgerbeteiligung zum Wettbewerb für den Park Mitte, S. 11. Quelle: <https://www.hamburg.de/contentblob/3890070/06437cf2572c6faf7793f1f3fdc6056a/data/abschlussbericht-zur-vorlaufenden-buergerbeteiligung-zum-wettbewerb-fuer-den-park-mitte-altona.pdf> [12.11.2019]

Karen Polzin



(M.A. Soziale Arbeit) arbeitet als Fachreferentin im Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg und als Leitung für die Sozialräumlichen Angebote der Jugend- und Familienhilfe im Kinder- und Familienzentrum Schnelsen. Sie hat langjährige Praxiserfahrung, vor allem in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Der Fachtag „Hamburg – Wachsende Stadt: Wo bleibt die Offene Arbeit?“ am 5.11.2019 endete mit einer Podiumsdiskussion, zu der die jugendpolitischen Sprecher\*innen der Parteien CDU, SPD, FDP, DIE LINKE und DIE GRÜNEN eingeladen worden sind, um die Fachkräfte wissen zu lassen, was sie als Politiker\*innen für die Offene Arbeit in Hamburg tun werden. Im Zuge dessen haben wir von der FORUM-Redaktion allen geladenen Parteien eine Seite zur Verfügung gestellt, um ihre Positionen zur Offenen Arbeit auch in schriftlicher Form für ein breiteres Publikum darstellen zu können. Wir freuen uns, dass alle Parteien – außer der SPD – diese Chance genutzt haben. Die SPD hat leider nicht auf die Einladung zum Fachtag reagiert und war daher auch nicht vor Ort.

## Eine wachsende Stadt braucht eine wachsende Offene Kinder- und Jugendarbeit!

von Anna Gallina (DIE GRÜNEN)

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit leistet in Hamburg eine ganze Menge an vielen Orten: Man findet sie in Häusern der Jugend & Jugendklubs, auf Abenteuer- und Bauspielplätzen, in Spielhäusern und Mädchentreffs, Stadtteilkultureinrichtungen, Kirchengemeinden und bei mobilen Spielaktionen. Das



Besondere neben dem bekannten sozialpolitischen, pädagogischen und soziokulturellen Auftrag ist eben auch der sozialräumliche Bezug im direkten Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen – nur so ergibt sich der notwendige niedrigschwellige Zugang, ohne den man Viele gar nicht erreichen würde.

Mit der Einführung der Ganztagschule steht die Jugendhilfe vor neuen Herausforderungen. So mancher unkte schon, dass sie nicht mehr länger gebraucht würde. Ich sehe das anders. Besonders vor dem Hintergrund einer schulischen Ganztagsbetreuung ist die OKJA oftmals das notwendige Kontrastmittel: An Orten ohne Leistungsdruck, in anderen sozialen Zusammenhängen und in anderen Rollen, erfahren junge Menschen eine weitere Integration in gesellschaftliche Prozesse, die Schule alleine nicht leisten kann. Sie treffen auf Erwachsene, bei denen sie ihre Leistungsfähigkeit nicht unter Beweis stellen müssen und von denen sie bewertet werden. Kinder und Jugendliche treffen auf Erwachsene, die sie erstmal so

Ich bin davon überzeugt:  
Wenn die Stadt wächst, muss die soziale  
Infrastruktur mitwachsen.

annehmen wie sie sind, bei denen es nicht darauf ankommt, wo man herkommt, sondern die einen dabei unterstützen, wo man hin will. So schafft die Offene Arbeit abseits von Institutionen und Elternhaus Räume für Selbsterfahrung und Selbstorganisation entlang von Interessen. Die Begleitung und Förderung von Kindern und Jugendlichen auf ihrem Weg in die erwachsene Selbstständigkeit und Mündigkeit ist quasi das O und A von OKJA.

Dabei ist natürlich auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit gefordert mit neuen Gegebenheiten umzugehen und neue Kooperationen und Konzepte auszuprobieren, um möglichst viele junge Menschen zu erreichen. Dabei sollte Politik und Verwaltung unterstützen, damit man was ausprobieren kann und auch mal was nicht funktionieren darf.

Es war ein großer Fehler in diesem Bereich in schwierigen Zeiten Gelder zu kürzen – umso mehr bin ich froh, in dieser Legislaturperiode via der zusätzlichen Mittel im Quartiers- und Integrationsfonds auch zu einer finanziellen Stärkung beigetragen zu haben. Insbesondere der Aufwuchs bei der





Spielmobilarbeit freut mich sehr. Ihre aufsuchende Arbeit ist gerade für geflüchtete Kinder unverzichtbar.

Ich bin davon überzeugt: Wenn die Stadt wächst, muss die soziale Infrastruktur mitwachsen. Während wir den dringend zusätzlich benötigten, günstigen Wohnraum schaffen, müssen wir auch die dafür nötige soziale Infrastruktur von vornherein mitplanen und nicht warten, dass sie vielleicht mal nachwächst. Stadtentwicklung ist eben mehr als Wohnungsbau; es ist auch nötig die Sozialräume zu entwickeln und damit die sozialen Interaktionen von Menschen zu stärken. Hier ein umfängliches Verständnis für die Notwendigkeit des Anliegens bei Stadtplaner\*innen und Quartiersentwickler\*innen zu erzeugen, ist eine neue Aufgabe für Fachpersonal und Fachpolitik, der wir uns gemeinsam widmen sollten.

Anna Gallina



ist seit 2015 als Bürgerschaftsabgeordnete Sprecherin ihrer Fraktion für Familie, Kinder, Jugend und Bezirke. Vorher war sie als Mitglied der Bezirksfraktion Eimsbüttel unter anderem im Jugendhilfeausschuss aktiv. Unabhängig von der Partei ist sie schon lange politisch unterwegs, ob im LEA, im Projekt „Future Bus“ oder bei den Falken.

## Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg zukunftsfähig aufstellen

von Philipp Heißner (CDU)

Der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) kommt eine wichtige Funktion zu. Ihre Angebote stellen einen wichtigen Aspekt für alle Kinder und Jugendlichen dar und dienen zudem der präventiven Arbeit. Sie wenden sich an alle Kinder und Jugendlichen und zielen auf eine gleichberechtigte und aktive Teilhabe am sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ab. Die Kinder und Jugendlichen finden Anlaufstellen, Beratung, einen Ort der Begegnung und sinnvolle Freizeitbeschäftigungen. Daher muss sie aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion in Zukunft auskömmlich finanziell ausgestattet werden.

### Rot-grüne Kürzungen bei der OKJA gefährden ihren Bestand

Die CDU hat sich gerade im Sinne der Jüngsten immer für eine generationengerechte Haushaltspolitik eingesetzt. Doch unter den rot-grünen Senaten haben die Sparmaßnahmen in der OKJA eine neue Dimension erhalten. Im Jahr 2013 wurden unter großem öffentlichem Protest deutliche Einschnitte vorgenommen. Und obwohl die finanziellen Spielräume der Stadt in den letzten Jahren enorm zugenommen haben, wurde bei der Finanzierung der OKJA kein Inflationsausgleich vorgenommen und so angesichts steigender Tarifabschlüsse de

facto weiter gekürzt. Sie ist mittlerweile vielerorts in ihrem Bestand gefährdet. Die Einrichtungen benötigen Gelder, um erforderliche Um- und Ausbauten, Sanierungen oder gegebenenfalls auch Neubauten durchführen und Einrichtungsgegenstände erwerben zu können.



Auch mangels ausreichender präventiver Jugendarbeit steigen die Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung seit 2005 erheblich an. Die OKJA setzt früh bei den Kindern und Jugendlichen an und bietet ihnen – da auf Freiwilligkeit basierend – umfangreichere Entfaltungsmöglichkeiten. Gerade diese Freiräume gilt es auch zukünftig für Kinder und Jugendliche zu erhalten. In ihrem Koalitionsvertrag hat die neue grün-schwarze Koalition im Bezirk Eimsbüttel deshalb vereinbart, sich auch, aber nicht nur in finanzieller Hinsicht für eine kontinuierliche Stärkung der OKJA einsetzen zu wollen.

Der Senat lag mit seiner Einschätzung falsch, es käme durch die Einführung der Ganztagsangebote ...

... zu einer reduzierten Nachfrage der Angebote der OKJA.

## Enquete-Kommission empfiehlt Stärkung der OKJA

Hamburg wächst stetig und neue Wohnquartiere entstehen. Einhergehend mit diesem Wachstum kommt es zu einer Verdichtung und einem Wegfall öffentlicher Räume, der auch die OKJA trifft. Vor dem Hintergrund des Ausbaus des Ganztages wird die OKJA darüber hinaus vor veränderte Rahmenbedingungen gestellt. Auch hier lag der Senat mit seiner Einschätzung falsch, es käme durch die Einführung der Ganztagsangebote zu einer reduzierten Nachfrage der Angebote der OKJA, wie es auch der einstimmig gefasste Abschlussbe-



richt der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“ festhält (vgl. Bericht der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“, Drs. 21/16000, S. 13).

Ebenso empfiehlt „die Enquete-Kommission dem Senat und der Bürgerschaft folgende Problemlagen in den Blick zu nehmen und zu bearbeiten: Gerade Kinder und Jugendliche, die in sozial belasteten Gebieten aufwachsen, fordern gemeinsame Anstrengungen von öffentlichen und freien Trägern in Hamburg heraus, um alternative Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu entwickeln, die hier einen Ausgleich schaffen; die Passung zwischen ange-



zeigten Mittelbedarfen der Träger Offener Kinder- und Jugendarbeit mit den entsprechenden Rahmenzuweisungen ist zu überprüfen und gegebenenfalls sind hier Anpassungen notwendig“ (ebd.). Diese wie auch die anderen Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte stärken“ wollen wir umsetzen, wo nötig aber auch darüber hinausgehen.

## CDU wird OKJA erhalten und zielgerichtet stärken

Wir wollen die OKJA erhalten und zielgerichtet stärken. Dafür werden wir auch die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Daher setzen wir uns als CDU-Bürgerschaftsfraktion für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der OKJA in Hamburg ein.

### Philipp Heißner



darf seit der Bürgerschaftswahl 2015 den Wahlkreis Eidelstedt/Stellingen/Eimsbüttel (West) in der Hamburgischen Bürgerschaft vertreten. In der CDU-Fraktion ist er als Fachsprecher für die Themen Familie, Kinder und Jugend tätig. Zudem war er Mitglied in der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“.

# Gute offene Kinder- und Jugendarbeit ist nicht umsonst

von Daniel Oetzel (FDP)

Immer mehr Menschen zieht es nach Hamburg. Durch die gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere der modernen Arbeitswelt, der technischen Entwicklung und deren erhebliche Auswirkung auf die Lebensrealität junger Menschen und



der Herausforderung der sozialen Integration – gerade auch für junge Geflüchtete – steht die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) vor einem immer größer werdenden Berg an Aufgaben. Gleichzeitig nähert sich der Berg der Einnahmen, den man wohl maximal als Hügel bezeichnen kann, in den letzten Jahren immer mehr der Topographie der Hansestadt an.

## Warum die OKJA wichtig ist

Die OKJA hat eine unheimlich wichtige Funktion. Gerade für Kinder aus einem herausfordernden Umfeld spielt die OKJA eine entscheidende Rolle, um selbstständig auf zwei Beinen zu stehen, Selbstbewusstsein und Stärke zu entwickeln, um sich gegen Gewalt und Vernachlässigung zu wehren. Kinder und Jugendliche können ihre Freizeit dort selbstbestimmt und weitgehend selbstorganisiert gestalten. Diese Projekte sind dadurch nicht nur deutlich an den Interessen der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet, sondern vermitteln auch schon früh, Verantwortung zu übernehmen. Und abseits von vermittelten Kompetenzen und messbaren Kennzahlen ist die OKJA auch eines der Angebote, in denen Kinder auch Spaß haben können. Dies ist in

Und abseits von vermittelten Kompetenzen und messbaren Kennzahlen ist die OKJA ...

der parlamentarischen Steuerung zwar nicht gut messbar, aber doch mindestens genauso wertvoll.

## OKJA in Zeiten der Ganztagschule

Gleichwohl müssen die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf die sich verändernde Schullandschaft reagieren. Dabei ist die Ganztagschule aber bei weitem kein Ersatz für die OKJA. Es handelt sich dabei lediglich um eine vermeintliche Konkurrenzsituation, da die OKJA mit ihren Angeboten gerade auch die Kinder und Jugendlichen abholen will, die die Schulangebote nicht annehmen und ein geschützter Raum ist, der nicht im direkten Zusammenhang mit dem Kontext Schule steht. Die OKJA bietet somit für Kinder und Jugendliche, die teilweise nicht mehr von Angeboten der Schule erreicht werden, eine verlässliche Anlaufstelle, die erhalten bleiben muss.

## Für ein neues Miteinander

Schule und OKJA sollten sich daher nicht als Gegner, sondern vielmehr als Kooperationspartner verstehen. Kooperationen zwischen Schulen und Einrichtungen der offenen Kin-



der- und Jugendarbeit in Ihrer Nachbarschaft möchten wir fördern. Wir wollen die Bedarfe der OKJA evaluieren und sie so ausrichten, dass mindestens 10 Prozent der Kinder und Jugendlichen von den Angeboten erreicht werden.

## Gute Kinder- und Jugendarbeit kostet – Keine Hilfe ist auf Dauer aber noch teurer!

In den letzten Jahren sind immer mehr Aufgaben auf die OKJA übertragen worden, wie beispielsweise die soziale



... auch eines der Angebote, in denen Kinder auch Spaß haben können.

Integration von jungen Geflüchteten. Die Kürzungen der letzten Legislatur waren eindeutig der falsche Schritt. Mehr Aufgaben mit weniger Geld, das kann nicht funktionieren. Deswegen müssen die Kürzungen zurückgenommen und der tatsächliche Bedarf für eine gute Kinder- und Jugendarbeit ermittelt werden. Das ist mit hohen Kosten verbunden. Diese Kosten sind es aber wert. Denn am Ende ist die OKJA auch ein maßgeblicher Pfeiler der Präventionsarbeit. Jeder Euro, der in die sinnvolle Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe fließt, verhindert teurere Intervention, die auch für die Kinder und Jugendlichen mit tiefen Einschnitten verbunden ist. Die OKJA darf aber nicht auf ihren präventiven Charakter reduziert werden. Ihre auskömmliche Finanzierung ist auch eine Investition in den Bildungs- und Entwicklungsprozess von Kindern und Ju-

gendlichen, welche eine gute Ergänzung zur Schule darstellt. Die Arbeit der OKJA ist deswegen wichtig und keinesfalls umsonst. Dies muss sich auch in der Finanzierung widerspiegeln.

Daniel Oetzel



ist 31 Jahre alt und seit 2015 Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft und parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion. Der Erziehungswissenschaftler ist zuständiger Sprecher für Familie, Wissenschaft und Sport.

## Freiwilligkeit vor – OKJA fördern, Zukunft planen

von Mehmet Yildiz (DIE LINKE)

Für viele junge Menschen bietet die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) traditionell Orte der Selbstentdeckung, der Vernetzung mit Gleichaltrigen und des gemeinschaftlichen Lernens. Sie bietet Orte, an deren Gestal-



tung Kinder und Jugendliche teilhaben können und ihre Freizeit positiv gestalten können. Ein zentrales Merkmal der OKJA ist daher auch die Freiwilligkeit. In den vergangenen Jahren lässt sich jedoch feststellen, dass immer mehr Aufgaben an die OKJA herangetragen werden, die sowohl diese Freiwilligkeit infrage stellen als auch mit immer

knapper werdenden Ressourcen bewältigt werden müssen. Vor allem unter dem SPD-Senat wurden die Leistungen für die OKJA massiv gekürzt und Sozialräumliche Hilfen und Angebote vermehrt genutzt, um die gleichzeitig steigenden Bedarfe trotzdem zu kompensieren.

Kinder und Jugendliche sollen also nicht mehr einzeln (durch Hilfen zur Erziehung), sondern in Gruppen (durch Sozialräumliche Hilfen und Angebote) betreut werden – allem voran eine Kostensparmaßnahme des Senats. Auch im Rahmen des Ausbaus ganztägiger Bildung und Betreuung werden viele Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit maßgeblich verändert.

Dieser Prozess hat den Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zwar einerseits professionalisiert, andererseits wird die zugrunde liegende pädagogische Ausrichtung so gefährdet. Während die OKJA zuvor auf der freiwilligen Teilnahme der Kinder und Jugendlichen basierte, sollen Jugendliche sich jetzt in die Offene Kinder- und Ju-

DIE LINKE fordert daher den Aus- und Neubau von Einrichtungen in der Offenen Arbeit ...

... sowie eine bedarfsgerechte finanzielle und personelle Ausstattung. Der Mindeststandard sollte zwei Vollzeitstellen betragen.

gendarbeit begeben, um dort Hilfen oder Betreuung zu erhalten. Diese Veränderungen haben zur Folge, dass der einst offene Charakter der OKJA immer mehr zurückgedrängt und verwässert wird. Diese Entwicklung sieht DIE



LINKE kritisch. Freiwilligkeit ist ein wichtiger Faktor, der das selbstbestimmte und nachhaltige Lernen erst ermöglicht – daher gehört sie gestützt und ausgebaut.

DIE LINKE fordert daher den Aus- und Neubau von Einrichtungen in der Offenen Arbeit sowie eine bedarfsgerechte finanzielle und personelle Ausstattung. Der Mindeststandard sollte zwei Vollzeitstellen betragen. Auch darüber hinaus stehen wir ein für einen Ausbau der Förderung der OKJA, für mehr Mitbestimmung der Beschäftigten und eine bessere Wertschätzung ihrer Arbeit. Ein neues Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz soll es Kindern, Jugendlichen und Eltern in ihren Quartieren ermöglichen, über Angebote mit zu entscheiden.

Für die Zukunftsplanung der OKJA in Hamburg ist es außerdem wichtig, dass lokale Projekte bedarfsgerecht eingerichtet werden. Besonders Kinder und Jugendliche brauchen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft Orte, an denen

sie sich treffen können, wo sie an Angeboten des Lernens und des Austauschs teilnehmen können und an denen sie sich wohlfühlen. In der Stadtteilplanung wird der Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aber faktisch nicht berücksichtigt. So werden neue Stadtteile ohne die notwendige soziale Infrastruktur gebaut.

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Richtlinie, wonach in Neubaugebieten mit mehr als 500 Wohnungen Angebote der Kinder- und Jugendsozialarbeit zu schaffen sind. Die soziale, sportliche und gesellschaftliche Infrastruktur muss bei Bauvorhaben mitgedacht, mitgeplant und mitfinanziert werden. Besonders in benachteiligten Stadtteilen wäre dies eine Maßnahme, um der Verfestigung von Armut entgegen zu wirken. Eine der Forderungen der LINKEN ist daher, für die Stadtteilplanung Indikatoren zu schaffen, welche die Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Sport etc. mit einbeziehen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit würde auf diese Weise zu einem integralen Bestandteil städtebaulicher Projekte und die Bedürfnisse der Menschen fänden wieder mehr Berücksichtigung in der Planung der zukünftigen Entwicklung unserer Stadt.

Alle Fotos: Christoffer Bethmann

### Mehmet Yildiz



ist Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft für DIE LINKE und Fachsprecher für Kinder- & Sportpolitik. Er wurde am 2. Oktober 1977 in der Türkei geboren und lebt seit seinem 13. Lebensjahr in Deutschland. Sein Wunsch gesellschaftliche und soziale Verhältnisse zu ändern, brachte ihn früh in Kontakt mit Politik.

# Das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz

## Ein Meilenstein für die Berliner Jugendarbeit

von Jana Thun

### Das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz – Überblick

Das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz (Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – AG KJHG – Gesetz zur Förderung der Beteiligung und Demokratiebildung junger Menschen), welches am 01.01.2020 in Kraft tritt, setzt einen Meilenstein für die Jugendarbeit in Berlin. Mit dem Gesetz werden die Jugendarbeit grundlegend neu strukturiert und Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche maßgeblich gestärkt. Insbesondere wird ein vielfältiges Angebot für Kinder und Jugendliche in allen Bezirken ermöglicht. Mit dem Gesetz werden die Grundlagen für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Jugendarbeit geschaffen und ihre qualitativen und quantitativen Standards strukturell abgesichert. Die Angebotspalette reicht von Jugendfreizeiteinrichtungen und Abenteuerspielplätzen über Festivals und Jugendreisen bis hin zu Kinder- und Jugendparlamenten.

Als wesentliches Ziel für alle Angebote der Jugendarbeit ist im Jugendförder- und Beteiligungsgesetz die Demokratiebildung und Beteiligung vorgegeben. Junge Menschen sollen grundsätzlich mehr Möglichkeiten erhalten selbst aktiv zu werden, zu gestalten und mitzuentcheiden. Für die Erarbeitung des Gesetzes wurden Kinder und Jugendliche umfangreich befragt. Im Ergebnis der Befragung forderten sie mehr Beteiligung, eine größere Vielfalt und bessere Ausstattung von Angeboten der Jugendarbeit.

Ihre Vorschläge und Forderungen wurden eine wesentliche Grundlage für die Erarbeitung der neuen gesetzlichen Regelungen. Für die Bezirke und auf Landesebene wird die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Erstellung von Jugendförderplänen erstmals verbindlich festgelegt. Sie erfolgt mit Methoden, die ihren unterschiedlichen Lebenswelten gerecht werden. Beteiligung wird auch als eine neue Angebotsform von Jugendarbeit verbindlich eingeführt. Damit wird in allen Bezirken und landesweit eine Unterstützungsstruktur für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sichergestellt.

Durch die Einführung von Jugendförderplänen auf Bezirks- und Landesebene wird erstmals eine gesamtstädtische Transparenz bei der Steuerung und Förderung von Jugendarbeit erreicht. Die Grundlagen des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes wurden in einer partizipativ angelegten Projektstruktur unter Beteiligung der Bezirke und der Verbände erarbeitet. Mit den neuen gesetzlichen Regelungen werden die Voraussetzungen geschaffen, um Jugendarbeit in Berlin zu sichern, zu stärken und grundlegend neu zu strukturieren.

### Warum ein Jugendförder- und Beteiligungsgesetz für Berlin?

Die Angebote der Jugendarbeit gemäß § 11 SGB VIII unterliegen einer objektiven Gewährleistungsverpflichtung für den Träger der öffentlichen Jugendhilfe (vgl. § 79 SGB VIII). Es handelt sich um eine bundesrechtlich vorgegebene Leistungspflicht, die durch Landesrecht zu konkretisieren ist. Die bisherigen landesgesetzlichen Vorgaben im Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) haben sich als nicht geeignet erwiesen, um diese Gewährleistungspflicht und die damit verbundene Planungs- und Finanzierungsverantwortung angemessen umzusetzen. Das führte zu folgenden Problemlagen:

1. Planung und Steuerung: Die bisher im AG KJHG bestehenden Vorgaben zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebotes der Jugendarbeit im Land Berlin waren nicht ausreichend beschrieben. Es existierten keine verbindlichen qualitativen und quantitativen Standards zur Präzisierung der Ausstattung und des Umfangs von Jugendarbeit. Zudem konnten bestehende planeri-

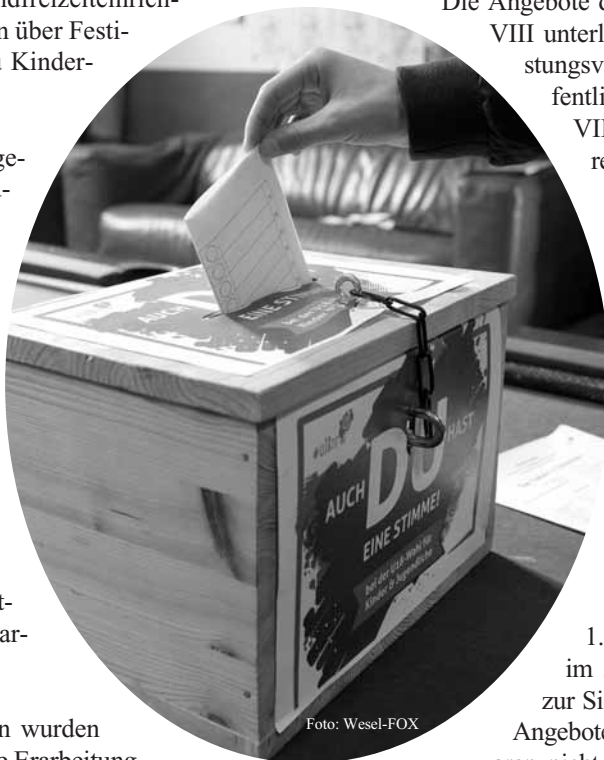


Foto: Wesel-FOX

Für die Erarbeitung des Gesetzes wurden Kinder und Jugendliche umfangreich befragt.



sche Richtwerte, zum Beispiel für die Versorgung mit Plätzen in Jugendfreizeiteinrichtungen, nicht umgesetzt werden. Ebenfalls gab es noch keine wirksame gesamtstädtische Steuerung, in der die bezirklichen und landesweiten Angebote der Jugendarbeit aufeinander abgestimmt wurden. Dies führte zu einer großen Heterogenität in der Angebotslandschaft der Jugendarbeit. Im Ergebnis bestanden für junge Menschen in Berlin kein verlässliches Leistungsversprechen und gleichzeitig keine Planungssicherheit für die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe. Die Leistungen der Jugendarbeit konnten landesweit nicht in der erforderlichen Qualität und im notwendigen Umfang vorgehalten werden.

2. Finanzierung: Die Vorgabe des § 45 Absatz 2 Satz 4 AG KJHG, wonach der nach § 79 Absatz 2 Satz 2 SGB VIII angemessene Anteil für die Jugendarbeit mindestens 10 vom Hundert der für die Jugendhilfe bereitgestellten Mittel zu betragen hat („10%-Regel“), hat nicht die erwartete Bindungswirkung für die Finanzierung der Jugendarbeit erzielt. Die in der Folge sinkenden Ausgaben zeigten sich besonders bei der personellen Ausstattung der bezirklichen Jugendarbeit und in der Reduzierung von Angeboten. Die Vielfalt und der Umfang der Angebote an Jugendarbeit verringerten sich dadurch erheblich. Das Land Berlin konnte im Ergebnis seiner oben genannten Gewährleistungsverpflichtung nicht durchweg gerecht werden.

3. Fachliche Anforderungen: Die Anforderungen an die Jugendarbeit gemäß § 11 SGB VIII sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, insbesondere durch die wachsende Einwohnerzahl Berlins, die Zunahme der Vielfalt unterschiedlicher Lebenswelten, die – verglichen mit dem Bundesdurchschnitt – hohe Kinderarmut, die Integration junger Menschen mit Fluchterfahrungen, die gewachsene Bedeutung der Beteiligung junger Menschen an gesellschaftlichen Entscheidungen und die Notwendigkeit, Gefährdungen durch politisch und religiös motivierten Extremismus entgegenzutreten. Dies erforderte eine Neuausrichtung sowie eine Weiterentwicklung der Ziele und Aufgaben der Jugendarbeit im Land Berlin.

Aus den dargelegten Gründen hat der Berliner Senat am 10. Januar 2017 beschlossen, unverzüglich ein Jugendfördergesetz auf den Weg zu bringen, das verbindliche Standards festlegt, um die Grundlagen für eine bedarfsgerechte Finanzierung zu definieren (Senatsbeschluss Nr. S – 89/2017 – Richtlinien Regierungspolitik). Gleiches hat das Abgeordnetenhaus mit seinem Beschluss vom 28. März 2017 gegenüber dem Senat gefordert. Die Budgetierung für die Bezirke

Mit dem Fachstandard „Qualität“ sollen für jede Angebotsform Ausstattungsstandards erarbeitet werden.

soll dabei so gestaltet werden, dass diese die festgelegten qualitativen und quantitativen Standards berücksichtigt (Drs.18/0246).

Mit dem nun vorliegenden Jugendförder- und Beteiligungsgesetz werden die nachstehend beschriebenen Lösungen umgesetzt. Diese wurden im Rahmen einer ressortübergreifenden Projektstruktur unter Beteiligung der Bezirke, der Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände, der Jugendverbände und des Landesjugendhilfeausschusses erarbeitet. Zusätzlich wurden in den einzelnen Projektphasen ca. 10.000 Kinder und Jugendliche beteiligt und zum Beispiel aus Anlass der U 18-Wahl im September 2017 mit einer Fragebogenaktion zu ihren Erwartungen und Vorstellungen hinsichtlich eines Jugendfördergesetzes befragt.

### Welche Mehrwerte schafft das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz?

1. Planung und Steuerung: Mit dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz wird die objektiv-rechtliche Gewährleistungsverpflichtung zur Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebotes an Leistungen der Jugendarbeit für junge Menschen in Berlin konkretisiert und abgesichert sowie die gesamtstädtische Steuerung gestärkt. Es wird der Rahmen geschaffen, um Jugendarbeit im Land und den Bezirken grundlegend neu zu strukturieren:

Angebote der Jugendarbeit werden nach einheitlichen Kriterien in fünf regelhafte Angebotsformen eingeteilt (§ 6c Absatz 1 – neu), in denen sie zukünftig grundsätzlich vorgehalten werden sollen. Die Angebotsformen für die Leistungserbringung durch die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe stellen eine neue Steuerungsebene dar, auf deren Grundlage neue Fachstandards und Produkte gebildet werden. Das Gesetz schreibt künftig vor, dass für jede Angebotsform fachliche Standards und Vorgaben bezüglich der Qualität („Fachstandard Qualität“) und des Umfangs („Fachstandard Umfang“) der Angebote zu erarbeiten sind.

Mit dem „Fachstandard Qualität“ (§ 6c Absatz 2 Satz 2 – neu) sollen für

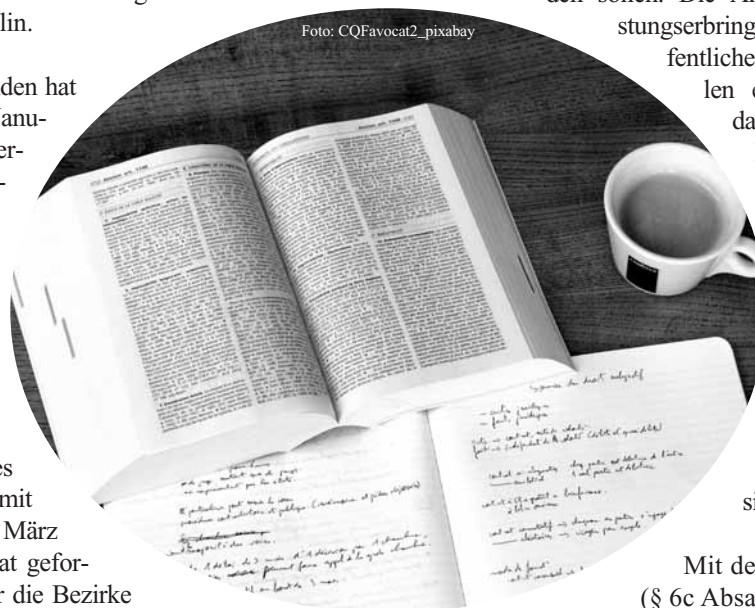


Foto: CQFavocat2\_pixabay

jede Angebotsform Ausstattungsstandards erarbeitet werden, die als eine Orientierungsgröße für Qualität in den bezirklichen Jugendförderplänen dienen und zur Validierung von Plausibilitätskossätzen verwendet werden sollen.

Der „Fachstandard Umfang“ (§ 6c Absatz 2 Satz 4 – neu) wird für jede der fünf regelhaften Angebotsformen den im Land Berlin vorzuhaltenden Umfang an Angeboten der Jugendarbeit abbilden. Maßgeblich dafür ist der einwohnerbezogene Bedarf.

Dieser Bedarf wird durch Richtwerte zur Bedarfsdeckung bezogen auf einzelne Altersgruppen innerhalb der Gesamtzielgruppe der jungen Menschen konkretisiert (§ 6c Absatz 2 Satz 4 und Absatz 3 – neu). Der „Fachstandard Umfang“ wird in der nach § 6c Absatz 4 – neu zu erlassenden Rechtsverordnung festgelegt. Dadurch wird im Ergebnis zum Beispiel erreicht, dass Erholungsfahrten und -reisen, internationale Begegnungen wieder in allen Bezirken angeboten werden.

Mit der Einführung von Jugendförderplänen auf Landes- und Bezirksebene (§ 43a - neu) wird ein verbindliches und transparentes Instrument eingeführt, mit dem der Bestand und Bedarf für die Angebotsformen der Jugendarbeit nachgewiesen, abgeglichen, Maßnahmen abgeleitet und die Einhaltung des „Fachstandards Qualität“ und des „Fachstandards Umfang“ dokumentiert wird. Die Jugendförderpläne sind strategische Steuerungsinstrumente, die die bezirkliche und landesweite Planung miteinander verzahnen. Sie sind regelmäßig (alle 4 Jahre) unter verpflichtender Beteiligung junger Menschen zu erstellen. Mit dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz wird die Vielfalt der Jugendarbeit wiederhergestellt, Transparenz bezogen auf die Umsetzung landesweit gültiger Standards geschaffen und eine gesamtstädtische Steuerung ermöglicht. Damit sind wirksame Instrumente zur Planung und Steuerung der Jugendarbeit eingeführt.

2. Finanzierung: Die bisher in § 45 Absatz 2 Satz 4 AG KJHG vorgesehene „10%-Regel“ hat sich für die Sicherung und Steuerung von Jugendarbeit im Land Berlin als nicht geeignet erwiesen. Daher wird sich die Finanzierung der Jugendarbeit zukünftig aus dem „Fachstandard Umfang“ ableiten, wodurch die Gewährleistungsverantwortung für die objektive Rechtsverpflichtung konkretisiert wird.

Die bisher in § 45 Absatz 2 Satz 4 AG KJHG vorgesehene „10%-Regel“ hat sich für die Sicherung und Steuerung von Jugendarbeit im Land Berlin als nicht geeignet erwiesen. Daher wird sich die Finanzierung der Jugendarbeit zukünftig aus dem „Fachstandard Umfang“ ableiten, wodurch die Gewährleistungsverantwortung für die objektive Rechtsverpflichtung konkretisiert wird. Dies stellt, verbunden mit der Einführung einer neuen Produktstruktur analog den Angebotsformen, erstmalig eine Verzahnung von Fach- und Finanzplanung dar und beschreibt einen wichtigen Schritt in Richtung eines integrierten Fach- und Finanzcontrollings.

3. Fachliche Anforderungen: Die Grundsätze und Ziele der Jugendarbeit als eigenständiger Sozialisations- und Bildungsbereich werden unter der Maßgabe von Demokratiebildung und Beteiligung

präzisiert und geschärft (§§ 6 und 6a – neu). Auf dieser Grundlage werden die inhaltlichen Schwerpunkte der Jugendarbeit mit ihrer Vielfalt an Themen und methodischen Zugängen beschrieben (§ 6b – neu). Fachpolitische Zielstellung ist es, eine Vielfalt von Jugendarbeit zu gewährleisten und die Demokratiebildung und Beteiligung junger Menschen in Berlin spürbar zu stärken. So sind junge Menschen bei der Erstellung der Jugendförderpläne verpflichtend zu beteiligen. Die Unterstützung der Beteiligung von jungen Menschen wird als eigenständige Angebotsform etabliert. Zudem wird die ehrenamtliche Jugendarbeit gestärkt, indem der Anspruch auf Freistellung von in der Jugendarbeit ehrenamtlich tätigen Personen nunmehr verbindlich geregelt wird (§ 10 Absatz 1 – neu).

## Ausblick

Mit der Einführung des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes ab 01.01.2020 ist eine sukzessive Erhöhung des Budgets für Jugendarbeit in Berlin verbunden. Die Bezirke erhalten bis 2023 zum Zweck der Jugendarbeit eine Erhöhung um 20 Mio. Euro. Die zusätzlichen Mittel sollen über zwei Doppelhaushaltspläne verteilt werden. Die zusätzlichen Haushaltsmittel sind zur Umsetzung des angestrebten „Fachstands Umfang“ und damit zur Deckung des einwohnerbezogenen Bedarfs und als „Anschubfinanzierung“ der neuen Angebotsformen der Jugendarbeit zu verwenden. Dadurch wird gesichert, dass die finanziellen Mittel im jeweiligen Haushaltsjahr für die Angebotsformen verwendet und später im Rahmen der Regelbudgetierung der Bezirke refinanziert werden. Die Angebotsformen sind: 1. standortgebundene offene Jugendarbeit (z.B. Jugendclubs, Abenteuerspielplätze), 2. Standortungebundene offene Jugendarbeit (z.B. Festivals, RockMobile), 3. Erholungsfahrten und -reisen, internationale Begegnungen, 4. Unterstützung der Beteiligung junger Menschen (z.B. Beteiligungsbüros), 5. Gruppenbezogene, curricular geprägte Jugendarbeit (z.B. Seminare). Im Rahmen der gesamtstädti-

Die Bezirke erhalten bis 2023 zum Zweck der Jugendarbeit eine Erhöhung um 20 Mio. Euro.



Foto: Andr+@anne Germain\_flickr

schen Verantwortung erhält die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie anwachsend während der Einführungsphase 5 Mio. Euro, um weitere Schwerpunkte in den Bezirken setzen zu können. Dies dient der Gewährleistung der berlinweit einheitlichen Zielerreichung zu Stärkung der Beteiligung und Demokratiebildung junger Menschen.

In einem ersten Schritt werden in 2020 folgende Angebotsformen ausgebaut: 3 – Erholungsfahrten und -reisen, internationale Begegnungen und 4 – Unterstützung der Beteiligung von jungen Menschen, wobei sichergestellt werden soll, dass pro Bezirk Unterstützungsstrukturen für die Beteiligung, ausgestattet mit 2,5 Vollzeitäquivalenten, geschaffen werden können.

Die Herausforderungen bestehen u.a. darin, dass Angebote aus- oder teilweise auch neu aufgebaut werden müssen. Dies

erfordert in der Einführungsphase fachliche Begleitung, konzeptionelle Arbeit und personelle Ressourcen, um entsprechende Grundlagen zu schaffen. Dies gilt ebenso für die Einführung der Jugendförderpläne auf Bezirks- und Landesebene. Hier sind Feinkonzepte zu entwickeln, statistische Verfahren mit Blick auf alle Angebotsformen (weiter-) zu entwickeln und auch eine Rahmenkonzeption für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Erstellung von Jugendförderplänen zu erarbeiten. Darüber hinaus ist die Einführung des neuen Zuweisungssystems auf der Grundlage des Fachstandards für Umfang zu begleiten, um sicherzustellen, dass die zur Verfügung gestellten Mittel zweckgerichtet für die jeweiligen Angebotsformen für Jugendarbeit eingesetzt werden. Gleichzeitig mit Inkrafttreten des Gesetzes soll der Fachstandard für Umfang in Form einer Rechtsverordnung erlassen werden und der Fachstandard für Qualität im Rahmen eines Rundschreibens veröffentlicht werden.

Um die Implementierung des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes weiter unterstützen und begleiten zu können, wird die partizipative Projektstruktur weitergeführt. In diesem Rahmen arbeiten Senatsverwaltungen, Bezirke und Verbände gemeinsam weiter an den Grundlagen für eine erfolgreiche Umsetzung des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes.

Jana Thun

ist Referentin für Jugendarbeit in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in Berlin.

#Pause #sicher #geschützt #offen für alle #selbstbestimmte Freizeit #Action #zweites Zuhause #Erleben und erfahren #ernst nehmen #wertschätzen #respektvoll begegnen #Teil sein und teilhaben #Gutes tun #Gutes denken #Gutes sprechen #OKJA

## Politischer Stammtisch Boberg

„Jugend und Politik – da geht doch was!“

*Maya Schuster (für den Jugendvorstand)*

Am Donnerstag, den 5. September 2019 fand der politische Stammtisch Boberg unter dem Motto: „Jugend und Politik – da geht doch was!“ im Kinder- und Jugendhaus CLIPPO BOBERG statt. Neben 15 Politiker\_innen aus dem Bezirk und einigen Politiker\_innen aus der Hamburgischen Bürgerschaft waren auch interessierte Boberger\_innen vor Ort.

Der Jugendvorstand des CLIPPO BOBERG war im Vorfeld mit Besucher\_innen ins Gespräch gegangen. Mit einer offenen Diskussionsrunde im Offenen Treff wurden die Besucher\_innen zu ihrer Meinung befragt. Impulsfragen hierzu waren:







Was fällt dir zum Thema Politik ein?

Bist du zufrieden damit, wie politische Themen in der Schule bearbeitet werden?

Was fällt dir zum Stadtteil ein? Welche Anliegen möchtest du gerne an Politik herantragen?

Der Politische Stammtisch Boberg – Wie kann dieses Format (noch) besser an Jugendliche herangetragen werden?

Neben den Ergebnissen aus der Diskussionsrunde hatte sich der Jugendvorstand zudem viele eigenständige Gedanken gemacht. Alle Kernaussagen und Anliegen wurden auf ausdrucksstarken Plakaten präsentiert und den Anwesenden erläutert. Angesprochen wurde unter anderem das oft langweilige Erscheinungsbild der Politik für Jugendliche, die schwere Verständlichkeit politischer Zusammenhänge, aber auch die Ausgestaltung des Politikunterrichtes in der Schule und die im Elternhaus oft fehlende Auseinandersetzung mit tagespolitischen Themen. Einige der vorgetragenen Themen führten zu spannenden Diskussionen unter den Abgeordnet\_innen und Politiker\_innen.

Die Anwesenden begrüßten die intensiven Vorbereitungen und machten Mut, sich weiterhin zu engagieren. „Dass ihr euch hier für die Interessen eures Jugendhauses und den

Stadtteil öffentlich einsetzt, ist auch politische Arbeit!“ war nur ein O-Ton.

Durch genaues Beobachten der unmittelbaren Umgebung des Jugendhauses wurde der Jugendvorstand auf mehrere Probleme aufmerksam, wie z.B. die fehlende Beleuchtung des Skate- und Fußballplatzes und auch andere, dunkle und somit angsteinflößende Orte im Stadtteil. Da selbst „Kleinigkeiten“, wie z.B. die fehlende Beleuchtung und auch Bänke am Fußballplatz den Aufenthalt im Stadtteil für jede und jeden verbessern und angenehmer gestalten können, war es wichtig für den Jugendvorstand, diese Punkte in die Veranstaltung mit einfließen zu lassen. Auch alle stadtteilrelevanten Themen wurden mit den Besucher\_innen im Vorfeld besprochen.

Wir (der Jugendvorstand des CLIPPO BOBERG) haben uns sehr unterstützt und verstanden gefühlt. Auch das positive und konstruktive Feedback hat zu einer sehr angenehmen Atmosphäre, die weder herablassend, noch abwertend war, beigetragen. Auch nach dem Stammtisch konnte man noch leicht mit einigen Politiker\_innen ins Gespräch kommen und seine Anregungen und eventuelle Wünsche konkretisieren.

Fotos: Andreas Müller



## Zur Einrichtung: Kinder- und Jugendtreff CLIPPO BOBERG

CLIPPO ist eine Bezeichnung für den Ort beim Fangenspielen, an dem man sicher und geschützt ist, an dem man eine Pause einlegen kann.

Diese Pause vom oftmals stressigen und durchgetakteten Alltag bieten wir durch unseren Offenen Treffpunkt im Bezirk Bergedorf. Bei uns finden Kinder und Jugendliche im Alter von 10-17 Jahren ein vielfältiges und flexibles Programm: Sport und Bewegung, Musik und Kunst, Natur, Kochen und Medien. Darüber hinaus bieten wir Ferienaktionen und Reisen, Tagesausflüge und Projektstage an. Alle Angebote sind weitgehend kostenlos.

Für viele junge Menschen ist das CLIPPO, neben Schule und Familie, ein zweites Zuhause.

Die Vertrauens- und Bezugspersonen des IN VIA Teams unterstützen bei alterstypischen Entwicklungsaufgaben und alltäglichen Problemen. Mit ihrem Fachwissen und ihrer Erfahrung sind die Kolleg\_innen in der Lage, Schwierigkeiten frühzeitig zu erkennen und anzusprechen. Sie begleiten junge Menschen mit Rat und Tat und vermitteln, falls nötig, geeignete Hilfe.

# Umsetzungsvorschläge der Landesarbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialer Dienst Hamburg zu den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“

von Manfred Neuffer (im Auftrag des Sprecherrates der LAG ASD Hamburg)

Die Mitwirkenden der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD) Hamburg, gegründet am 26.10.2016, haben sich aus ihrem Gründungszusammenhang heraus unter anderem die Aufgabe gestellt, Positionspapiere zu aktuellen Themen des ASD und Stellungnahmen zu über-regionalen, regionalpolitischen und organisationsstrukturellen Diskussionen und Vorhaben zu erstellen.

Die Veröffentlichung des Abschlussberichtes der Hamburger Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte stärken“ (ENQ-K.) mit seinen 70 Empfehlungen nach ca. zweijähriger Arbeit im Januar 2019 stellt konsequenterweise – da Mitwirkende der LAG ASD nach einer kontroversen Debatte in der Kommission selbst als Auskunftspersonen angehört wurden – einen Anlass für eine Stellungnahme der LAG ASD



dar. Ein weiterer Grund für die Notwendigkeit einer Stellungnahme ist den Wahrnehmungen der Mitwirkenden der LAG geschuldet. Bei wiederholten Treffen der LAG wurden die (Nicht)-Reaktionen der bezirklichen Jugendämter und die erste Reaktion der BASFI mit dem Ergebnis thematisiert, dass auf der operativen Ebene in den ASD Abteilungen bis jetzt kaum wahrnehmbare Reaktionen, geschweige denn ernstzunehmende Umsetzungsbemühungen, in Bezug auf die Empfehlungen der ENQ-K. festzustellen waren.

Vor diesem Hintergrund entschieden sich die Mitwirkenden der LAG erneut, wie bereits zuvor mit einer Zukunftswerkstatt realisiert, pro-aktiv tätig zu werden. Für sie war es wie-

derholt von hoher Relevanz, das Wissen der Professionellen der Basis einzubeziehen und Umsetzungsvorschläge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ASD Abteilungen als Grundlage der fachlichen Stellungnahme zu nutzen. Seitens der LAG ASD wurde den ASD Abteilungen als Arbeits- und Diskussionsgrundlage eine Präsentation der für den ASD relevanten Empfehlungen der ENQ-K. zur Verfügung gestellt. Diese Arbeitsgrundlage wurde von diversen Abteilungen genutzt, mit Engagement und Fachverständnis bearbeitet und das jeweils erzielte Ergebnis den Mitwirkenden der LAG ASD zugänglich gemacht.

Die bearbeiteten Präsentationen wurden daraufhin gesammelt und ausgewertet. In der Auswertung wurde von einer reinen Zusammenfassung der Umsetzungsvorschläge zu den Empfehlungen abgesehen. Bereits in der Zukunftswerkstatt der LAG ASD, der Online-Befragung der ASD Fachkräfte durch die ENQ-K. und im Abschlussbericht der ENQ-K. konnten Themenbereiche identifiziert werden, die sich auch in den Umsetzungsvorschlägen innerhalb der Ausarbeitungen der Abteilungen wiederholt wiederfanden. Folgende Themenkomplexe waren erkennbar und dienten in der Auswertung als Kategorien (1)

1. Soziale Arbeit als Profession
2. Regelwerk, Dokumentation, Jugendhilfeinspektion
3. Entlastung von Verwaltungsaufgaben
4. Personalbemessung
5. Leitungen
6. Fortbildung/Supervision
7. Empirische Studien.

Übergreifend ergaben sich folgende Themen: Eine gelingende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die Berücksichtigung der Kinderrechte und eine der Profession entsprechende Beziehungsarbeit/Beziehungsgestaltung, welche konzeptionell verankert ist und kontinuierlich evaluiert wird. Ombudsstellen sollen Kinder und deren Eltern dabei unterstützen, ihre Rechte einzufordern (2). Dafür müssen sie über

**Soziale Arbeit ist nach Auffassung der  
ASD-Fachkräfte kein Management.**

## Soziale Arbeit als Profession im ASD muss selbstreflexiv sein.

qualifiziertes Personal verfügen, welches auch die fachlichen Standards des ASD kennt.

Im Folgenden werden nun die einzelnen Kategorien in Hinblick auf die Umsetzungsvorschläge näher betrachtet.

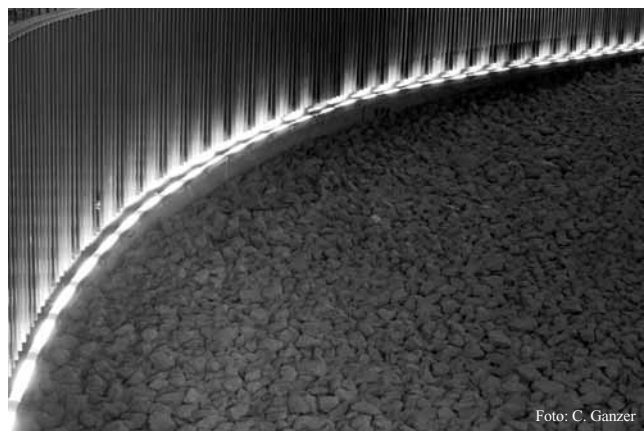
### Soziale Arbeit als Profession

Soziale Arbeit ist nach Auffassung der ASD-Fachkräfte kein Management. Aus dieser Einschätzung heraus ist der Vorschlag nachvollziehbar, das Case Management Konzept der Fachanweisung ASD zu überprüfen und eine Trennung in Eingangs- (EM) und in Fallmanagement (FM) aufzuheben. Dabei sollte eine kontinuierliche Beziehungsarbeit und damit auch eine genauere Erfassung der Problemlagen und der Hilfebedarfe der betroffenen Familien und jungen Volljährigen erzielt werden. Auch sollte das Spannungsfeld zwischen der Sozialen Arbeit als Profession im Handlungsfeld des ASD und der Verortung in einem bürokratisch orientierten Jugend- und Bezirksamt regelmäßig hinsichtlich negativer Auswirkungen, insbesondere für betroffene Kinder und in Bezug auf die Vermeidung von Fehlern, reflektiert und so auch die Kontrollorientierung abgebaut werden. Hier formulieren die Fachkräfte den Vorschlag eine Systemveränderung durchzuführen hin zu einer förderlichen Fehlerkultur auf allen Ebenen. Dazu sollten Teamentwicklungsmaßnahmen, die zu einer höheren Offenheit der Fachkräfte führen, forciert werden. Auch sollte eine „egalitäre Kommunikation in einem hierarchischen System“ möglich sein. Wichtig scheint es dabei zu sein, die direkte Interaktion zwischen den Fachkräften und den Leitungsebenen zu fördern, statt wie oft üblich auf E-Mail Kontakte zurückzugreifen.

Um ihre Aufgaben einer Profession entsprechend bearbeiten zu können, müssen die Handlungsspielräume erweitert und damit verbunden die Befugnisse der ASD Fachkräfte verändert werden. Zur Abmilderung der insbesondere im Kontext der Bearbeitung von Kindeswohlgefährdungsmeldungen und Fällen mit Aspekten von Kindeswohlgefährdungen entstehenden Belastungen, werden die von der ENQ-K. vorgeschlagenen Fall-Tandems auch von den ASD Fachkräften als sehr sinnvoll eingeschätzt. Mit Hilfe dieser Tandems soll dann auch die Achtsamkeit der Fachkräfte in den Abteilungen erhöht werden. Hierzu ist eine Anpassung des Personalbemessungssystems notwendig.

Soziale Arbeit als Profession im ASD muss, so eine wissenschaftliche Position (siehe u.a. Dewe, Otto, Klomann), selbstreflexiv sein. Offenbar vertreten auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ASD-Abteilungen diese Auffassung, denn wiederholt wird Reflexion und das Lernen aus Fallverläufen u.a. im Kontext der Hilfeplanung oder der Verwen-

dung der Methode des Hausbesuchs aufgeführt. Nötig wäre dazu eine Anpassung der Zeitressourcen, um die Fachkräfte überhaupt in die Lage versetzen zu können, über ihre bereits realisierten und/oder geplanten Aktivitäten nachdenken zu können. Der Austausch mit anderen Fachkräften der eigenen Abteilung, aber auch eine Ausweitung des Teilnehmerkreises hin zu Trägervertreterinnen und -vertretern an kollegialen Beratungen wird als hilfreich angesehen. Eine verbesserte Kooperation mit anderen Funktionsträgern/Fachdiensten wie beispielsweise den Fachkräften der Pflegekinderdienste (PKD), Jugendpsychiatrischen Dienste (JPD) der bezirklichen Gesundheitsämter, des im Bezirksamt Hamburg-Nord verorteten Jugendpsychologischen und Jugendpsychiatrischen Dienstes (JPPD), den Familienhebammen oder eine konzeptionell veränderten Trennungs- und Scheidungsberatung, angepasst an die Dynamiken des ASD, also eine zeit-



und ortsnahe Verfügbarkeit, wurde gefordert. Teilweise wurde in den Rückmeldungen auch der in der ENQ-K. diskutierte Vorschlag der Einrichtung von multiprofessionellen Teams erwähnt. Thematisch wurden insbesondere die Bereiche Rechtsberatung, sexuelle Gewalt, Bindung, Sucht, Trauma und der Umgang mit Säuglingen genannt. Ein von der ENQ-K. empfohlenes Leitbild müsste dann in solchen Abteilungen in Kooperation mit Vertreterinnen und Vertretern des Sozialraums ggf. unter externer Begleitung erarbeitet und realisiert werden. Die Präsenzzeit der ASD Fachkräfte in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich muss ausgebaut werden, um den Klientinnen und Klienten einen einfacheren Systemzugang zu ermöglichen.

In Bezug auf die Hilfen zur Erziehung nach § 33 SGB VIII folgten die ASD Fachkräfte den Empfehlungen der ENQ-K. Die Anzahl der Pflegefamilien muss den Bedarfen entsprechend erhöht werden. Damit wären auch die Optionen hinsichtlich einer kontinuierlich sichernden Hilfeplanung und der Passungsprüfung, z.B. zwischen den zu befriedigenden Bedürfnissen der Kinder und den Ressourcen der jeweiligen Pflegefamilie, höher. Rollenklarheit und die damit verbundenen Pflichten und Kompetenzen für die handelnden Fachkräfte und die betroffenen Familien und Kinder müssen klarer werden.



## ASD-Fachkräfte benötigen eine sachgerechte räumliche Ausstattung.

ASD-Fachkräfte benötigen, um die ihnen gestellten Aufgaben bewältigen zu können, eine sachgerechte räumliche Ausstattung. In mehreren Nennungen werden im Rahmen der Umsetzung kindgerechte Einzelbüros gefordert. In Kooperationsprojekten mit Schulen und KiTas sollen die Bedarfe der Kinder erhoben und Kinder bei der Gestaltung der Räume beteiligt werden, auch um sichere Rückzugsräume zu schaffen.

## Regelwerk, Dokumentation und Jugendhilfeinspektion

In dieser Kategorie wurde der Umsetzungsvorschlag, die vorhandenen Dienst- und Fachanweisungen, den Anlagenband zu den Fachanweisungen und das QM zu einem kohärenten, an professionellen Aspekten orientiertem, erheblich verschlanktem Regelwerk zusammenzufassen und dieses kontinuierlich zu überprüfen, am häufigsten genannt. In diesem Zusammenhang ist es den Fachkräften sehr wichtig, dass diese Veränderungen und Überprüfungen unter Beteiligung aller relevanten Akteure, also auch ihnen als Professionelle der Sozialen Arbeit



Foto: manfredrichter\_pixabay

und den Betroffenen vollzogen werden. „Unter den beteiligten Fachkräften sollen auch Systemkritiker\*innen und nicht nur angepasste Mitarbeiter\*innen sein.“ Auch Veranstaltungen mit Kindern und Jugendlichen zu diesen Themen wurden vorgeschlagen. Es darf sich nicht um eine Pseudobeteiligung handeln und als Referenzen sollen die Kinderrechtskonvention und professionelle Standards der Sozialen Arbeit dienen. Die ASD-Basis sollte ein Vetorecht bei Veränderungen haben. Diese Veränderungen müssen in einem bottom-up Verfahren und nicht top-down initiiert werden. Sollten Veränderungen ohne Basisbeteiligung vollzogen werden, müssen die Transparenz erhöht und die Entscheidungskriterien bekanntgegeben werden. Die Überprüfungen des Regelwerks könnten in einem 360 Grad Feedbackverfahren (Klienten, ASD FK's, Leitungen) durchgeführt werden. Ein ernsthaftes Beschwerdemanagement, hier im Kontext des Regelwerks, müsste eingeführt werden. Dort sollte eine Person als Vermittler zwischen den Beteiligten dienen. Fachkräften sollte schnellstmöglich eine

Rückmeldung zum Bearbeitungsstand ihrer Beschwerde/Eingabe/Veränderungsvorschlag erhalten. Auch die Einrichtung eines „Kummerkasten(s)“ im Sharepoint Arbeitsbereich Jugendhilfe (ABJH) wurde vorgeschlagen.

Den Umsetzungsvorschlägen war zu entnehmen, dass von den Fachkräften eine Qualitätsentwicklung und -sicherung in einem dialogischen Prozess favorisiert wird. Das aktuell installierte QMS nach DIN EN ISO 9001 sollte abgeschafft werden. Anderen, nicht so radikalen Umsetzungsvorschlägen folgend, sollte die Prozesslandschaft als Orientierung, Hilfe bzw. als Unterstützung dienen und nicht als Zwang (Muss-Vorschrift).

## Dokumentation

JUS IT abschaffen oder ersetzen, stellt die zweithäufigste Nennung in den Rückmeldungen dar. Laut den Fachkräften ist es notwendig ein modernes, intuitiv zu bedienendes Programm zu entwickeln, welches eine Unterstützung und keine (massive!) Behinderung darstellt und sich an der sozialpädagogischen Fachlichkeit orientiert. Bis zu dessen Einführung muss JUS IT abgerüstet und die Beanstandungen/Rückmeldungen der Fachkräfte müssen ernst genommen werden. Die Anzahl der Pflichteingaben und Dokumentationsvorgaben müssen reduziert werden.

Die Einführung einer Spracherkennungssoftware sollte schnellstmöglich erfolgen, E-Mails müssten einfach und schnell in JUS IT eingepflegt werden können, um den zeitlichen Aufwand für die Dokumentation zu verringern. JUS IT bzw. ein neu entwickeltes Dokumentationssystem sollte auch auf mobilen Geräten nutzbar sein. Ein leistungsfähiger Internetzugang auch auf mobilen Geräten ist obligat.

## Jugendhilfeinspektion (JI)

Laut Rückmeldungen der ASD-Abteilungen ist eine Aufgabenklärung der JI durchzuführen. Eine Trennung von Fachaufsicht und Qualitätsentwicklung ist angezeigt. „Qualitätsentwicklung ist wichtig!“ Aus diesem Grund ist eine vertrauensvolle Kooperation zwischen der ASD-Fachbasis unerlässlich. Die aktuelle Verortung in der BASFI wird offensichtlich als problematisch betrachtet. Hier ist der Umsetzungsvorschlag eindeutig. Die JI sollte an eine unabhängige Behörde oder eine Hochschule angegliedert werden. Auch müssen die Berichte der JI Veränderungen in der Praxis auslösen und nicht nur politisch instrumentalisiert werden. Für anlassbezogene Untersuchungen sollte die JI nicht mehr eingesetzt werden.

**JUS IT abschaffen oder ersetzen, stellt die zweithäufigste Nennung in den Rückmeldungen dar.**

**Die Jugendhilfeinspektion sollte an eine unabhängige Behörde oder eine Hochschule angegliedert werden.**

### Entlastung auch von Verwaltungsaufgaben

Den Ausführungen der ASD Abteilungen folgend, stellt die neue Gewichtung des Verhältnisses zwischen sozialpädagogischer Arbeit und Verwaltungstätigkeit im ASD, als eine Empfehlung der ENQ-K. und zuvor auch als zentrales Ergebnis der Zukunftswerkstatt herausgearbeitet, eine zentrale Umsetzungsaufgabe dar.

Den Kolleginnen und Kollegen folgend, sollte die wirtschaftliche Jugendhilfe (WJH) zukünftig den Kassenabfluss, die Plausibilitätsprüfung und die Prüfung der örtlichen Zuständigkeit vornehmen. Auch die Einrichtung der Hilfen zur Erziehung (Kostenaspekte) sollte wieder durch die WJH, infolge der sozialpädagogischen Prüfung durch die ASD Fachkräfte und der Datenerfassungen durch die Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstellen vorgenommen werden. Aufgaben, die zukünftig die Geschäftsstellen übernehmen sollten, sind die formale Aktenprüfung bei Fallannahmen und Fallabgaben und die Koordination von Terminen, wie z.B. den Hilfeplangesprächen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass die Geschäftsstellen formal durch das DIN EN ISO Verfahren bereits neue Aufgaben erhalten haben, diese aber aufgrund der defizitären Personalausstattungen in den Geschäftsstellen in einzelnen Bezirksamtern und/oder Abteilungen faktisch nicht übernehmen können und die ASD Fachkräfte kompensatorisch tätig werden müssen. Um die negativen Effekte solcher Vakanzen abmildern zu können, sollten die personellen Ressourcen der Geschäftsstellen erhöht und mit mindestens „zwei Personen“ besetzt sein.

### Personalbemessung

In diversen Kontexten und insbesondere im Zusammenhang mit der Beziehungsarbeit und damit auch im Bereich der Beteiligung der Kinder und Jugendlichen wird von den ASD Fachkräften als Umsetzung empfohlen/gefordert, die zeitlichen Ressourcen für diesen Tätigkeitsschwerpunkt auszuweiten. Dazu werden Fallobergrenzen benötigt, müssen die Aufgaben der ASD Fachkräfte, wie oben bereits dargestellt, an andere Funktionsträger übertragen werden. Zunächst, so formulieren es die Fachkräfte, ist der „IST Zustand im ASD, Geschäftsstellen und WJH (zu) erheben und (zu) akzeptieren (und nicht statistisch personalplanerisch schön (zu) rechnen).“

Das aktuelle Personalbemessungssystem, welches die fachliche Referenz zur Feststellung des Personalbedarfs darstellt, muss dringend als Instrument überprüft, überarbeitet und dann wiederholt werden.

Nachstehende Bereiche sollen den Umsetzungsvorschlägen entsprechend neu und damit in einem der Realität entsprechenden zeitlichen Aufwand bemessen oder ggf. komplett neu berücksichtigt werden:

- die Bearbeitung von Krisen
- die Einrichtung der o.g. Arbeit im Fall-Tandem
- Reflexionszeiten (nicht nur Supervision)
- Dienstfahrten/Arbeitswege
- Elternarbeit bei stationären HzE
- Arbeitszeit in Kooperationszusammenhängen (fallunabhängige Netzwerkarbeit)

Auch die Ressourcen der anderen Funktionsträger wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im PKD, JPD und JPPD, dem Rechtsamt, der WJH und der Geschäftsstellen müssen ggf. überprüft und angepasst werden.

### Leitungen

Den Umsetzungsvorschläge der ASD Basis folgend, sollte das Leitungsprofil der ASD Leitungen (ASD-L) geschärft werden. Zu berücksichtigen sind dabei die Bereiche Führungskompetenz, Team-, Reflexions- und Kritikfähigkeit. „Leitung ist kein Selbstzweck“ und muss sich am Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe und nicht am Verwaltungssystem orientieren. Um die Arbeitsfähigkeiten ihrer Abteilungen si-



cherzustellen, müssen ASD-L bereit sein, Konflikte auch mit höheren Führungsebenen im Bezirksamt, aber auch in der BASFI auszutragen. Ein Vorschlag, das Spannungsfeld zwischen Verwaltung und sozialpädagogischer Tätigkeit (hier Führung) handhabbar zu gestalten, war die Trennung von Verwaltungsleitung und fachlicher Leitung (3).

Wichtig war den teilnehmenden ASD-Abteilungen, dass zukünftige Leitungspersonen an Qualifikationsprogrammen teilnehmen und geprüft werden, bevor sie als ASD-L eingesetzt werden. Auch eine Beteiligung von Teammitgliedern an Auswahlgesprächen wird als Umsetzungsvorschlag erwähnt. Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräche sollen perspektivisch auch unter professionellen Schwerpunkten (Berufsidentität)



Foto: TraumTeufel666\_flickr

geführt werden, was voraussetzt, dass die ASD-L dazu einen ausreichenden Wissensstand haben oder sich diesen erarbeiten bzw. vermittelt bekommen.

## Fortbildungen

Bei der Kategorie Fortbildungen handelt es sich um ein Querschnittsthema. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Familiengerichten schlagen die Fachkräfte gemeinsame Fortbildungen mit (Familien)Richterinnen und Richtern und Verfahrensbeiständen vor, um die Perspektiven auf und die Beteiligung von Kindern positiv zu verändern. Die zeitlichen und finanziellen Ressourcen für Fortbildungen, auch im Bundesgebiet, müssen den Fachkräften zur Verfügung stehen. Fortbildung als Teil der Profession muss von den Fachkräften gelebt werden (ggf. auch verpflichtend) und auch gelebt werden können (Ressourcen). In Bezug auf das sozialpädagogische Fortbildungszentrum (SPFZ) schlagen die Fachkräfte vor, deren Fortbildungen auf ihre Praxistauglichkeit zu untersuchen. Entweder müssen die Fortbildungen oder die Praxis verändert werden. Auch sollten zukünftig Überbuchungen durch eine genauere Bedarfsprüfung vermieden werden. Als Fortbildungsinhalte wurden die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die Gesprächsführung mit Kindern, die Gesprächsführung mit Klientinnen und Klienten in unterschiedlichen Kontexten und die Medienberichterstattung genannt.

Das Vernetzungstreffen des ASD, bislang ehrenamtlich geplant und durchgeführt, sollte einen offiziellen Charakter erhalten und jährlich 4-mal moderiert im SPFZ realisiert werden. In den Reihen der LAG ASD wurde der Vorschlag formuliert, zukünftig eine Teilnahme einer Vertreterin/eines Vertreters an den Treffen der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) ASD im Rahmen der Dienstzeit auch finanziell zu ermöglichen.

## Empirische Untersuchungen

Die ASD Fachkräfte schlugen in ihren Umsetzungsvorschlägen, wie auch die Mitglieder der ENQ-K. in ihrem Abschlussbericht, die Durchführung mehrerer Studien im Bereich der

quantitativen und qualitativen empirischen Sozialforschung vor. So soll die Beteiligung der Betroffenen und die Auswirkung der Regelanwendung auf die Praxis untersucht werden, um hinderliche und förderliche Faktoren in Bezug auf die Zielerreichung der Kinder- und Jugendhilfe zu überprüfen und Anpassungen vorzunehmen.

## Resümee

In einer Bewertung durch die Mitwirkenden der LAG ASD werden in den Umsetzungsvorschlägen der Fachkräfte zwei Problembereiche deutlich. Der eine Bereich beinhaltet die Bearbeitung komplizierter Problematiken, wie die Bereitstellung einer geeigneten Software zur Dokumentation, die Ausstattung mit technischen Geräten oder die Bereitstellung notwendiger und geeigneter Büroräume. Diese Problembereiche können vor allem mit Algorithmen, Software und fiskalischen Mitteln gelöst werden.

Beim zweiten Bereich handelt es sich um komplexe Problemlagen, wie die Umsetzung der Kinderrechte und damit konkreter z.B. um die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen in der Jugendhilfeplanung, den Hilfeplanverfahren oder in der Bearbeitung bzw. Lösung von Krisensituationen (z.B. bei Maßnahmen nach § 42 SGB VIII) und um eine Beteiligung

**Zeitliche und finanzielle Ressourcen für Fortbildungen müssen den Fachkräften zur Verfügung stehen.**

der sozialpädagogischen Fachkräfte an den sie betreffenden Veränderungen der Struktur und der Regelwerke in den Hamburger Jugendämtern. Diese Komplexität wird sich nicht auflösen lassen, da verschiedene Personen aus unterschiedlichen Rollen und unterschiedlichen Perspektiven heraus, mit unterschiedlichen Zielvorstellungen und Machtausstattungen (4) gemeinsam handeln müssen.

Vor diesem Hintergrund werden die komplexen Problemlagen nur durch eine intensivere Kommunikation der Fachkräf-



Foto: anoff\_pixabay



te mit den Kindern, Jugendlichen und Eltern bzw. der Fachkräfte mit den unterschiedlichen Leitungsebenen innerhalb der Bezirksämter und der BASFI bearbeitet werden können. Um Lösungen bzw. positive Veränderungen im Sinne der Profession der Sozialen Arbeit mit dem Ziel der Verwirklichung der Kinderrechte und damit auch dem Kinderschutz zu erreichen, muss ein umfassender Prozess in Gang gesetzt werden, der u.a. auch dazu führt, dass auf den zuvor beschriebenen Systemebenen die Machtverhältnisse/Ausstattungen mit Machtquellen verändert werden.

### Anmerkungen:

- 1) Die Kategorien bedingen sich gegenseitig bzw. bauen aufeinander auf.
- 2) Beschwerdemöglichkeiten sollten in den ASD in verschiedenen Sprachen als Flyer für die Klient\*innen zur Verfügung stehen.

- 3) Nach Auffassung der Verfasser müssen jedoch Verfahren auch für die ASD-L und nicht nur für die ASD-Fachkräfte gefunden werden, um mit professionellen Paradoxien umgehen zu können statt zu versuchen, diese aufzulösen oder zu umgehen und damit das Risiko für Fehler zu erhöhen.
- 4) Ebene ASD-Fachkräfte/Leitungsebenen – Macht als Herrschaft. Ebene Kinder, Jugendliche, Eltern/ASD-Fachkräfte – Durchsetzungsmacht/strukturelle Gewalt.

### Die LAG ASD-Hamburg

wird getragen von den Berufsorganisationen ASD- Vernetzungstreffen, DBSH, ver.di, der Ev. Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie und der HAW Hamburg.  
Kontakt über: lag-asd-hh@web.de

# Wider die Allianz der Kleinmütigen

## Mit Kindern und Jugendlichen die Zukunft gestalten!

von Wolfgang Hammer

### Prolog: Wenn die Besitzstandswahrer und Mutlosen die Zukunft planen

Nachhaltigkeit ist die zentrale Anforderung für die Gestaltung der Zukunft. Sie steht für den Erhalt und die Wiedergewinnung einer lebensfördernden Umwelt, für den Ausgleich von Ökologie und Ökonomie und für mehr Gerechtigkeit insbesondere in den Bereichen Existenzsicherung, Bildung und Teilhabe. Dieser Anspruch muss vor allem durch eine Politik der Generationengerechtigkeit seine Ernsthaftigkeit unter Beweis stellen, denn Zukunftspolitik ist unzweifelhaft den Lebensbedingungen zukünftiger Generationen verpflichtet. Eine Politik die diesen Anspruch nicht erhebt und einlöst, agiert im wahrsten Sinne nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“.

Wie nah die Welt am Abgrund steht, wenn nicht sofort Gegenmaßnahmen ergriffen werden, ist durch den jüngsten Report des Weltklimarats (IPCC) vom 8.8.2019 eindringlich verdeutlicht worden. Ein Paradigmenwechsel in der Klima- und Umweltpolitik braucht als Basis aber eine Verankerung der notwendigen Schritte und Einschnitte bei der Mehrheit der Bevölkerung gerade bei den Altersgruppen, die bisher durch ihr Konsumverhalten dazu beigetragen haben, die Natur auszubeuten. Für Menschen, die von Ausgrenzung und zunehmender Armut betroffen sind, darf diese Politik nicht zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft zwischen arm und reich führen, sonst verliert sie ihre Akzeptanz und gefährdet die politischen Mehrheiten, die zur Durchsetzung einer offensiven Klima- und Umweltpolitik in einer parlamentarischen Demokratie notwendig sind.



Foto: Marco Verch\_flickr

Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit brauchen einen Kompass, der die Richtung aufzeigt und Mut zur Veränderung. Mut brauchen nicht nur Parteien, Gewerkschaften und Verbände. Mut ist die Voraussetzung für einen zivilgesellschaftlichen Aufbruch auf allen Ebenen von möglichst vielen Menschen, denn es geht um eine Änderung von lebensbedrohenden Gewohnheiten, Konsummustern und Sichtweisen in fast allen Lebensbereichen und um eine Neubestimmung des Verhältnisses von Sicherheit und Freiheit.

Die Sichtweisen sind in diesem Zusammenhang unabdingbarer Ausgangspunkt, denn viele der in Politik und Gesellschaft verbreiteten „Mainstreams“ führen zu inhumanen Umdeutungen insbesondere über Kinder und Jugendliche und zu Besorgnis erregenden Konsequenzen im gesellschaftlichen und

politischen Umgang mit ihnen. Wer aber die jungen Menschen nicht versteht, wird auch die Welt nicht verstehen. Auf dieser Basis ist der Weg in die Zukunft verstellt.

Mut braucht es auch, um Verkrustungen in unseren Denkmustern und den daraus resultierenden politischen Fehlentwicklungen aufzubrechen insbesondere dort, wo es um Menschenrechte und deren Umsetzung geht. Menschenrechte sind nicht teilbar – deshalb muss eine verantwortliche Klima- und Umweltpolitik eingebunden sein in eine Menschenrechtspolitik, die vor allem das Thema Gerechtigkeit der Pflichten- und Lastenverteilung aufgreift.

Im Nachfolgenden soll deshalb der Schwerpunkt auf die Betrachtung des Umgangs mit Kindern und Jugendlichen in Pädagogik, Politik und Gesellschaft erfolgen, denn dort stellt sich die Frage der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und der Nachhaltigkeit von Politik in besonderer Schärfe. Die



weltweite Fridays for Future-Bewegung zeigt, wie sehr die nachfolgende Generation den Eindruck hat, dass ihre Zukunft durch eine mutlose besitzstandswahrende Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners verwaltet und damit verspielt wird.

Wer glaubt, diese Jugendbewegung wäre nur ein vorübergehender Hype oder beschränke sich nur auf Klimapolitik, hat nicht verstanden, worum es den jungen Menschen geht und wie ernsthaft und gut begründet ihr Gestaltungsanspruch an einen gesellschaftlichen und politischen Wandel ist. Aus den Fugen geraten ist insbesondere das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit. Dadurch, dass in vielen Lebensbereichen zunehmend mehr Sicherheitsversprechen der Politik nicht mehr eingelöst werden, schwindet nicht nur das Vertrauen, dass Politik in schwierigen Zeiten noch handlungsfähig ist. Auch der Wert der Freiheit als Impulsgeber für einen gesellschaftlichen Wandel ist bedroht und Heilsversprechen haben bei vielen über 40-jährigen Konjunktur, die auf Einschränkungen von Freiheit setzen, und die Werte einer weltoffenen, solidarischen und friedlichen Gesellschaft im Kern in Frage stellen.

Das Grundmuster ist überall in der Welt gleich: Einfache Lösungen für komplexe Probleme, das Ausmachen von Schuldi-

Das Grundmuster ist überall  
in der Welt gleich: Einfache Lösungen  
für komplexe Probleme.

gen (Migrant\*innen, Politiker\*innen, Medien), die pauschale Abwertung der Parlamentarischen Demokratie, der Rückzug ins Nationale und die Präsentation autokratischer Macho-Männer als Problemlöser. Diese Entwicklung ist sowohl Ausdruck eines Generationenkonflikts als auch eines Geschlechterkonflikts, denn diese alten Männer sind mächtig und tragen nicht nur zur Verschärfung der Klimakatastrophe bei, sondern versuchen durch deren Leugnen eine Mehrheit der Menschen dumm zu halten.

Hätten die 16 bis unter 40 Jährigen und/oder die Frauen in den demokratischen Staaten der Welt die politische Macht, gäbe es eine andere Umwelt- und Klimapolitik, keinen Brexit, keinen Donald Trump als Präsidenten, keinen Salvini als italienischen Innenminister und deutlich weniger Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Ebenso gäbe es mehr Frauen in Führungspositionen, mehr Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie eine bessere kommunale Infrastruktur. In Deutschland hätten wir darüber hinaus echte Ganztagschulen, 13 Schuljahre bis zum Abitur, mehr Bundeseinfluss (Zentralabitur) und Geld in der Bildung, gute Kitas und Schulkinderbetreuung für alle die es brauchen, mehr Freizeitangebote und Freiräume für Kinder und Jugendliche und eine Klimapolitik, die sich der Einhaltung der Klimaziele verpflichtet sieht.

Junge Menschen sind in ihrer Mehrheit näher an den Problemen, zukunftsorientierter in ihren Visionen und bereit Verantwortung zu übernehmen und Konsumgewohnheiten zu verändern. In Politik und Gesellschaft aber spielen sie trotz allen kommerziellen Jugendwahns nur eine Nebenrolle. Wenn ehemalige Volksparteien in Deutschland wie zuletzt bei der Europawahl von den unter 40-jährigen nur noch zwischen 10%-20% dieser Zielgruppe erreichen, sollte dies eine Alarmstimmung inhaltlicher Art auslösen. Stattdessen standen und stehen danach wieder einmal Personal- und Machtfragen im Zentrum und ein inhaltlicher Aufbruch der Parteien in Richtung Jugend und nachhaltiger Politik ist über Lippenbekenntnisse hinaus kaum zu spüren. Nach wie vor haben Steuerungsphantasien von Technokraten Hochkonjunktur, die der Freiheit von Menschen, insbesondere junger Menschen zutiefst mißtrauen. Sie glauben, dass wenn alles in Pläne gefasst und in Verordnungen geregelt ist, es nur der ständigen Kontrolle bedarf, um den gesellschaftlichen Fortschritt garantieren zu können.

„Die Verträge sind gemacht und es wurde viel gelacht ...  
Freiheit, Freiheit ist das einzige was fehlt“ (Marius Müller-Westernhagen)

Das Einhalten der Vorgaben wird dann aber nur bei den Individuen überwacht, während Bundes- und Landes-Regierun-

gen Klimavorgaben nicht einhalten, internationale Abkommen missachten, gegen EU-Recht verstoßen, Urteile des Bundesverfassungsgerichts ignorieren und umdeuten, Menschenrechtsverletzungen zulassen oder begünstigen und jahrelang nichts Wesentliches gegen das Auseinanderdriften von Armen und Reichen, Stadt und Land und Ost und West getan haben.

So darf es nicht weitergehen. Es ist höchste Zeit für einen „*Wind of Change, where the children of tomorrow share their dreams with you and me*“ (Scorpions).

### Wir wissen, was falsch läuft

In nahezu allen Politikfeldern wissen wir ziemlich genau, was falsch läuft und kennen auch die Richtung der Handlungsbedarfe eines gesellschaftlichen und politischen Wandels. Die empirischen Erkenntnisse, die uns Forschung und Statistik in allen Bereichen zur Verfügung stellen, bieten eine gute Grundlage für eine nachhaltige Politik, wenn man sich daran orientieren würde. Im Nachfolgenden soll deshalb ein kurssorischer Blick auf die Handlungsfelder und Politikbereiche erfolgen. Auf eine Betrachtung der Energie-, Klima- und Umweltpolitik wird hierbei verzichtet, da deren Versäumnisse und Handlungsbedarfe allgegenwärtig im Fokus von Gesellschaft und Politik stehen.

### 1. Sozial-, Finanz- und Steuerpolitik – Leben auf Kosten zukünftiger Generationen

Die Sorge um die politische Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen hat auf europäischer Ebene zur Einführung von Schulden-Obergrenzen für die nationalen Haushalte geführt und in Deutschland zur Einführung der Schuldenbremse, für die sogar das Grundgesetz geändert werden musste.

Auf europäischer Ebene sehen wir die sozialen Verwerfungen dieser Finanzpolitik nicht nur in Griechenland sondern überall dort, wo die sozialen Sicherungssysteme erodieren und die Schere zwischen Armen und Reichen immer weiter auseinandergeht. Spürbar sind die Folgen für alle Menschen in der Europäischen Union, die durch die jahrelange Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank schon hunderte von Mrd. Euro verloren haben und deren private Altersvorsorge jährlich schrumpft. Für junge Menschen in der Phase der Familiengründung muss dies bedrohlich wirken, denn eine realistische Daseinsvorsorge durch Rücklagen und private Lebensversicherungen ist selbst für Familien mit mittleren Einkommen so nicht mehr möglich.

In nahezu allen Politikfeldern wissen wir ziemlich genau, was falsch läuft und kennen auch die Richtung der Handlungsbedarfe.



Foto: C. Polzin

Mit der Schuldenbremse sollte in Deutschland ein weiteres wesentliches Instrument einer Politik der Generationen-Gerechtigkeit eingeführt werden. Bei der Umsetzung aber hat technokratisches Denken zum Gegenteil geführt, da keine Priorisierung von Politikbereichen vorgenommen wurde. Gerade die Aufgabenbereiche, die Nachhaltigkeit ausmachen und das Leben von Kindern sowie deren Zukunft maßgeblich prägen, unterliegen Haushaltseinschränkungen, die dazu führen, dass Länder und Kommunen keine bedarfsgerechte Finanzierung von Bildung, Kinder- und Jugendhilfe und kommunaler Infrastruktur mehr leisten und sogar vielfach kommunale Infrastruktur massiv abgebaut haben. Die fortschreitende Schließung von immer mehr Schwimmbädern und Jugendeinrichtungen ist nur ein Beispiel dafür. Eine verantwortliche Klima- und Umweltpolitik blieb dabei vollends auf der Strecke.

Diese kurzsichtige Finanzpolitik ist auch eine Folge drastischer Veränderungen der deutschen Steuerpolitik, die etwa gegenüber der Regierungszeit von Helmut Kohl erhebliche strukturelle Einnahmeausfälle der öffentlichen Hand (Kapitalertragssteuer, Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer) mit sich brachte und sich nun zu Lasten zukünftiger Generationen auswirkt. Deutschland fehlt z.Zt. allein im Bildungsbereich das Geld für Hunderttausende von Lehrer\*innen und sozialpädagogischen Fachkräften zum bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen und der Kindertagesbetreuung, nur um im OECD-Vergleich mithalten zu können. Die Berechnungen



Junge Menschen sehen die Ungerechtigkeit des Rentensystems, in das sie vertrauensvoll ein ganzes Erwerbsleben einzahlen sollen.

u.a. der Bertelsmannstiftung weisen einen jährlichen Handlungsbedarf von mind. ca. 20 Mrd. Euro aus.

Für Kleinkinder in zu großen Kita-Gruppen ohne individuelle Förderung, für Schüler\*innen in zu großen Klassen mit ausgebrannten Lehrer\*innen und häufigen Unterrichtsausfällen, für Eltern und Kinder, die in ihrer Stadt kein Schwimmbad mehr haben und kaum noch pädagogisch gestaltete Freizeitangebote, ist dies eine Politik zu Lasten der nachfolgenden Generationen und damit weder zukunftsorientiert noch nachhaltig. Auch der Pflegenotstand ist nicht nur für die betroffenen pflegebedürftigen Menschen ein Problem, sondern wirkt sich unmittelbar auf die betroffenen Familien aus. Viele Kinder entlasten ihre Eltern bei der häuslichen Pflege der Großeltern und nehmen erhebliche Einschränkungen ihrer gesellschaftlichen Teilhabe in Kauf, weil die unzureichenden Leistungen der Pflegeversicherung keine menschenwürdige ambulante oder stationäre Pflege absichern und somit zunehmend mehr Eltern und Kinder dauerhaft in die Pflege und Versorgung ihrer Eltern und Großeltern einspringen müssen.

Deutschland braucht eine Finanzpolitik, die sicherstellt, dass die für die Zukunft unseres Landes notwendigen Mittel rechtzeitig zur Verfügung stehen. Das geht nur, wenn sowohl die Einnahmen sozial verträglich erhöht als auch die bisherigen Ausgabenschwerpunkte insbesondere die z.T. kontraproduktiven Subventionen in der Landwirtschaft und Steuererleichterungen für Großunternehmen neu justiert werden. Dies ist zugleich auch eine der Voraussetzungen für eine offensive Klima -und Umweltpolitik, die zunächst erhebliche zusätzliche öffentliche Aufwendungen notwendig macht.

## 2. Kinderarmut und Altersarmut – zwei Seiten einer dramatischen Fehlentwicklung

Während die Kinderarmut in Deutschland auf hohem Niveau verbleibt und in vielen Regionen jedes 4. Kind von Armut betroffen ist, steigt die Altersarmut von Jahr zu Jahr an. Inzwischen (2019) liegt jede zweite Rente unter 900 Euro. Auch wenn die Altersarmut junge Menschen nicht direkt betrifft, hat sie doch Auswirkungen. Großeltern, die Kindern und Enkeln nicht mehr finanziell beistehen können, sondern selbst auf finanzielle Unterstützung der nachfolgenden Generation angewiesen sind, werden ihrer Würde beraubt. Junge Menschen sehen die Ungerechtigkeit des Rentensystems, in das sie vertrauensvoll ein ganzes Erwerbsleben einzahlen sollen. Ich habe noch, wie viele meiner Generation als junger Mensch erlebt, dass alle Eltern und Großeltern meines Umfeldes (alles Arbeiter\*innen und Handwerker\*innen) nach ihrem Renteneintritt ein menschenwürdiges Leben führen

konnten und auch Kinder und Enkel bei Anschaffungen und mit kleinen Geschenken und Ausflügen unterstützt haben. „Die Renten sind sicher“ war ein Versprechen der Politik, dass damals eingehalten wurde und Vertrauen schaffte. Dieses Versprechen gilt auch heute noch aber nur in Österreich und eben nicht mehr in Deutschland. Leichtfertig hat sich die Politik in Deutschland vor einer echten Rentenreform gedrückt, in der alle Beschäftigten also auch Selbstständige und Beamte einzahlen und so wie in Österreich den Menschen dadurch ein menschenwürdiges Rentenniveau sichert.

Dennoch sind die Auswirkungen der Kinderarmut noch gravierender. Insbesondere die Einschränkungen bei der Bildung und der sozialen und kulturellen Teilhabe haben für Kinder fatale Folgen. Die Leistungen des Staates zur Förderung im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) mit monatlich 10 € und einem Einmalbetrag von 100 € beim Schulstart waren ein eklatanter Verstoß gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2010, nach dem der tatsächliche Durchschnittsbedarf eines Kindes zugrunde zu legen ist. Der liegt aber in Deutschland bei 123 € pro Monat. Den armen Familien verbleiben pro Kind lediglich 44 € für soziale und kulturelle Teilhabe. Die am 5.8.2019 vom Bundeskabinett beschlossene Erhöhung der Leistungen im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) ist zwar ein richtiger aber längst nicht ausreichender Schritt.

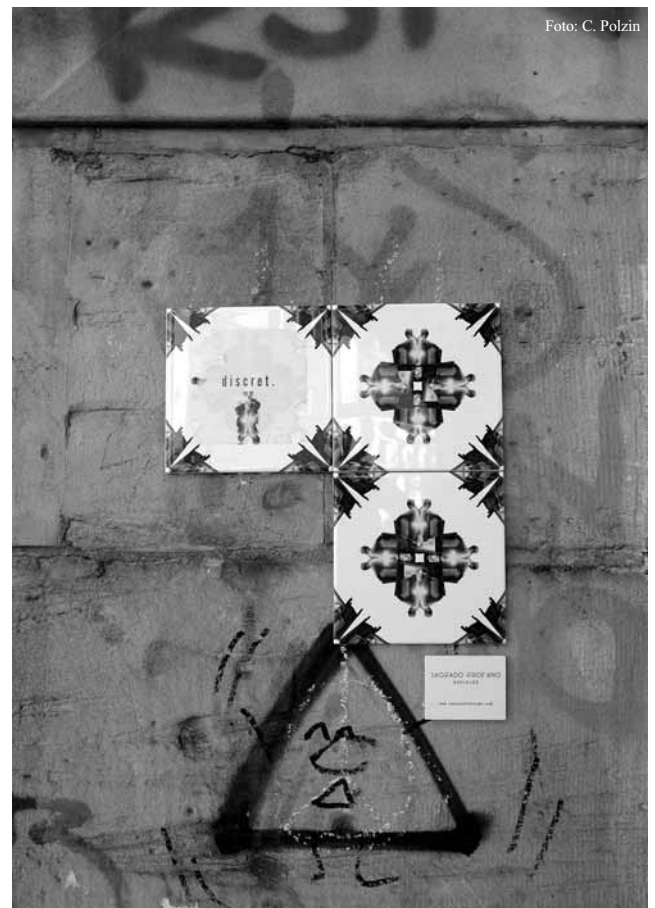


Foto: C. Polzin

Die wachsende Kluft zwischen armen und reichen Familien belegt eine neue Studie der Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbandes vom 1.8.2019. In einem Zehn-Jahres-Vergleich ging die Schere zwischen den Haushaltseinkommen der armen und reichen Familien weiter auseinander. Arme

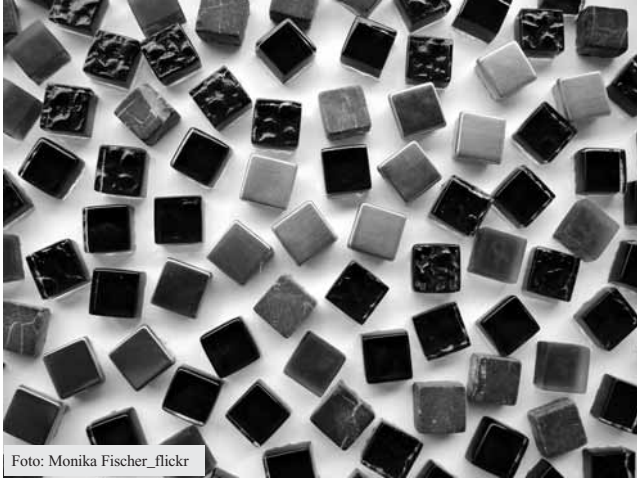


Foto: Monika Fischer\_flickr

Familien haben danach weniger Geld zur Verfügung als vor 10 Jahren. „Arme Kinder werden ärmer und weiter abgehängt. Das, was für die Mehrheit Gleichaltriger selbstverständlich ist, bleibt ihnen aufgrund der Einkommenssituation ihrer Eltern versagt ... Frust, Resignation, weniger Bildungserfolg und höhere Krankheitsanfälligkeit sind sehr häufig die Folgen der Einkommensarmut.“ (Ulrich Schneider).

Ein radikaler Paradigmenwechsel dieser skandalösen Entwicklung bei der Kinderarmut ist notwendig. Die von allen Kinderrechtsorganisationen und Expert\*innen geforderte Einführung einer bedarfsdeckenden Kindergrundsicherung ist ebenso überfällig wie der Ausbau kostenfreier und familienfreundlicher Angebote der gesamten kommunalen Infrastruktur.

### 3. Wohnen – bedrohtes Grundbedürfnis für Familien und Kinder

Zusätzlich zu den belastenden Entwicklungen im Bereich Kinderarmut stellt die Entwicklung des Wohnungsmarkts ein weiteres Risiko für Kinder, Jugendliche und deren Eltern dar. In Regionen mit angespanntem Mietwohnungsmarkt sind auch Familien mit mittleren Einkommen immer häufiger gezwungen, ihre Wohnungen aufzugeben und in viel zu kleine Wohnungen umzuziehen. Bei längeren Mietrückständen drohen die Zwangsräumung und die Einweisung in menschenunwürdige kommunale Notunterkünfte. Zahlungsrückstände

Die Entwicklung des Wohnungsmarktes stellt ein weiteres Risiko für Kinder, Jugendliche und deren Eltern dar.

bei den Versorgungsunternehmen führten allein in Hamburg 2018 zu Stromsperrungen in 9600 Haushalten mit Kindern (Hamburger Abendblatt vom 18.1.2019). In jedem Fall mindert sich durch die steigende Höhe des Anteils, der vom Einkommen für Miete und Nebenkosten abgeht, der den Kindern zur Verfügung stehende finanzielle Spielraum für soziale und kulturelle Teilhabe, Mobilität und Freizeit.

Dies ist auch der Grund, warum immer mehr Familien auf die regelhafte Essenversorgung durch Tafeln angewiesen sind. Die bisherigen staatlichen Programme wie z.B. die Mietpreisbremse wirken nicht oder sind wie der zusätzliche Bau von neuen Wohnungen finanziell unzureichend ausgestattet. Daher sind Schutzmaßnahmen gegen den Verlust von Wohnungen für Benachteiligte des Wohnungsmarkts insbesondere für Familien unbedingt erforderlich.

### 4. Bildung und Ausbildung – zu wenig, zu zersplittert, zu ausgrenzend

Die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der familiären Unterstützung ist nach wie vor in Deutschland größer als in anderen vergleichbaren Ländern. Sowohl bei vorschulischer Bildung in den Kitas als auch bei der schulischen Bildung haben wir schlechtere Standards und ein hohes Maß an Unterschiedlichkeit, je nachdem wo ein Kind lebt. Die strukturelle Ausgrenzung oder mangelnde Förderung von Kindern und Jugendlichen aus armen Familien und Familien mit Migrationshintergrund durch unzureichende Unterstützung gerade in den ersten 10 Lebensjahren ist weiterhin ein deutsches Problem und nach dem 10. Lebensjahr fehlt es vor allem an echten Ganztagschulen, in denen über 5 Tage ein qualitativ hochwertiges Angebot von informellem und formalem Lernen gemacht wird.

In Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, in denen junge Menschen trotz guter Ausbildung arbeitslos sind, fehlen in Deutschland die gut ausgebildeten jungen Menschen. So werden Hunderttausende junger Menschen in Deutschland auf schlecht bezahlte Gelegenheitsjobs orientiert oder landen in Maßnahmen des Übergangssystems, das für viele eine Sackgasse ist und direkt ins Hartz-IV-System führt, wo gerade junge Menschen mit scharfen Sanktionen bis zum völligen Leistungsentzug rechnen müssen.

### 5. Auflösung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Seit neuestem gibt es das Regierungsprogramm „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Anfang Juli 2019 haben die Bundesminister\*innen Franziska Giffey, Horst Seehofer und Julia Klöckner das neue GroKo-Programm öffentlich vorgestellt – allerdings ohne den Bundesfinanzminister, denn das Programm ist bisher nicht finanziert. Obwohl es Verfassungsauftrag ist, nimmt sich nach Jahrzehnten einer Auseinanderent-

wicklung der Lebensverhältnisse in Deutschland erstmals eine Bundesregierung des Themas an. Auslöser war der Bericht einer Regierungskommission, die nicht überraschend feststellte, dass sich die Lebensverhältnisse in Deutschland immer stärker auseinander entwickeln. Auch das Institut der Deutschen Wirtschaft (DIW) kommt in seiner Studie vom 8.8.2019 zum Ergebnis, dass in Deutschland 19 Regionen so abgehängt sind, dass sie aus eigener Kraft keinen Anschluss an die durchschnittlichen Lebensverhältnisse mehr erreichen können.

Dies gilt nicht nur für das West-Ost-Gefälle sondern noch stärker für das Gefälle zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen und zwischen Stadt und Land. Weder der Bund noch die Länder haben ihren Verfassungsauftrag erfüllt, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Als Folge der Schließung von Schulen, Kitas, Ju-



genseinrichtungen, Schwimmbädern, Bürgerämtern, Kultureinrichtungen und Einschränkungen des Öffentlichen Nahverkehrs haben sich dann auch Unternehmen und Geschäfte zurückgezogen. Arbeits- und Ausbildungsplätze und Einkaufsmöglichkeiten sind in diesen Regionen selten geworden. So haben wir vielfach Regionen, in denen die Menschen abgeschrieben wurden und sich ihrer Würde und Zukunft beraubt sehen. Auch diese Entwicklung trifft insbesondere Kinder und junge Menschen, die in diesen Regionen keine Chancen haben.

Jetzt ist die Not groß, denn gerade die strukturschwachen Städte und Landkreise haben nicht nur enormen Nachholbedarf beim Wiederaufbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur sondern häufig auch horrenden Altschulden und müssen mit immer mehr Kassenkrediten ihre laufenden Betriebsausgaben im Bereich Soziales finanzieren. Diese Kredite für laufende Ausgaben sind bis Ende 2017 trotz sprudelnder Steuereinnahmen auf gut 46 Mrd. € angestiegen. Eine erhebliche und stän-

dig wachsende Belastung stellen dabei die Pensionen und Beihilfen für pensionierte Beamt\*innen dar, die in manchen Kommunen schon zwischen 20%-30% des Betriebshaushaltes betragen.

Um die betroffenen Kommunen so handlungsfähig zu machen, dass wieder Kitas, Jugendeinrichtungen, Schwimmbäder und Bürgerhäuser errichtet und im laufenden Betrieb mit Personal finanziert werden können, sind sowohl einmalige Hilfen zur Entschuldung als auch laufende Unterstützungen in den Betriebshaushalten jeweils in zweistelliger Milliardenhöhe erforderlich. Bisher haben nur die Grünen auf Bundesebene ein Finanzierungskonzept vorgelegt. Ein Finanzierungskonzept der Bundesregierung steht noch aus.

## 6. Verplante Kindheit und Jugend – Kontroll- und Steuerungsphantasien

Wenn in der Politik das Wissen um die Kosten der Dinge stärker ausgeprägt ist als das Wissen um den Wert der Dinge sind falsche Weichenstellungen die Folge. Dies gilt in besonderer Weise auch für eine zukunftsorientierte Politik der Generationengerechtigkeit. Die öffentliche Wahrnehmung von Kindern und Jugendlichen wird häufig durch Klischees und Vorurteile belastet. Das so entstandene Bild einer verwöhnten, nicht leistungsbereiten, konsumsüchtigen, unpolitischen und z.T. gewaltbereiten Jugend widerspricht allen empirischen Erkenntnissen. Es prägt aber staatliches Handeln in all jenen Feldern, wo die Auseinandersetzung mit Kindern und Jugendlichen und ihren Bedürfnissen und Interessenbekundungen relevant ist.

Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Schuljahre (G 8) gegen deren erklärten Willen hat die Verplanung, das formale Lernen und den Druck erhöht und damit die Persönlichkeitsentwicklung im Bereich des sozialen und emotionalen Lernens und der Kreativität eingeschränkt. Die für viele Schüler\*innen kaum noch vorhandene Freizeit für soziales und kulturelles Engagement führt zu einer für die demokratische Entwicklung bedrohlichen Verkürzung des Bildungsverständnisses. Wenn junge Menschen dann auch noch am Freitag während der Schulzeit demonstrieren, ergießt sich über sie ein Schwall spießbürgerlicher Beschimpfungen und die von einigen Kultusministerien angedrohten Sanktionen in Form von Bußgeldern oder Schulverweisen sollen demnächst folgen.

Durch innerstädtische Verdichtung verschwinden immer mehr Freiflächen für Kinder und Jugendliche und selbst städtische Spielplätze ohne Sanitäreinrichtungen und mit verrosteten

Durch innerstädtische Verdichtung verschwinden immer mehr Freiflächen für Kinder und Jugendliche.



Pädagogische Konzepte wie die Neue Autorität finden wieder mehr Zulauf und überlasteten Pädagog\*innen wird so Hilfe versprochen.

und defekten Spielgräten werden sich selbst überlassen, bis sie aus Sicherheitsgründen geschlossen werden.

Obwohl die Jugendkriminalität, darunter auch die Gewaltdelikte, deutlich zurückgegangen sind, finden pädagogische Konzepte der Neuen Autorität wieder Zulauf und überlasteten Pädagog\*innen in Schule und Sozialarbeit wird Hilfe versprochen, wenn sie Techniken der Neuen Autorität anwenden oder Stufenkonzepte praktizieren, in denen junge Menschen erst entrechtet werden um ihnen dann wieder schrittweise ihre Rechte zuzugestehen.

Die in der UN-Kinderrechtskonvention vorgeschriebene Beteiligung junger Menschen an allen sie betreffenden Planungen findet praktisch nicht statt, weil sie Zeit kostet obwohl wir wissen, dass eine solche Beteiligung einen erheblichen Qualitätsgewinn für alle Planungen mit sich bringt. Wir wissen zudem, dass selbst familiär und biografisch hoch belastete Kinder und Jugendliche eine enorme Kraft entwickeln können, ihrem Leben eine eigene Richtung zu geben, wenn man mit ihnen zusammen auf Augenhöhe Perspektiven entwickelt. Stattdessen gibt der Staat leider wieder mehr Geld aus, um immer mehr Kinder und Jugendliche gegen ihren Willen fern ihres Umfeldes in Heimen unterzubringen, und deren Freiheit einzuschränken. Wer sich dennoch entschließt, in politischen Parteien an der Willensbildung der Volkes mitzuwirken, sieht sich häufig einer von den Altvorderen gepflegten verkrusteten und inhaltsarmen Struktur gegenüber, die für junge Menschen nur schwer aufzubrechen ist.

### 7. Krieg und Frieden – Der Rückfall in den kalten Krieg und seine finanzpolitischen Folgen

Nichts bedroht Menschen mehr als der Krieg, denn er kostet vielen Menschen vom Säugling bis zum Greis das Leben. Hunger, Vertreibung und Flucht sind die Folgen und ein Europa, das an den Kriegs- und Fluchtursachen durch Waffenhandel und ungerechte Weltwirtschaft entscheidend beteiligt war, sich aber nun wie eine Festung abschottet. Die Kündigung des letzten großen internationalen Abrüstungsvertrages macht die Weltlage auch für uns wieder unsicherer und bedroht damit auch eine friedliche Zukunftsgestaltung zukünftiger Generationen. Die in Deutschland aktuell erhobenen Forderungen nach einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben stellen eine doppelte Provokation dar. Zum einen wird mit dieser Forderung erneut der längst widerlegte Schwindel neu aufgelegt, als würde eine Politik der Aufrüstung mehr Sicherheit bringen. Die Geschichte lehrt uns aber – zuletzt am Beispiel Afghanistan und Irak – dass das Gegenteil der Fall ist. Der Vergleich der Militärausgaben im Jahr 2018 stellt eine

noch größere Provokation einer nachhaltigen Politik dar, wie die nachfolgende Tabelle zeigt (BUND-Pressemeldung vom 7.7.2019):

1. USA	649,00	Mrd. Dollar
2. China	250,00	Mrd. Dollar
3. Saudi-Arabien	67,60	Mrd. Dollar
4. Indien	66,50	Mrd. Dollar
5. Frankreich	63,80	Mrd. Dollar
6. Russland	61,40	Mrd. Dollar
7. Großbritannien	50,00	Mrd. Dollar
8. Deutschland	49,50	Mrd. Dollar

Die Rüstungsausgaben aller 29 NATO-Staaten beliefen sich 2018 auf 963 Mrd. Dollar und damit auf 53% der gesamten weltweiten Ausgaben. Die Ausgaben der NATO belaufen sich gegenüber Russland auf das fünfzehnfache. Vor diesem Hintergrund eine Erhöhung der Militärausgaben der NATO gegenüber Russland für notwendig zu erklären, ist Volksver-



dummung. Die von den USA erwartete Steigerung der Rüstungsausgaben Deutschlands würde zusätzliche weitere 25 Mrd. Dollar an Kürzungen im Bundeshaushalt an anderer Stelle notwendig machen. Diese Kürzungen würden dann im Bereich Bildung, Soziales, Gesundheit, Umwelt oder Familie und Jugend erfolgen müssen und eine unverantwortliche weitere Belastung der Zukunftschancen zukünftiger Generationen nach sich ziehen. Einer offensiven Klimapolitik würde damit zugleich die finanzielle Grundlage entzogen.

Beteiligung junger Menschen an allen sie betreffenden Planungen findet praktisch nicht statt.



Foto: JoaoTrindade\_flickr

## Epilog: Mit jungen Menschen die Zukunft gestalten

Die Bilanz der aktuellen deutschen Politik im Hinblick auf Zukunftssicherung und Nachhaltigkeit ist deprimierend. Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel der umfassend und zügig erfolgen muss. Nicht nur die drohende Klimakatastrophe sondern auch das Armuts- und Reichtumsgefälle in der Welt und in Deutschland bedürfen sofortiger Umsteuerung in zahlreichen Handlungsfeldern. Das aktuelle Herumwerkeln an kleinen Lösungen wird uns nicht mehr helfen. Es ist an der Zeit mit der jungen Generation und einem Generationen übergreifenden Zivilgesellschaftlichen Bündnis eine neue Politik auf den Weg zu bringen, die die Parteien und Parlamente zu einem Kurswechsel bewegen. Wir, die Älteren, müssen die Anliegen der jungen Generation zu den unseren machen.

Nicht nur junge Menschen, auch wir sehen nicht ein:

- dass die verabredeten Klimaziele nicht eingehalten werden,
- dass wir noch Jahre warten, bis der Einsatz von Glyphosat und die Überdüngung mit Gülle gestoppt wird,

- dass die Agrarpolitik in Deutschland und in der EU nachhaltiges Wirtschaften bestraft,
- dass Fliegen billiger ist als Bahnfahren,
- dass nichts Wirksames gegen Kinderarmut getan wird, obwohl alle Expert\*innen die Einführung einer Kindergrundsicherung für überfällig erachten,
- dass nichts Wirksames gegen die Wohnungsnot getan wird,
- dass hunderttausende von Lehrer\*innen und Sozialpädagogen\*innen fehlen, weil das Geld für Bildung nicht dem Bedarf entspricht,
- dass in Kommunen weiter Schwimmbäder und Jugendhäuser geschlossen werden anstatt sie auszubauen,
- dass auf Milliarden zusätzlicher Hausmittel durch Steuereinnahmen verzichtet wird, weil Konzerne wie Amazon, Apple und Google ihre Milliardengewinne in Steuerparadiesen zu Mindestpreisen versteuern können,
- dass die Schuldenbremse den Staat daran hindert, die notwendigen Mittel für nachhaltige Zukunftspolitik zur Verfügung zu stellen,
- dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Planungen in nahezu keiner Stadt/keinem Landkreis regelhaft erfolgt und
- dass Deutschland zusätzliche Milliarden für Rüstung ausgeben will, anstatt mehr Geld in Bildung, Armutsbekämpfung und Klima und Umweltschutz zu investieren.

Wir, die Älteren, fordern gemeinsam mit der jungen Generation dazu auf, dass diese Themen ehrlich und selbstkritisch von den Parteien, Verbänden und Parlamenten aufgegriffen werden und überall mit jungen Menschen diskutiert werden. Die Abgehängten dieses Landes in Ost und West haben alles Recht der Welt auf die Straße zu gehen. Aber niemand hat das Recht, die Menschenwürde und die Demokratie in Frage zu stellen und Hass zu verbreiten.

Hass-Schürer und Wirkköpfe sind keine Alternative für Deutschland.



Dr. phil.  
Wolfgang Hammer  
ist Soziologe und freiberuflicher  
Fachautor.

# Kooperation und Aneignung

## Hochschule aus dem Blickwinkel menschenrechtsbasierter Partizipation

von Matthias Weser

Dieser Artikel stellt sich der Herausforderung, den oft sehr weitläufigen Begriff der Partizipation aus einer menschenrechtlichen Perspektive auf die Situation von Studierenden an Hochschulen hin zu konkretisieren.

Dabei werden zunächst drei Punkte illustriert und auf die Lehrsituation bezogen, die unter dem Gesichtspunkt der Partizipation an Hochschulen besonders relevant sind: die Diskriminierungsfreiheit von Bildung, die Haltung der Lehrenden und die Subjektivität von Partizipation. Anschließend wird die Bedeutung strukturell verankerter Partizipationsrechte dargestellt. In diesem Artikel wird ein menschenrechtsbasierter Partizipationsbegriff vertreten, weswegen Partizipation als Rechtsanspruch und damit obligatorisch verstanden wird. Konkret wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung (menschenrechtsbasierte) Partizipation für Studierende an Hochschulen hat.

Partizipation bedeutet wortwörtlich zunächst schlicht Teilhabe, ohne dass dabei schon genauer festgelegt ist, wer in welchem Maße daran teilnimmt. Um zu partizipieren, reicht es jedoch noch nicht, nur dabei zu sein. Im Wörterbuch Sozialer Arbeit wird Partizipation ganz allgemein folgendermaßen definiert: „Partizipation steht für die sehr unterschiedlichen Ansätze der bewussten Beteiligung von Adressaten/innen [...]. Partizipation bedeutet, Entscheidungsräume zu eröffnen und Macht abzugeben.“ (Gintzel 2017, 700) Demnach handelt es sich bei Partizipation um bewusste Prozesse und sie ist offensichtlich vor allem in asymmetrischen Verhältnissen von Bedeutung, in denen die Chancen zur Teilhabe ungleich verteilt sind. Damit ist noch nichts darüber ausgesagt, ob diese Beteiligung freiwillig oder verpflichtend geschieht.

Um zu partizipieren, reicht es nicht,  
nur dabei zu sein. Partizipation bedeutet,  
Entscheidungsräume zu eröffnen



Foto: T. Bruns

Partizipation ist ein grundlegender Bestandteil der Menschenrechte: Ohne die Teilhabe an gesellschaftlichen Subsystemen und dem gleichberechtigten Austausch mit anderen

Mitgliedern der Gesellschaft ist kein selbstbestimmtes und damit menschenwürdiges Leben möglich (Rudolf 2016, 13 f.). Diese

Teilhabe geschieht auf der Prämisse der Gleichheit – als Träger identischer Rechte kommt jedem

Mensch auch das gleiche Maß an Mitgestaltung seiner Lebensbereiche zu. In demokratietheoretischen Zusammenhängen ist vor

allem das Recht auf politische Teilhabe bedeutsam, Partizipation erschöpft sich darin aber nicht – sie hat auch eine wirtschaftliche und soziale Dimension (ebd.). Selbstbestimmte

Entscheidungen setzen die entsprechenden Zugänge voraus. So war Frauen in Deutschland bis ins

20. Jahrhundert hinein der Weg an die Universitäten versperrt und damit

auch die Möglichkeit bestimmte (und mit gesellschaftlichen und materiellen Privilegien verbundene) Berufe auszuüben. Menschenrechtliche Teilhabe ist eng mit dem Diskriminierungsverbot verbunden, was je nach Kontext unterschiedliche Implikationen nach sich zieht.

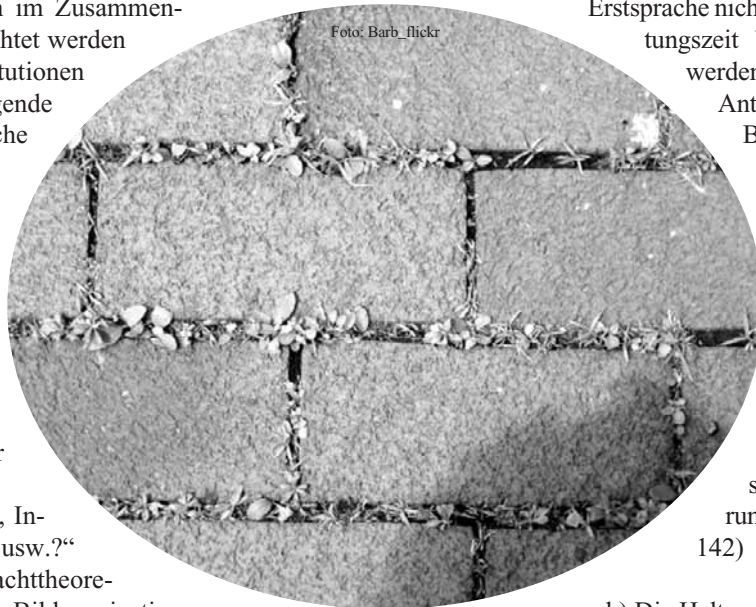
Da es sich bei Partizipation um ein menschenrechtliches Querschnittsthema handelt, ist eine themenspezifische Konkretisierung unerlässlich. Ein konkreter Bezugspunkt für die Bedeutung von Partizipation in Bildungskontexten ergibt sich aus dem Recht, in allen die eigenen Angelegenheiten betreffenden Situationen gehört und in der eigenen Meinung berücksichtigt zu werden. Dieses Recht ist in Artikel 12 der Kinderrechtskonvention festgeschrieben, der in einem General Comment Nr. 12 durch den Fachausschuss der UN-Kinderrechtskonvention ausführlich interpretiert wurde (1). Was das mit Erwachsenenbildung zu tun hat? Bei Kinderrechten handelt es sich um keine Spezialrechte, sondern dem Anspruch nach um allgemeine menschenrechtliche Bestimmungen, die jedem Menschen zukommen. Die Existenz von Kinderrechten „verdankt“ sich dem Umstand, dass spezielle menschenrechtliche Ansprüche bei Kindern besonders oft verletzt wur-



Ein weitverbreiteter Irrtum zu Partizipation in Bildungsprozessen besteht darin, sie als ein Mittel effektiveren Lernens zu verstehen.

den und werden. Das Recht bei Angelegenheiten, die das eigene Leben betreffen, nicht übergangen zu werden, mag also für die Lebenssituation von Kindern eine besondere Relevanz aufweisen. Es ist nichtsdestotrotz in erster Linie ein Recht, das allen Menschen zusteht, weswegen sich Forderungen der Kinderrechtskonvention ebenso auf die Hochschulbildung übertragen lassen.

Der Frage nach Partizipationsmöglichkeiten innerhalb von Bildungsinstitutionen ist die Frage vorgeschaltet, wie inklusiv der Zugang zu diesen Institutionen ist, weswegen Partizipation immer auch im Zusammenhang mit Inklusion betrachtet werden muss. An Bildungsinstitutionen sind unter anderem folgende Fragen wichtig: „Welche Exklusionsmechanismen, welche Barrieren für wirksame Teilhabe an Bildungsaktivitäten bestehen für Menschen, die von Armut betroffen sind, für Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit befristeter oder keiner Aufenthaltsgenehmigung, für Lesben, Schwule, Bi-, Inter- oder Transsexuelle, usw.“ (Reitz 2016, 132) Aus machtheoretischer Sicht werden über Bildungsinstitutionen Zugänge zu gesellschaftlichen Tätigkeiten und damit letztlich auch Ressourcen verteilt (Kurtz 2002, 53 f.). Unter der Gleichheitsprämisse müssen die Chancen auf diese Zugänge gleich verteilt sein.



## Menschenrechtsbasierte Partizipation in der Hochschulbildung

### a) Der Anspruch auf diskriminierungsfreie Bildung

Nach Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und konkretisiert durch Artikel 13 des Sozialpaktes von 1966 ist das Recht auf diskriminierungsfreie Bildung ein Menschenrecht. Das Recht auf Bildung schließt also das Recht mit ein, innerhalb des Bildungsprozesses nicht diskriminiert zu werden. Deswegen fordert Niendorf bezogen auf die Hochschullehre:

„So sollten alle Professor\_innen, Lehrbeauftragte und Praxisanleiter\_innen beispielsweise sensibel für diskriminierende

Bezeichnungspraxen und die Reproduktion von Stereotypen sein und auch auf entsprechende Äußerungen von Studierendenseite angemessen reagieren.“ (Niendorf 2017, 92)

Hier wird die These vertreten, dass menschenrechtsbasierte Partizipation in Bildungskontexten Diskriminierungsfreiheit als Voraussetzung hat, deren Sicherstellung damit zur Aufgabe der Lehrenden wird. Diesen obliegt es, für einen entsprechenden Rahmen zu sorgen. Die von Niendorf geforderte Sensibilisierung der Lehrenden für diesen Themenbereich erfordert systematische Schulung und nicht bloß individuelles Engagement von Lehrkräften. Wenn – wie hier angenommen – Diskriminierungspraxen immer auch gesellschaftlich strukturierende Prinzipien darstellen, ist die Reflexion dieser auch an Hochschulen als Institutionen öffentlichen Lebens unerlässlich. Wie komplex das sein kann, illustriert Kalpaka

exemplarisch an der Frage, ob Studierenden, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, mehr Bearbeitungszeit bei Prüfungen eingeräumt werden sollte (Kalpaka 2015). Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes listet neben Prüfungssituationen außerdem die Bereiche der Finanzierung, Information und Beratung, fehlende Barrierefreiheit, sexuelle Belästigung sowie Kommunikation, Interaktion und Repräsentanz als für Hochschule relevante Diskriminierungsrisiken auf (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2013, 142)

### b) Die Haltung der Lehrenden

Ein weitverbreiteter Irrtum in der landläufigen Auffassung von Partizipation in Bildungsprozessen besteht darin, sie in erster Linie als ein Mittel effektiveren Lernens zu verstehen; als eine didaktische „Veredelung“ von Lerneinheiten und somit als bloßes Merkmal von Lehrqualität. (Menschenrechtsbasierte) Partizipation ist jedoch ein Zweck, kein Mittel (DIMR 2016, 7.). Deswegen kann es sich um keine einmaligen und isolierten Vorgänge handeln, sondern sie erfordert einen stetigen Austausch (in diesem Fall zwischen Studierenden und Dozierenden) (UN Committee on the Rights of the Child 2009, Nr. 13). Partizipative Prozesse schlagen sich natürlich auch in der Wahl der Lernmittel nieder, lassen sich aber nicht auf eine bestimmte Methode begrenzen, sondern stellen vielmehr eine Haltung dar. Oder in den Worten Frei-

Partizipative Prozesse lassen sich nicht auf eine bestimmte Methode begrenzen, sondern stellen vielmehr eine Haltung dar.

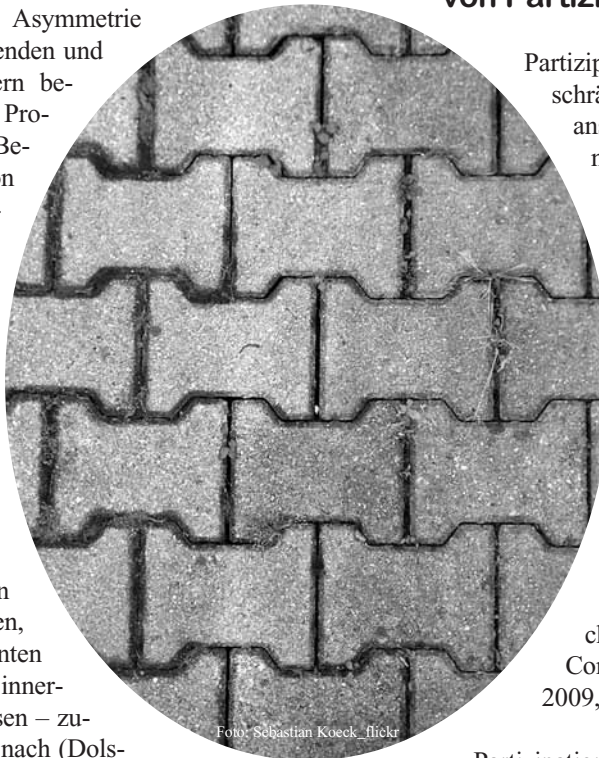
**Lehrende, die selbst  
Partizipationsmöglichkeiten in ihrem Studium  
erfahren haben, lassen ihre ...**

res: „Echte Bildungsarbeit wird nicht von A für B oder A über B vollzogen, sondern vielmehr von A mit B, vermittelt durch die Welt – eine Welt – eine Welt, die beide Seiten beeindruckt und herausfordert und Ansichten oder Meinungen darüber hervorruft.“ (Freire 1973, 76 f.). Zentral ist nicht das individuelle Wissen der Lehrenden zu ihrem Themenbereich, sondern inwieweit individuelle Lernprozesse der Studierenden angeregt werden können und ein Austausch über die Inhalte gelingt. Dies bedeutet nicht, die Asymmetrie des Verhältnisses zwischen Lehrenden und Studierenden aufzuheben, sondern bewusst zu machen und für reflexive Prozesse zu öffnen. Dies schließt ein Bewusstsein über die Grenzen von Partizipation in Bildungsinstitutionen mit ein: „Lernziele und -inhalte sind meist vorgegeben und alle Anwesenden wissen, wer im Zweifel Noten vergibt, wer für die Anwesenheit bezahlt wird, wer die Steuerung wieder an sich reißen kann, etc.“ (Reitz 2015)

Eine Forschung von Dolsdorf legt nahe, dass Lehrende, die selbst Partizipationsmöglichkeiten in ihrem Studium erfahren haben, ihre Studierenden eher an relevanten Prozessen und Entscheidungen innerhalb ihrer Lehre partizipieren lassen – zumindest ihrer Selbsteinschätzung nach (Dolsdorf 2018). Eine kooperative Haltung speist sich auch aus dem Wissen, selbst einmal studiert zu haben und in Studierenden auch potentielle Lehrende zu erkennen.

**c) Partizipation als subjektives Recht**

Wenn Partizipation als subjektives Recht verstanden wird, kann sie nicht stellvertretend geleistet werden, sondern ist immer auf das jeweilige Subjekt bezogen. Studierende als homogene Gruppe zu begreifen, die entweder partizipieren oder eben nicht, führt daher in die Irre. Deswegen ist es auch unsinnig bestimmte Methoden per se als besonders partizipativ zu kennzeichnen: Vielmehr zeigt die Partizipationsforschung, dass stark partizipativ ausgerichtete Lernarrangements Bildungsungleichheiten eher verschärfen können, da sie vor allem denen entgegenkommen, die sowieso eine geringe Scheu aufweisen, sich einzubringen (Reitz 2015, 5). Auf einer didaktischen Ebene bedeutet dies stetige Selbstreflexion des Lehrenden, die auch die Lerngruppe selbst miteinbeziehen



**Die strukturelle Dimension  
von Partizipation**

Partizipation in Bildungskontexten beschränkt sich nicht auf einzelne Lehrveranstaltungen, sondern verweist zunächst vielmehr auf strukturelle Fragen: „Steady participation of children in decision-making processes should be achieved through, inter alia, class councils, student councils and student representation on school boards and committees, where they can freely express their views on the development and implementation of school policies and codes of behaviour. These rights need to be enshrined in legislation, rather than relying on the goodwill of authorities, schools and head teachers to implement them.“ (UN Committee on the Rights of the Child 2009, Nr. 110)

Partizipation drückt sich in Beteiligung an Entscheidungsprozessen aus, die nicht im nur Einzelfall gewährt wird, sondern ein in der Hochschulordnung verbrieftes Recht und damit dauerhaft und institutionalisiert ist (ebd., Nr. 13). Hierbei gilt es genau hinzuschauen, welcher Grad der Entscheidungsbeteiligung Studierenden tatsächlich ermöglicht wird, also inwieweit sie wo mitentscheiden dürfen und wo nicht, um sicherzustellen, dass es sich nicht um Scheinpartizipation handelt. Außerdem stellt sich angesichts der Verkürzung und Verdichtung von Studiengängen die Frage, wie gut Studierende ihre Beteiligung noch realisieren können. Welcher Raum bleibt noch für solidarische Prozesse untereinander oder Konzeptionen, wie das der Peer-Beratung (2) als Gegengewichte zu hierarchisierten Strukturen?

**... Studierenden eher an relevanten  
Prozessen und Entscheidungen innerhalb  
ihrer Lehre partizipieren.**



**Stark partizipativ ausgerichtete Lernarrangements können Bildungsungleichheiten eher verschärfen.**

Was braucht es für gelingende Partizipationsprozesse an Hochschulen? Um Scheinpartizipation und Lippenbekenntnisse zu vermeiden, benötigt es zunächst Verbindlichkeit, was studentische Beteiligung angeht. Dabei macht es einen Unterschied, ob diese aus Sicht der Hochschulangestellten als hinzunehmendes Übel betrachtet wird oder als rechtsbasierter Anspruch, der vielleicht nicht immer als bequem, aber trotzdem notwendiger Bestandteil der Hochschulkultur betrachtet wird. Partizipation wird erschwert, wenn den beteiligten Personen vermittelt wird, dass ihre Beteiligung eigentlich nicht erwünscht ist. Geringe studentische Beteiligung an Hochschulprozessen lässt sich deswegen nicht nur mit allgemeinem Desinteresse seitens der Studierenden erklären, sondern hat ihre Ursache möglicherweise auch darin, dass Beteiligung zunächst gegen eine Geringschätzung des eigenen Engagements und um Anerkennung kämpfen muss.



Foto: flickr\_artofthestate

Die Machtasymmetrie zwischen hauptamtlichen Dozierenden von Hochschulen und ihren Studierenden drückt sich auch in einem Ressourcendefizit aus: Das Engagement von Studierenden ist ehrenamtlich und findet vor dem Hintergrund stark verdichteter Studiengänge statt. Nicht zuletzt ist Partizipation deswegen auch eine Frage der Ressourcen, wie der Bereitstellung (oder das Vorenthalten) von Räumen, die Studierende selbstständig nutzen und gestalten können. Ein weiterer wichtiger Punkt sind verbindliche Beschwerdesysteme.

*Literatur:*

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2013): Diskriminierung im Bildungsbereich und Arbeitsleben. Zweiter Gemeinsamer Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der in ihrem Zuständigkeitsbereich betroffenen Beauftragten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages.  
 Link: [https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/BT\\_Bericht/Gemeinsamer\\_Bericht\\_zweiter\\_2013.html](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/BT_Bericht/Gemeinsamer_Bericht_zweiter_2013.html) [01.11.2019]

DIMR (Deutsches Institut für Menschenrechte) (2016): Menschenrechte. Materialien für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte

me, damit Missstände von allen Hochschulangehörigen ange-merkt werden können.

**Konklusion – Kooperation und Aneignung**

Zusammenfassend lässt sich pointiert sagen, dass es für gelingende Partizipation an Hochschulen der Kooperation und der Aneignung bedarf. Kooperation meint hier eine Haltung der machtvolleren Gruppe (in erster Linie der Dozierenden) gegenüber der machärmeren Gruppe (den Studierenden).

Dozierende müssen eine diskriminierungsfreie Bildung sicherstellen und selbstreflexiv mit ihrer eigenen (Macht-)Position umgehen. Dies erfordert stete kommunikative Anstrengung. Davon unabhängig sind strukturell verankerte Chancen der Aneignung für Studierende zu institutionalisieren (durch Mitbestimmung, eigene Räume, Beschwerdemöglichkeiten). Vor dem Hintergrund generell veränderter Studienbedingungen, in dem Studierende in Konkurrenz um Masterplätze zueinander stehen und eine zunehmende Verschulung beklagt wird (Degener/Schwagereck 2017), kommt der Stärkung partizipativer Prozesse eine besondere Bedeutung zu.

Eine starke Beteiligung der Studierendenschaft sollte von Seiten der Hochschulen nicht als Bedrohung, sondern als positiv gesehen werden, da sie den gelebten Ausdruck eines elementaren Rechtsanspruchs darstellt. Der partizipative Grundgedanke hinsichtlich von Institutionen ist dabei, dass allen Menschen innerhalb dieser Institution Beteiligungschancen eingeräumt werden. Insbesondere denen, die nicht einer machtvollen Gruppe angehören, was neben der Studierendenschaft noch andere Statusgruppen betrifft, wie die Verwaltung oder auf Honorarbasis beschäftigte Lehrbeauftragte.

Degener, Lea/Schwagereck, Jorrit (2017): Gegen die Schere der Effizienz in den Köpfen. Die Verantwortung der Hochschulen für die Repolitisierung der Sozialen Arbeit. In: Forum 4/2017, S. 13-15

**Dozierende müssen eine diskriminierungsfreie Bildung sicherstellen und selbstreflexiv mit ihrer eigenen (Macht-)Position umgehen.**



Dolsdorf, Sebastian (2017): Die Verankerung der Menschenrechte in der Lehre Sozialer Arbeit. Projektbericht. Link: [www.mrma-berlin.de/06%20Meldungen/Projektbericht\\_Dolsdorf.pdf?download](http://www.mrma-berlin.de/06%20Meldungen/Projektbericht_Dolsdorf.pdf?download) [01.11.2019]

Freire, Paolo (1973): Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Hamburg: Rowohlt

Gintzel, Ullrich (2017): Partizipation. In: Kreft, Dieter/Mielenz, Ingrid (Hg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 8. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 700-704

Kalpaka, Annita (2015): „Wir behandeln alle gleich“: Zwischen Gleichheitsanspruch und Diskriminierungswirklichkeit. Prozesse der Auseinandersetzung mit Diskriminierung im Hochschulalltag. In: Attia, Iman/Köbsell, Swantje/Prasad, Nivedita (Hg.): Dominanzkultur reloaded. Neue Texte zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen und ihren Wechselwirkungen. Bielefeld: transcript Verlag, S. 255-269

Kurtz, Thomas (2002): Berufssoziologie. Bielefeld: transcript

Niendorf, Mareike (2017): Maßstab Menschenrechte. Die Gestaltung menschenrechtbasierter Sozialarbeitspraxis und deren Implikationen für die Hochschulbildung. M.A.-Thesis, Alice-Salomon Hochschule Berlin

Reitz, Sandra (2015): Potenziale und Herausforderungen von partizipativer, inklusiver Menschenrechtsbildung. In: Rohrman, Albrecht/Windisch, Marcus/Düber, Miriam (Hg.): Barrierefreie Partizipation. Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu einer neuen Kultur der Beteiligung. Weinheim: Beltz Juventa. S. 102-112

Reitz, Sandra (2016): Die Verankerung von Menschenrechtsbildung auf UN-Ebene. Umsetzungsempfehlungen für die deutsche Bildungspolitik. In: Weyers, Stefan/Köbel, Nils (Hg.): Bildung und Menschenrechte. Interdisziplinäre Beiträge zur Menschenrechtsbildung. Wiesbaden: Springer, S. 113-135

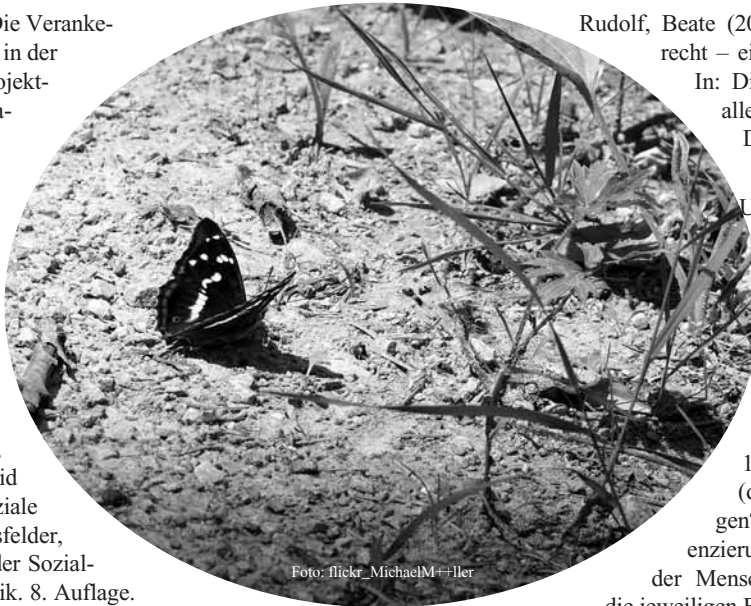


Foto: flickr\_MichaelM++ler

Rudolf, Beate (2017): Teilhabe als Menschenrecht – eine grundlegende Betrachtung. In: Diehl, Elke (Hg.): Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation. Bonn: bpb, S. 13-43

United Nation Committee on the Rights of the Child (2009): General Comment 12 – the right of the child to be heard. Geneva, 01.07.2009 (CRC/C/GC/12)

### Anmerkungen:

1) Bei den General Comments (dt. „Allgemeine Bemerkungen“) handelt es sich um Ausdifferenzierungen von einzelnen Artikeln der Menschenrechtskonventionen durch die jeweiligen Fachausschüsse.

2) Als Peer-Beratung bezeichnet man die Beratung durch Menschen, die in derselben Lebenssituation wie die zu beratende Menschen sind. In diesem Fall bedeutet dies, dass Studierende Studierende beraten.

## Matthias Weser



ist Sozialarbeiter (M.A.) und langjährig in der Suchthilfe und Krisenintervention tätig. Außerdem arbeitet er als Lehrbeauftragter an der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie. Seine Forschungsinteressen sind Menschenrechte und Kritische Soziale Arbeit.

*Die Diskussion über eine Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe hat begonnen. Fünf Jahre nach der Einführung einer Pilot-Ombudsstelle im Bezirk Hamburg-Mitte 2015 soll nun ein Konzept für eine hamburgweit tätige Stelle entwickelt werden. Mit ihrem Beschluss zur Ausweitung und Verstetigung der „Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe“ (DR 21/18358) schließt sich die Hamburger Bürgerschaft den Ergebnissen der Begleitforschung zum Pilotprojekt sowie den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“ (DR 21/16000) an. Die kommende Ombudsstelle soll Kindern und Jugendlichen sowie Eltern oder Sorgeberechtigten eine unabhängige Möglichkeit zur Klärung von Anliegen, Problemen und Beschwerden in der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), insbesondere im Bereich der Hilfen zur Erziehung geben. Damit zieht Hamburg in einer bundesweiten Debatte zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Kindern- und Jugendlichen durch ombudschafliche Arbeit nach. Ein guter Zeitpunkt, um das Thema eingehender zu betrachten, kommende Diskussionspunkte anzudeuten und Herausforderungen an ein Ombudsstellenkonzept zu skizzieren, da sich die kommende Ausgabe 1/2020 Ombudsstellen als Schwerpunktthema eingehend widmen wird. Dieser Text ist als Eröffnungsbeitrag gedacht.*

# Eine Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe für Hamburg

## Mehr als das Versprechen auf Partizipation

von Raphael Heinetsberger

### Ombudschafliche Arbeit

Die Kinder- und Jugendhilfe ist ihren gesetzlichen Rahmenbedingungen und methodischen Konkretisierungen nach ein partizipatives Hilfeangebot. Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen (§ 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII). Nicht zuletzt betont auch die UN-Kinderrechtskonvention die unausweichliche Berücksichtigung der Interessen des Kindes und stellt fest, dass das Kind in allen es berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch eine\*n Vertreter\*in oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört werden soll. Allerdings sind die Erfahrungen junger Menschen mit (erzieherischen) Hilfen oftmals geprägt von einer „Machtasymmetrie zwischen den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe und den Klientinnen und Klienten“ (Urban-Stahl 2012, S. 6). Strukturelles Risiko dafür sind sowohl das jugendhilferechtliche Leistungsdreieck in Fragen der Leistungsgewährung als auch das Doppelmandat in der Leistungserbringung. Zusätzlich verstärken die „Ökonomisierung und Managerialisierung“ (Apitzsch/Zampolin 2017, S. 14) in der Kinder- und Jugendhilfe diesen Effekt noch, indem sie professionelle, partizipativ gestaltete Problemdeutungs- und Aushandlungsprozesse unter Druck setzen (vgl. DR 21/16000, S. 26). Des Weiteren verschieben neurechte und autoritäre Strömungen den pädagogischen Diskurs nach rechts und entwerfen partizipative Formen der Kinder- und Jugendhilfe, etwa mit der Forderung nach härteren Jugendstrafen, noch zusätzlich.

Gründe genug um Beteiligungsprinzipien in der Kinder- und Jugendhilfe abzusichern und eine Möglichkeit zur unabhängigen Aufklärung über Rechte, Beschwerdemöglichkeiten und letztlich begleitete Wege der Vermittlung sowie Durchsetzung von Rechten zu implementieren. Die Absicht von Ombudsstellen ist es, ein gezieltes Gegengewicht zu strukturell bedingten Machtasymmetrien zu bilden und diese nachhaltig auch abzubauen. Das gelingt umso besser, je eher Insti-



tutionen Beschwerden als Rückmeldungen denn als Störgeräusche aufnehmen. Daher ist umso bedeutsamer, dass neben der unabhängigen fachpolitischen Entwicklung, wie sie sich im Bundesnetzwerks Ombudschaf in der Kinder- und Jugendhilfe manifestiert, das Thema auch Eingang in die SGB VIII Reformdiskussion gefunden hat.

Ombudschafliche Vermittlung im Beschwerdefall hilft den Betroffenen gehört zu werden und unterstützt die Institutionen dabei, hier eine wichtige sowie kommensurable Form der Rückmeldung zu erkennen. Insofern stellen Ombudsstellen Hans Thiersch nach eine „Institutionalisierung der Gegenkontrolle“ und damit Medium einer notwendigen „selbstkritischen Reflexivität eines lebensweltorientierten sozialpädagogischen Hilfesystems“ dar (Thiersch 2018, S. 27). Zugleich ist die Durchsetzung und Stärkung von Beteiligungsrechten im SGB VIII eine basale Grundlage von Kinderschutz. Die Wahrung der eigenständigen Rechtssubjektivität von Kindern und Jugendlichen ist eine effektive Form des Kinderschutzes. Zuletzt sollte die Erfahrung von Kinderrechten und die gelungene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an erzieherischen Hilfen auch aus demokratiepädagogischer Perspektive Beachtung finden. Sozialpädagogische Hilfe ist eine primäre Erfahrung junger Menschen mit staatlichen Institutionen. Beteiligung bedeutet in diesem Rahmen die Anerkennung durch die institutionell vermittelte Gesellschaft. Sozialpädagogische Organisationen bilden somit – wie Benedikt Sturzenhecker in Bezug auf Axel Honneths Hegel-Interpretation der „wechselseitiger Anerkennung“ gezeigt hat – durch institutionalisierte Anerkennungsmuster von Recht und Wertschätzung, die Grundlage für die politische Partizipation junger Menschen an demokratischen Aushandlungsprozessen über das gemeinsame Zusammenleben (vgl. Sturzenhecker 2014, S. 51 f.).

Zusammengefasst sind Ombudsstellen für die Kinder- und Jugendhilfe aus drei Gründen wichtig: Sie sichern bestehende (Beteiligungs-)Rechte von Kindern und Jugendlichen im SGB VIII, sie stärken dadurch den Kinderschutz und fördern eine demokratische Gesellschaft.

## Wie arbeiten Ombudsstellen?

Ombudsstellen arbeiten unabhängig und weisungsfrei. Sie bieten Ratsuchenden einen niedrigschwelligen Zugang zu einer Beratung bei Klärungsbedarf oder Beschwerden im Rahmen des SGB VIII. Oft geht es nur um eine zweite Meinung, manchmal aber auch um schwerwiegende Probleme. Kinder und Jugendliche müssen selbst an die Ombudsstelle herantreten können, allerdings muss auch Offenheit gegenüber Eltern, Geschwistern oder anderen Sorgeberechtigten bestehen, die für die Rechte der betroffenen Kinder und Jugendlichen eintreten.

Ein einheitliches und transparentes Beschwerdeverfahren legt den Beschwerdeprozess fest. Richtungsweisend ist der praxiserprobte mehrstufige Beratungsablauf der Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe (BBO Jugendhilfe).

Institutionen sollten Beschwerden mehr als Rückmeldungen denn als Störgeräusche aufnehmen.



Dort wird grundsätzlich zwischen Anliegen zur Leistungsgewährung und solchen zur Leistungserbringung unterschieden. Beiden Prozessbeschreibungen gemein ist ein Dreischritt aus Anliegen von Ratsuchenden prüfen, mit beteiligten Institutionen klären und gemeinsam mit allen Beteiligten vermitteln.

Zugleich sind Ombudsstellen bestrebt Machtasymmetrien langfristig auch abzubauen. Fester Bestandteil des ombudschaflichen Aufgabenspektrums ist deshalb, durch Rückkopplung in das Hilfesystem zu wirken. Neben dem Werben für die Anerkennung von Beschwerden, müssen im Nachgang konkreter Fälle Konfliktfelder aufbereitet und in das System zurück getragen werden. Das gelingt am besten durch eine regelmäßige Auswertung der Anliegen (Kinderrechtebericht, statistische Auswertung, etc.), Gremienarbeit (Familien-, Kinder- und Jugendhilfeausschüsse auf Bezirks- und Landesebene, etc.) und Wahrnehmen einer fachpolitischen Rolle (Handlungsempfehlungen, Fachtage, etc.). Auf diese Weise werden Akteur\*innen des Hilfesystems dabei unterstützt, Beschwerden als Rückmeldung Betroffener und Einladung zur Reflexion anzuerkennen. Der Erfolg ombudschaflicher Arbeit wird sich letztlich darin zeigen, dass sie Machtasymmetrien nicht nur ausgleichen, sondern langfristig abbauen und Hilfen nachhaltiger machen.

Zusammengefasst heißt das, einem zentralen Beschwerdeprozess ist eine niedrigschwellige Beratungsmöglichkeit vor- und eine fachliche Rückkopplung ins Hilfesystem nachge-



schaltet. Wenn dieser Kreislauf aus Beschwerde, Vermittlung und Rückmeldung gelingt, werden die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen verwirklicht und die Wirkung von Hilfen nachhaltiger.

## Wegmarken zur Umsetzung einer Ombudsstelle

Die beiden von der Hamburger Bürgerschaft angenommenen Anträge zur „Ausweitung und Verstetigung der „Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe“ (DR 21/18358) bzw. zur Anbindung der „Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe“ an einen nicht öffentlichen Träger (DR 21/18464) zeigen die Er-



wartungen an ein Konzept für eine ständige Ombudsstelle. Vorgegebenes Ziel soll es sein, Ratsuchenden zu ermöglichen „ihre Anliegen und Beschwerden von unabhängigen Fachleuten klären zu lassen“ (DR 21/18358). Hinzukommenden sollen hauptamtliche Fachkräfte, die die Ombudspersonen wirksam unterstützen. Hier deutet der Beschluss die Einführung eines am Beschwerdeverfahren der BBO Jugendhilfe Berlin orientierten 4-Augen-Prinzips in der Beratungsarbeit an. Beschwerdefälle könnten dann von Fachkräften angenommen und zuerst bewertet werden. Im Anschluss bearbeiten ehrenamtliche Ombudspersonen und hauptamtliche Fachkräfte im Tandem einen Beschwerdefall. Entsprechend der aktuell im Bezirk Hamburg-Mitte tätigen drei ehrenamtlichen Ombudspersonen müsste man, hochgerechnet auf sieben Bezirke, mit mindestens 21 aktiven Ombudspersonen kalkulieren. Um gemeinsam beratend tätig zu werden, die Ehrenamtlichen zu akquirieren, zu koordinieren, fachlich zu qualifizieren und zu begleiten, sollten dazu mindestens vier hauptamtliche Fachkräfte plus Verwaltungspersonal eingeplant werden. Grundsätzlich bringt die Konzeption mit hauptamtlichen Fachkräf-

Ombudsstellen sichern bestehende (Beteiligungs-)Rechte von Kindern und Jugendlichen, ...

... sie stärken dadurch den Kinderschutz und fördern eine demokratische Gesellschaft.

ten den entscheidenden Vorteil mit sich, dass das Team gezielt divers besetzt werden kann, um sowohl den vielfältigen sozialen und sprachlichen Hintergründen der Ratsuchenden gerecht zu werden als auch unterschiedliche Fachexpertise einzubeziehen.

Mit der Anforderung „Zielgruppen orientierte Öffentlichkeitsarbeit“ zu betreiben, die besonders „Kinderrechte stärker ins Bewusstsein von Fachkräften und der Öffentlichkeit rückt“ (DR 21/18358), wird auch hier die Erwartung an ein Konzept erkennbar. Unter dieser Prämisse ist Öffentlichkeitsarbeit weit mehr als eine ergänzende Marketingmaßnahme. Es wird darum gehen, die Idee ombudschaftlicher Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe allgemein zu vermitteln und im Hamburger Hilfesystem zu etablieren. Elementare Aufgabe wird es daher sein, das Beratungsangebot an den potenziellen Ratsuchenden zu bringen und zugleich bei Fachkräften um Akzeptanz für Beschwerden zu werben.

Auf der formalen Ebene gesehen ist eine der Erfolgsbedingungen für die Etablierung der Ombudsstelle, dass nach einem hamburgweit einheitlichen Beschwerdeverfahren gearbeitet wird. Es zeichnet sich ab, dass eine Ombudsstelle in der Struktur eines zentralen Beratungsorts für Ratsuchende – zum Beispiel in Form eines Kinderrechtbüros – die effektivste Möglichkeit ist, um vorhandene Expertise zu bündeln und sich weithin wahrnehmbar zu etablieren. Fach- und Verwaltungskräfte sowie Ombudspersonen in einer gemeinsamen Stelle würden wiederum dafür sorgen, dass die im Bezirk Hamburg-Mitte gesammelten Praxiserfahrungen unterschiedslos auf alle Hamburger Bezirke ausgebreitet würden. Das heißt aber auch, dass die Ombudsstelle Wege finden muss – neben einer zentralen Beratungsstelle – in den bezirklichen Sozialräumen zielgruppengerecht aktiv zu werden. Hauptamtliche sollten hier die Aufgabe wahrnehmen, Kooperationen aufzubauen und geeignete Beratungsformate zu entwickeln (Infomobil, Sprechzeiten in Häusern der Jugend, Kooperation mit Straßensozialarbeit, Elternberatungen, usw.).

Im bisherigen Beschluss unklar bleibt noch wie Beschwerden in Zukunft in das Hilfesystem rückgekoppelt werden sollen. Klar ist nur, dass die fachpolitische Stärkung eines Bewusstseins für Kinderrechte von Fachkräften und Öffentlichkeit hilft, Machtasymmetrien abzubauen und damit zum festen Aufgabenspektrum von Ombudsstellen gehört. In den kommenden Monaten gilt es weiter über Konzepte und Rahmenbedingungen zu debattieren, die die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen spürbar stärken. Das Credo sollte lauten: Partizipation darf kein leeres Versprechen sein.

### Literatur:

Apitzsch, Martin/Zampolin, Claudia (2017): Gewissheit prüfen – Zugänge ermöglichen für eine Richtungsänderung im Kinderschutz. Ein Beitrag zur Hamburger Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte“. In: standpunkt: sozial, Heft 03/2017, S. 13-23

DR 21/16000 (2018): Bürgerschaftsdrucksache der Freien und Hansestadt Hamburg. Bericht der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken: Überprüfung, Weiterentwicklung, Umsetzung und Einhaltung gesetzlicher Grundlagen, fachlicher Standards und Regeln in der Kinder- und Jugendhilfe – Verbesserung der Interaktion der verschiedenen Systeme und Akteurinnen und Akteure“

DR 21/18358 (2019): Bürgerschaftsdrucksache der Freien und Hansestadt Hamburg. Antrag Betr.: Ausweitung und Verstärkung der „Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe“

DR 21/18464 (2019): Bürgerschaftsdrucksache der Freien und Hansestadt Hamburg. Antrag Betr.: Anbindung der „Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe“ an einen nicht öffentlichen Träger prüfen – Empfehlungen der Enquete-Kommission umsetzen.

Sturzenhecker, Benedikt (2013): Demokratiebildung in der Debatte um Rancières Begriff der Demokratie und Postdemokratie. In: Widersprüche, Heft 130, S. 43-58

Thiersch, Hans (2018): Verstehen – lebensweltorientiert. In: Wesenberg, Sandra/Bock, Karin/Schröer, Wolfgang: Verstehen: eine sozialpädagogische Herausforderung, Weinheim/Basel, S. 16-32

Urban-Stahl, Ulrike (2012): Beschwerde- und Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Forum Jugendhilfe, Heft 1/2012, S. 5-11

Die Homepage des Bundesnetzwerk Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe gibt einen bundesweiten Überblick zur Entwicklung von Ombudsstellen:  
<https://ombudschaft-jugendhilfe.de>

Zwei Best-Practice-Beispiele für Ombudsstellen

- Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe:  
<https://www.bbo-jugendhilfe.de>
- Ombudschaft Jugendhilfe NRW:  
<https://ombudschaft-nrw.de/>

Portal zur SGB VIII Reformdiskussion:  
<https://www.mitreden-mitgestalten.de/>

### Raphael Heinetsberger



ist Politikwissenschaftler, war in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Jenfeld tätig und setzt sich seit mehreren Jahren mit den Bedingungen gelingender politischer Partizipation von jungen Menschen auseinander. Er hat ein Konzept für eine Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg verfasst.



Foto: M. Yildiz



# FORUM

FÜR KINDER- UND JUGENDARBEIT



Heft 3/2018

Titelthema: „Offene Arbeit und die



## sozialräumliche Weiterentwicklung“

Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Gundi Schuck und Lori Hacaturyan-Riel:* Der Prozess hin zur Sozialraumorientierung in Eimsbüttel. Welche Rolle kommt dabei der OKJA/FamFö zu?  
*Henriette Neubert:* Offene Zugänge im Sozialraum gestalten. Das Schnittstellenprojekt in Schnelsen-Süd  
*Begleitkreis zur Hamburger Enquete-Kommission:* Stellungnahme des Begleitkreises an die Hamburger Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“  
*Prof. Dr. Tilman Lutz:* Soziale Arbeit als Arbeit am Sozialen – leider keine Selbstverständlichkeit

Heft 2/2019

Titelthema: „Neue Autorität –



## Altes Unbehagen“

Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Cornelia Klioba:* Die „Neue Autorität“ – Anspruch und Wirkung. Ein neugieriger Blick hinter ein umstrittenes Konzept  
*Margot Reinig:* „Neue Autorität“ – Des Kaisers neue Kleider  
*Alexis Schnock für den Arbeitskreis Wohnraum für junge Menschen in Hamburg:* Parteilichkeit  
*Sylvia Haller (Zentrale Informationsstelle Autonome Frauenhäuser):* Kindeswohl und Partnerschaftsgewalt. Für sicheren Umgang mit dem Umgang  
*Lena Sierts und Fabian Kaufmann von Dekonstrukt:* Die „Neue Rechte“ als pädagogische Herausforderung. Ein Zwischenstand

Heft 4/2018

Titelthema: „Lebenswelten – Ein FORUM



## von Kindern und Jugendlichen“

Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Gülray:* Die Welt in meinem Kopf  
*Pascal:* Suizid: Das Thema, was in den letzten Jahren verharmlost wurde  
*Farouk Wali:* Haltet die Jugendzentren offen! Oder: Warum mir das JuZ Vierlanden wichtig ist  
*Dennis:* Wir hatten richtig Stress zu Hause  
*Alina Essberger:* Starke Mädchen  
*Renzo-Rafael Martinez:* „Dressur zur Mündigkeit?“  
*Fotoessays von Jugendlichen aus Einrichtungen der OKJA in Hamburg:* So sehen wir unsere Jugendhäuser

Heft 3/2019

Titelthema: „Schwierige Kinder oder



## schwierige Systeme?“

Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Prof. Dr. em. Friedhelm Peters:* Die soziale Konstruktion der ‚Schwierigen‘. Ein soziologischer Blick  
*Vera Koritensky und Anja Post-Martens:* „Ene, mene, muh und raus bist du ...“  
*Prof. Dr. Jutta Hagen:* Abweichendes Verhalten – nicht überraschend  
*Erik Jahn und Prof. Dr. Tilman Lutz:* Eindrücke vom Forum für dialogische Qualitätsentwicklung 2019  
*Björn Redmann:* Was sagen junge Menschen zu ihren Erfahrungen mit Freiheitsentziehung in Jugendhilfe und Psychiatrie?  
*Prof. Dr. Ursula Unterkofler:* Gewalt als Risiko. Offene Jugendarbeit zwischen Regulierung und Disziplinierung

Heft 1/2019

Titelthema: „Offen für Genderperspektiven?“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Prof. Dr. Jutta Hartmann:* Genderperspektiven im Feld der Jugendarbeit. Diskurslinien aus jüngerer Vergangenheit und Gegenwart  
*Sebastian Tippe:* Vereinbarkeit(-spflicht) von Jugenarbeit und Feminismus. Ein Plädoyer und Praxisbericht  
*Gila Rosenberg und Vanessa Lamm:* Ein (Schutz-)Raum für lesbische und bisexuelle Jugendliche, Frauen\* und Transgender  
*Erfahrungen und Statements von neun weiblichen Fachkräften der Sozialen Arbeit:* (Unser) Geschlecht spielt eine Rolle  
*Dr. Wolfgang Hammer:* Zeit zum Handeln. Erkenntnisse und Konsequenzen aus dem Abschlussbericht der Enquetekommission  
*Saskia Kupfer:* Mädchen\*zentrum goes Sternchen\* – Work in Progress

Weitere Hefte?

Das FORUM bequem im Abo: Jetzt bestellen!



Das FORUM für Kinder- und Jugendarbeit erscheint vierteljährlich und kostet € 5,50 (bei einer Doppelausgabe: 11,00). Ein Abo kostet € 25 pro Jahr inklusive Versandkosten bei vier Ausgaben pro Jahr, für Schüler, Studierende und Erwerbslose nur € 15.

Bestellung per E-Mail an [info@vkjh.de](mailto:info@vkjh.de). Bitte angeben, ab welcher Ausgabe Sie beziehen möchten. Sie können Ihre Bestellung innerhalb von 14 Tagen nach Vertragsschluss schriftlich widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.